

D
1
H5
No. 199-
202

Historische Studien,,

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: A. Brackmann,
G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz,
R. Holtzmann, P. Joachimsen, H. Lietzmann, Ed. Meyer, F. Philippi, A. Wahl,
G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von Dr. E. Ebering.

Heft 199

Heinrich v. Sybels Stellung zu den politischen Vorgängen 1859 bis 1862

Von

Dr. Martin Ferres

BERLIN

1930

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.

Vaduz

1965

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	5
Einleitung	7
Erstes Kapitel:	
Sybel als politischer Beobachter und Ratgeber von 1859—1861	17
Zweites Kapitel:	
Sybels Abschied von München	46
Drittes Kapitel:	
Sybel als Abgeordneter	54
Anhang	73
Literaturbericht	86


Abkürzungen:

K. Z. = Kölnische Zeitung.

H. Z. = Historische Zeitschrift.

Die gesperrt gedruckten Stellen stammen vom Verfasser.

Das erste Kapitel ist als Berliner Dissertation gedruckt. Mit Dankbarkeit bekenne ich mich zu den Anregungen, die ich von meinem hochverehrten Lehrer Friedrich Meinecke empfangen habe.



Digitized by the Internet Archive
in 2024

Vorwort.

Die historische Würdigung einer der liberalen Führerpersönlichkeiten aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat ihre besonderen Schwierigkeiten, die sich da noch erhöhen, wo man ihre Ideenwelt an konkreten politischen Vorgängen zu messen hat. Man sollte glauben, daß gerade der Liberalismus, dessen Grundforderung die persönliche Freiheit ist, der individuellen Ausgestaltung des Einzelnen besonderen Raum gewähren und einen besonders günstigen Boden für große, selbständige Charaktere abgeben würde. In Wirklichkeit aber hat er einen so nivellierenden Einfluß ausgeübt, daß unter seinen Anhängern keiner den großen Führern der entgegengesetzten Richtung an die Seite gestellt werden kann. Diesen waren die starken Kraftquellen: Tradition, inniges Verwachsensein mit dem Staat und enge Gebundenheit an tief religiöse Anschauungen, geblieben, den Liberalen war nur das noch nicht in feste Formen gespannte bürgerliche Standesbewußtsein gegeben, das von vornherein nicht die Kräfte ausstrahlen konnte, das einzelne Individuum zur imponierenden Staatspersönlichkeit zu steigern. An Klugheit und Weitsicht überragen viele von ihnen die Anhänger der alten konservativen Staatsanschauung; diese aber hatten einen zähen, erprobten Willen, der bis zur Selbstaufopferung fähig war, wenn es um den Staat, ihren Staat, ging. Ihr Staatsideal war ein festumrissenes, klares Gebilde, das des Liberalismus ein labiles, ungleiches, unklares. Der Konservative wußte in jedem Augenblick, wofür er seine ganze Leidenschaft einzusetzen habe, der Kampftruf des Liberalismus war zunächst ein negativer. Wenn auch bei ganz, ganz wenigen der Freiheitsbegriff ein verhältnismäßig vollkommener, positiver war,¹ so verstanden die meisten unter ihm ein frei sein von etwas.

1. Vgl. Heinrich v. Treitschke: Die Freiheit. (Aufsätze, Reden und Briefe) Meersburg 1929, Bd. II, S. 9—42.

Charaktere können aber nur an starken, positiven Gedanken sich emporringen; nur große, klare Formen haben die Kraft, bedeutende Persönlichkeiten zu ergreifen und zu gestalten. Während in der Reformzeit die Führer fortschrittlicher Ideen in Preußen noch erfaßt waren und innig verbunden blieben mit dem überlieferten Staat und seinen tiefsten Wurzeln, löste der spätere liberale Gedanke seine Anhänger aus dieser engen Verkettung los und stellte Individuum und Staat freier einander gegenüber. Für die Einzelpersönlichkeit als solche war Raum zur Entfaltung ihrer ureigenen Kräfte gewonnen, aber dem am Staate Arbeitenden war eine starke Quelle entrissen, der Staat selbst.

So finden wir wohl bei der Betrachtung der Personen eine Vielseitigkeit der Interessen und Gedanken, aber eine Verflachung in der Beziehung zum Staatsgebilde. Auf diese Weise läßt es sich erklären, daß kein Einzelner das durchschnittliche Niveau der Liberalen an politischer Wirksamkeit um Bedeutendes überragte, der Gesamtheit jedoch der dämonische Wille abging, alles und jedes aufs Spiel zu setzen. Die Betrachtung eines Führers zwingt immer wieder zur Betrachtung der Gesamtheit, wenn man ihn verstehen will, und zeigt ihn als einen in der Phalanx vieler Kampfgenossen, von denen er sich nur durch seine geistige Physiognomie und zuweilen durch stärkeren Impuls unterscheidet.

Einleitung.

In der Blüte seiner Schaffenskraft, als Gelehrter weit über die Kreise seiner Fachgenossen bekannt, durch seine polemischen Schriften und Aufsätze von seinen Gegnern gefürchtet und von den Freunden hochgeschätzt, trat Heinrich v. Sybel in die Zeit der neuen Aera ein. Ein geborener Rheinländer, gewandt im Auftreten, witzig und temperamentvoll, interessiert und begeistert für die Errungenschaften der Kunst und Literatur, geistreich in der Unterhaltung und schlagfertig in der Diskussion, war er ein Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens in München.¹ Die Abneigung gegen die unduldsamen Vorurteile der feudalen Gesellschaftsschicht, der ungestüme Drang nach persönlicher Unabhängigkeit und Geltung waren von dem Vater auf den Sohn übergegangen, aber die trotzige Art, die in dem schweren Westfalenblut des Soester Pfarrersohnes sich immer wieder Ausdruck verschafft hatte, war gebändigt durch den liebenswürdigeren Erbteil der Mutter, der geistig beweglichen Tochter des Elberfelder Großkaufmanns. Sie hatte nicht nur mit ihrem Blute ihr heiteres Wesen auf den Sohn übertragen, sie hatte es auch verstanden, seine Kindheit und Jugend so sorgenlos, so anregend, so sonnig wie nur irgend möglich zu gestalten. Den Sinn für Schönheit, den sie in ihn hineingeboren, pflegte und entwickelte sie mit mütterlicher Sorgfalt.²

1. Vgl. I. C. Bluntschli: Denkwürdiges aus meinem Leben. Nordlingen 1884, Bd. II, S. 304 ff.

2. In dem Vorwort zu den „Erinnerungen an Friedrich v. Uechtritz und seine Zeit“ (Leipzig 1884) sagt Sybel: „Eine der besten Erinnerungen aus meiner glücklichen Jugendzeit ist das Angedenken an jene schönen Düsseldorfer Tage, in welchen auf dem engen Raume einer damals sehr stillen Mittelstadt ein unvergleichliches Zusammenwirken aller Künste durch Shadow und seine kräftig aufblühende Schule, durch Felix Mendelssohn's musika-

In engem Verkehr der Eltern mit den führenden Kreisen des niederrheinischen Wirtschaftslebens, wuchs der Knabe ganz in der Gedankenwelt dieses großbourgeois Milieus auf. In seinen Studentenjahren verbrachte er manche Wochen in freundschaftlichem Zusammensein mit v. Beckerath und Mevissen in Krefeld und bewahrte die enge Fühlung mit diesen Männern bis in sein hohes Alter. In diesen politisch interessierten Schichten des Rheinlandes erwachte der Sinn des jungen Sybel für die Fragen des Staatslebens, die ihn immer stärker erfaßten. Seine politische und vor allem seine wissenschaftliche Tätigkeit führten ihn dann mit Bewußtsein der Zeit entgegen, die hier zu betrachten unsere Absicht ist. In Kampfstellung findet sie ihn und auf einem vorgeschobenen Posten. Seine Freunde wußten, was sie von ihm erhoffen durften, und seine Feinde, warum sie ihn zu fürchten hatten.

Um zwei Fragen ging der Kampf in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Tief ineinander verwoben, aus einem Schoße geboren, sich gegenseitig nährend und stützend, lebten sie in ihren Trägern so eng zusammen, daß sie, in ihrer Zwillingsform nicht immer erkannt, sich nach außen meist in ihrer Verkettung offenbarten.³ Erst der Ausgang des Kampfes zeigte deutlich, daß sie, von Geburt aus geschieden, nur einem gemeinsamen Ziele zustrebten. Die historische Entwicklung Deutschlands bedingte es, daß sie von einer Zunge ausgesprochen und von einem Geiste bekämpft wurden. Liberale und nationale Wünsche waren Eigentum derselben Seele. Liberale Staatsform und Bildung eines einigen deutschen Reiches lassen sich jedoch heute als getrennte Komplexe erfassen, ohne verkennen zu können, welche enge Beziehungen zwischen beiden bestanden. Damals sah man als Ziel des politischen Kampfes ein von liberalem Geiste regiertes einiges deutsches Reich. Das Reich wurde geschaffen, die Staatsform, die man

lisches Genie, durch Immermann's, Rechtritz's und Schnaase's literarische und dramaturgische Leistung in das Leben gerufen wurde. Geraume Zeit hindurch bildete mein elterliches Haus einen der Mittelpunkte für den geselligen Verkehr dieses reichen und fruchtbaren Kreises. — Hier habe ich erfahren, welcher Segen es ist, in jugendlich empfänglicher Zeit zu richtiger Ausbildung des Schönheitssinnes angeregt zu werden.“ (S. V.)

3. Vergl. Ludwig Dehio: Die Taktik der Opposition während des Konflikts. H. Z. Bd. 140, S. 279 ff.

erstrebte, hat sich erst später entwickelt. Bei der Betrachtung des Ringens in der hier in Frage stehenden Zeit fließt beides oft noch so ineinander über, daß die einzelnen Komplexe nicht isoliert voneinander besprochen werden können; doch scheint es in der Einleitung notwendig, die Stellung Sybels zu der einen und der anderen Frage getrennt zu behandeln.

Es war nicht Sybels Art, über abstrakte Fragen zu reflektieren; die philosophische Denkungsart war ihm fremd. Wo er Betrachtungen über reine Begriffe anstellte, läßt er überall eine systematische Anordnung der Gedanken, eine philosophische Deduktion des Wesentlichen und eine klare Umgrenzung des Begrifflichen vermissen. Ganz gefühlsmäßig, durch Abstammung, Erziehung und Milieu dazu hingedrängt, erkannte er den Staat für den besten, der, um es zunächst allgemein zu sagen, der liberalen Weltanschauung entsprach. Zu einer klaren Formulierung dieses Staatsbegriffes hat sich Sybel ebenso wenig wie irgend ein anderer Liberaler durchgerungen.⁴ Nur einmal versuchte sich Sybel mit diesem Begriff auseinander zu setzen. Er wollte auch hierbei nicht eine exakte, systematische Untersuchung anstellen, sondern mit wissenschaftlichen Mitteln die Grundthese der romantisch-feudalen Staatslehren erschüttern.⁵ Diese kurze, mehr mit negativen als mit positiven Elementen ausgefüllte Präzisierung seines Staates lohnt sich deshalb hier anzuführen, weil sie seinen einzigen Versuch einer Abgrenzung bietet — somit für die spätere Betrachtung der Sybelschen Haltung zu den rein politischen Fragen sehr aufschlußreich ist. „Wir wollen gleich hier den Grundsatz der folgenden Erörterungen dahin aussprechen, daß auch wir den Staat und seine allgemeinen Gesetze als eine Schöpfung von oben anerkennen. Von oben nämlich in dem Sinne, daß diese Gesetze unabhängig von der Willkür der Ein-

4. Dahlmanns Versuch in seiner „Politik“, der auf die Gedankenrichtung Sybels von außerordentlicher Bedeutung war, ist eine starke Anlehnung an Hegels Staatsauffassung, ohne aber dessen von den Menschen losgelösten, über den Menschen schwebenden, objektiven Staat in seiner reinen Form zu übernehmen. Trotz der Ablehnung der naturrechtlichen Staatsauffassung sind doch starke Elemente derselben hineingeflossen.

5. Sybel: Die christlich-germanische Staatslehre. Marburg 1851 (abgedruckt in den „Kleinen Historischen Schriften“, München 1863, S. 361 ff.).

z e l n e n sind, und wären es auch alle Einzelnen; daß niemand, weder F ü r s t noch V o l k sich ungestraft der Pflicht entzieht, eine Verheißung zu erfüllen, einen Vertrag zu halten, eine anerkannte Rechtssphäre zu achten; daß niemand, weder König noch Untertan ungestraft d e m L a u f e d e r N a t u r Gewalt antut, sich von seiner Nationalität abtrennt, von dem geschichtlich Gewordenen losreißt, dem Strom der neuen Entwicklung in den Weg tritt. Dieses alles ruht auf höheren Gesetzen, welche älter sind als der Einzelne, dessen Leben erst durch deren Herrschaft entsteht und unter derselben verläuft.“⁶

Eine Abgrenzung nach zwei Seiten. Der Staat ist keine Gesellschaftsform, „nicht bloß etwas G e m e i n s a m e s u n t e r d e n M e n s c h e n“,⁷ nicht etwas aus der Willkür der Menschen Entstandenes; er ist aber auch kein reiner Obrigkeitsstaat, nicht ein Werk von Gott eingesetzter Fürsten oder Stände.

Seiner liberalen Weltanschauung entsprechend konnte die Frage nach dem Wesen des Staates nicht lauten: Hat einer mit Gottes Hilfe den Staat geschaffen, oder hat ihn das Volk in seiner Gesamtheit hervorgerufen? Er sah den Staat weder über sich, dem er nur als Werkzeug zu dienen habe,⁸ noch sah er ihn unter sich, um ihm unumschränkter Herr zu sein. Er sah ihn neben sich, einen lebendigen Strom ewiger Kräfte, die sich in ununterbrochener Wechselbeziehung zu den Menschen entwickelt, geformt und weitergetragen, weiterentwickelt haben. In diesen Kräften lag für ihn das Wesen des Staates: In seinen G e s e t z e n, die in ihrer Auswirkung wandelbar, aber in ihrem Ursprung ewig sind. „Der R e c h t s s t a t ist der irdische Abglanz des christlichen Willens, wie er das uranfängliche Ziel des germanischen Gemeinwesens ist“⁹ Nur in einem Rechtsstaat konnten die Liberalen ihrer Grundanschauung von der Freiheit des Individuums vom Staate und ihrem tieferen Streben nach freier Mitarbeit an der Gestaltung des Staates und der Gesellschaft nachkommen.¹⁰ Zu dem Gedanken der Volks-

6. Ebenda S. 374.

7. Friedr. Christoph Dahlmann: Die Politik auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände zurückgeführt. Göttingen 1835, S. 4.

8. Vgl. Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte.

9. Sybel: Die christlich-germanische Staatslehre, a. a. O. S. 414.

10. Vgl. Fr. Meinecke: Zur Geschichte des älteren deutschen Parteiwesens. (H. Z. Bd. 118, S. 53/54.)

souveränität hat sich Sybel nie durchringen können; ist doch die strenge Gleichheitsforderung und gar die Forderung, daß der Volkswille herrsche, selbst bei überzeugten Demokraten nicht uneingeschränkt vorhanden gewesen.¹¹ Sybel, in seiner ganzen Auffassung mehr Aristokrat als Bürger, verwarf den großen Einfluß des Gesamtvolkes bei der Gestaltung des Staatslebens. Wo er von dem Volke sprach, das mit Recht seine Ansprüche an einer Mitregierung stelle, da meinte er „die selbständigen und unabhängigen Leute des Mittelstandes“, die „den Kern und die Kraft des Volkes“¹² darstellen. Eine unverkennbare Abneigung gegen die Intentionen der Masse läßt sich bei ihm auf Schritt und Tritt feststellen. Herrschaft der Masse bedeutete für ihn „Zerstörung des Eigentums und Herrschaft der Gewalt“¹³ Sybel konnte sich zu keiner anderen Staatsform bekennen als zu der konstitutionellen Monarchie. Sie schloß die Alleinherrschaft des Königs bezw. der feudalen Kaste aus und war ein Wall gegen die Anstürme der Massen. Die Willkür des Herrschers wäre gebunden, der König, ein Garant der „Ordnung“, geblieben und die Kontinuität der Staatsgeschäfte gewahrt. Ein durchaus aristokratisches System, dem ein großer Teil der Liberalen aus den gehobenen wirtschaftlichen und sozialen Kreisen entgegenstrebte. Diesem System galt Sybel: politischer Kampf, der vor allem in den Jahren 1859—66 heftig und leidenschaftlich entbrannte.

Schon 1848 war er energisch und bewußt für seine Forderungen eingetreten. Wenn auch seinen großen Anstrengungen ein relativ geringer Erfolg beschieden war, so haben ihn doch die bewegten Zeiten in seinen Anschauungen geklärt und in seinem Willen gefestigt.

Sybels Rechtsstaat mag in seiner Fassade liberal erscheinen, in seinem Wesen aber trägt er so starke konservative Züge, daß man im ersten Augenblick nur schwer entscheiden kann, ob sein Träger ein „konservativer Wigh“ oder mehr ein liberalisierender

11. Vgl. ebenda S. 58.

12. In einem von Sybel unterzeichneten Wahlgesetzentwurf vom 9. August 1848. (Nachl. Sybel.)

13. In dem von Sybel entworfenen „Programm des Vaterlandsvereins“ vom 28. April 1848 (Nachl. Sybel) und an anderen Orten.

Torry ist. Mehr noch als im Historiker Sybel¹⁴ mischen sich in seinem rein politischen Streben¹⁵ beide Elemente, das liberale und konservative, so daß eine strenge Teilung kaum möglich ist. Sein Kampf gegen die Feudalen mußte noch nicht unbedingt von liberalen Anschauungen diktiert sein. Er ist es auch bei Sybel nicht. Wenn er die Freiheit des Individuums forderte, so war das ein Kampftruf gegen die Vorrechte „der privilegierten Corporation“¹⁶ der vergangenen Jahrhunderte, die „dem fortschreitenden Leben abgestorbene Elemente“¹⁷ aufnötigen wollte. Er wollte damit nicht die Freiheit des Individuums als solches, die Freiheit also aller Individuen, sondern nur die der Klasse, der er angehörte. Er wollte noch mehr, er forderte, daß diese Klasse die bisherigen Bevorrechtigten abzulösen habe, daß sie, die „neue Aristokratie“, an die Stelle der alten gesetzt werde. „Die jedesmalige Aufgabe besteht darin, die wahre, bestehende Aristokratie der betreffenden Zeit aufzufinden, und nur sie, und keine abgestorbene und knechtisch gemachte zu berechnen.“¹⁸ Aristokratische Züge trug wohl überhaupt der Liberalismus, besonders in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, aber nur bei wenigen waren sie so bewußt geblieben wie bei Sybel. Die Erfahrungen von 1848 hatten doch bei vielen Liberalen die Erkenntnis erzwungen, daß in den unteren breiteren Schichten des Volkes starkes, sich zum Leben durchsetzendes politisches Bewußtsein regte, das mit Macht, „naturgemäß“ und „unwiderstehlich“ in die Kampflinie des gehobenen Bürgertums einrücken werde.¹⁹ Dieses Verständnis für die tieferen, nur halb noch schlummernden Kräfte der unteren Volksklassen ging Sybel ab; und die demokratischen

14. Vgl. I. C. Bluntschli: a. a. O. S. 304/308.

15. Bei Sybel gingen freilich historisches Denken und politisches Wollen ineinander über. Es würde aber im Rahmen dieser Arbeit zu weit führen, wollten wir diesen Gegenstand einer eingehenden Betrachtung unterziehen.

16. Wahlgesetzentwurf vom 9. August 1848 a. a. O.

17. Rundschreiben Sybels vor der Gründung der H. Z. im Juli 1858. (Nachl. Sybel).

18. Ein mit S. signierter, wahrscheinlich von Sybel stammender Artikel: „Das Oberhaus des preußischen Verfassungsentwurfs“ in dem „neuen Verfassungsfreund“ vom 7. Juni 1848

19. Vgl. G. G. Gervinus: Einleitung in die Geschichte des 19. Jahrhunderts. Heidelberg 1852.

Forderungen hervorragender teils ihm freundschaftlich nahe-
stehender Führer wies er unwillig zurück.²⁰

Es ist schon oben gesagt worden, daß die liberalen Reformgedanken so stark mit der nationalen Idee durchtränkt waren, daß de facto beide neben- und durcheinander die Zeit der neuen Aera bis zur endgültigen Bildung des deutschen Reiches durchziehen. Den ehrenvollen Titel einer neuen Zeit, einer „neuen Aera“, verdienen diese Jahre aber weniger durch das Hineinfließen neuer, liberaler Staatsgedanken, als wegen des erneuten Anlaufes zur Gestaltung der nationalen Einheit. Es läßt sich nicht sagen, daß auch ohne die Anteilnahme liberaler Staatsmänner in den Jahren von 1858—61 an den Regierungsgeschäften das Bismarck'sche Reich doch begründet worden wäre; wie man überhaupt in der Kette des geschichtlichen Werdens kein Glied auslassen darf. Wichtiger als die innere Reformarbeit dieser Leute für die Entwicklung ist der mächtige Anstoß, der mit dem Eintritt des liberalen Einflusses dem nationalen Leben gegeben wurde. Mit 1859 begann der große Endkampf um Deutschlands Gestaltung, der sicher nicht mit solcher Wucht und Energie durchgeführt worden wäre, wenn nicht von den Hauptträgern der nationalen Idee sich die Kraft in die Gemüter und das Bewußtsein in die Köpfe aller, auch der Gegner des liberalen Gedankens, gesenkt hätte.

Es mag tragisch erscheinen, daß der Mann, der ihr schärfster Gegner war, den liberalen Führern die Initiative aus den Händen riß und es ihnen nicht vergönnte, ihr Werk zu gestalten; daß der machtvollste Vertreter des konservativen Denkens den Sieg in einer Sache, die den Liberalen so viel Herzblut gekostet, an seine Fahne heften konnte. Es wäre aber historisch ungerecht, wollte man in Bismarck den Reichsgründer feiern und mit Verachtung auf die Menschen schauen, die Jahrzehnte lang den nationalen Gedanken unter großen Mühen genährt, ihn so stark wieder entzündet und zur lodernden Flamme entfacht hatten, aber es einem anderen über-

20. Der fast visionäre Blick Gervinus', der wohl am tiefsten die kommende Zeit sah, der schon 1850 die Republik als einzig mögliche Staatsform forderte (Brief an Haym vom 7. Dezember 1850. Nachl. Haym), war freilich eine Seltenheit.

lassen mußten, dem glühenden Eisen seine Form und Gestalt zu geben.

Mit denen, die nach den 48er Jahren am leidenschaftlichsten für Deutschlands Einigung gekämpft haben, darf man sicher mit an erster Stelle Heinrich v. Sybel nennen. Bevor hier seine Anteilnahme in dem Kampf der nächsten Jahre betrachtet wird, soll ein kurzer Bericht über sein Wirken in dieser Richtung vor dem Eintritt der Liberalen in die Regierung gegeben werden. Der Ruf zur deutschen Einigung, der 1848 durch die Revolutionsstürme klang, fand Sybels Ohr und Herz. Der junge Marburger Professor stellte sich sofort in die ersten Reihen der Kämpfer, die für das einige Reich stritten. Er wurde Mitglied des Vorparlaments und stimmte in Sorge darum, daß das begonnene Werk der Einigung wieder zerschellen könnte, für dessen Permanenz.²¹ Der Gedanke, daß mit Einschluß der beiden deutschen Großmächte: Preußen und Oesterreich, ein deutscher Staat nicht gegründet werden konnte, lebte tief in ihm. Welche Stellung aber Preußen in dem neuen Reiche einnehmen sollte, war ihm nicht so ganz klar. Er wußte nur, daß es die Führerrolle übernehmen müsse; die Schwierigkeiten dieser waren ihm nicht so bewußt wie anderen Gesinnungsgenossen. Pfizer, Gagern und vor allem Droysen sahen die Klippen viel schärfer. Sie wußten, daß entweder Preußen in Deutschland aufgehen müsse, wenn es die übrigen deutschen Bundesstaaten nicht zurückstoßen wolle, daß es also seine „historische Individualität und Staatspersönlichkeit“ opfern müsse oder sich „in scharfer Weise konstitutionell“²² zu orientieren habe, um unmittelbares Reichsland zu werden, dem sich die anderen Staaten nach und nach anschließen sollten. Sybel sah 1848 diese „Angeln“ der preußisch-deutschen Einigung nicht in voller Schärfe. Er begrüßte von vornherein die landständischen Gesetze 1847 nicht nur, weil sie ihm als der Weg zum Konstitutionalismus erschienen, sondern weil er glaubte, daß durch die preußische Verfassung dieser Staat sich im „Interesse deutscher Einigung mit den übrigen deutschen Staaten in innere Uebereinstimmung“ setze.²³ Daß eine Verfassung eine

21. Verhandlungen des Vorparlaments 1848, S. 73.

22. Vgl. Friedrich Meinecke: Preußen und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, S. 9, München 1918.

23. H. v. Sybel: Die politischen Parteien der Rheinprovinz in ihrem Verhältnis zur preußischen Verfassung. Düsseldorf 1847, S. 59.

bedeutende Grenzbezeichnung einer Staatseinheit war, mag er wohl erkannt haben; aber er glaubte, daß eine in seinem Sinne, also auf dem Repräsentativsystem sich aufbauende Verfassung, Preußen den anderen Staaten, die schon mit mehr oder weniger Recht sich einer solchen erfreuten, anbrüdern würde. Auch die Gefahr einer oktroyierten Verfassung schien ihn nicht belehrt zu haben, daß ein so geschlossener Staat ein Hindernis für die Einigung sein müsse, daß eben im Interesse der Einheit die Glieder sich etwa opfern müßten. In aller Schärfe lehnte er es 1848 ab, daß die Nationalversammlung sich in die verfassungsmäßigen Angelegenheiten eines Einzelstaates irgendwie einmischen solle. „Das Allerschlimmste wäre es, wenn irgend eine Staatsform von oben herunter den einzelnen Staaten befohlen werde.“²⁴ Nicht nur die Furcht vor einem radikalisierenden und revolutionären Einfluß der Volksvertreter spricht aus dieser Stelle, sondern auch die Unklarheit, die das Gesamtproblem der preußisch-deutschen Einigung für ihn in sich trug. Mit keinem Worte nahm er Stellung gegen die sich formende preußische Staatseinheit.²⁵ Sybels Auge war zu sehr getrübt durch das englische Beispiel, das ihm seine Verehrung für sein persönliches Vorbild Edmund Burke so nahe gebracht hatte. Er übersah gerne die ganz andere Entwicklung der englischen Geschichte und des englischen Staatsgebildes. Es wirkt beinahe grotesk, wenn er in seiner scharfen Entgegnung gegen den Reichsgesetzentwurf der XVII Vertrauensmänner²⁶ über den Canal weist. Wieviel komplizierter lagen die Dinge in Deutschland. In der unten erwähnten Schrift wünschte er alle deutschen Staaten nach englischem Muster konstituiert, die sich dann in friedlichem Zusammenwirken mit einem vom Volke gewählten Reichstag in die Gewalt zu teilen hätten. Die Frage eines einheitlichen Oberhauptes schien ihm von sekundärer Bedeutung.

In der Reaktion, die der stürmischen 48er Bewegung folgte, ebten die politischen Leidenschaften ab. In seinem geschicht-

24. Vgl. Wahlaufuf Sybels vom 10. April 1848. (Nachl. Sybel).

25. In dem oben erwähnten Aufsatz: „Das Oberhaus des preußischen Verfassungsentwurfs“ klingt sogar eine leise Zufriedenheit durch, daß Preußen sich zu konstituieren beginne.

26. H. v. Sybel: Über das Reichsgrundgesetz der XVII Vertrauensmänner. Marburg 1848.

lichen Hauptwerk²⁷ trug Sybel seine Empfindungen zusammen; in engem Verkehr mit den führenden Wirtschaftlern der Zeit und den Exponenten der liberalen Ideenwelt klärte sich sein politisches Denken. Arbeitend und hoffend lebte er den Tagen entgegen, die die liberalen Gedanken wieder hervorhoben und von ihnen große Taten forderten.

27. H. v. Sybel: Geschichte der Revolutionszeit von 1789 bis 1795. Düsseldorf 1854.

Erstes Kapitel.

Heinrich v. Sybel als Beobachter und Ratgeber von 1859 bis 1861.

Man könnte fast die Geschichte des handelnden deutschen Liberalismus eine Geschichte versäumter Gelegenheiten nennen. Die politische Entwicklung spielte seinen Trägern mehr als einmal Situationen in die Hand, die voll auszunützen es ihnen sowohl an Weitblick als an innerer Kraft mangelte. War es 1848 nicht gelungen, die Widerstände, die sich im Innern des Reiches der großen freiheitlichen und nationalen Bewegung entgegensetzten, zu überwinden, so ließ man 1859 eine Gelegenheit unbenützt vorüberziehen, die sich in einer außenpolitischen Verwicklung darbot. Wenn man nach den Gründen sucht, so wird man zuerst auf die politische Unfähigkeit der maßgebenden Persönlichkeiten stoßen; wenn man aber tiefer gräbt, steigen die Zweifel auf, ob im deutschen Liberalismus überhaupt die Kraft enthalten war, schwere Hindernisse zu überwinden und ein großes weltgeschichtliches Werk zu vollenden. So innig der Liberalismus und die nationale Idee sich vermählt hatten, so blieb es doch einem Manne aus ganz anderem Lager vorbehalten, dem deutschen Reich Form und Gestalt zu geben. Die außenpolitischen Verwicklungen boten 1859 den gerade in Preußen zur Regierung gekommenen Männern der neuen Aera die erste und günstigste Gelegenheit, im nationalen Sinne zu handeln; Aengstlichkeit, Uneinigkeit und doktrinäre Verblendung ließen den Augenblick vorübergehen. Daß der geistvolle, aber immer zögernde Schleinitz an der Spitze des Auswärtigen Amtes stand, dafür trägt letzten Endes der Prinz-Regent die Schuld;¹ die Unsicherheit und

1. Wie sehr in der konservativen Anschauung des Prinz-Regenten und späteren Königs Wilhelms I. sich den Liberalen ein mächtiges Bollwerk entgegensetzte, ist bekannt. Sein heftiger Widerstand gegen freiheitliche Intentionen hätte aber die zur Macht gekommenen liberalen Kräfte schärfer anspannen und zu einem geschlosseneren und zielbewußteren Vorgehen antreiben müssen.

Unklarheit im politischen Urteil der führenden Liberalen in ganz Deutschland hat nicht wenig dazu beigetragen, daß man das Eisen erst dann zum Amboß tragen wollte, als es sich schon abgekühlt hatte.

Durch alle politischen Lager ging damals ein Riß bei der Erwägung, ob Preußen am Kriege teilnehmen solle oder nicht, ob es sich an die Seite Oesterreichs oder Italiens stellen, ob es die Schwäche Oesterreichs für nationale Belange ausnützen oder passiv dem Verlauf des Krieges zusehen solle.² Die stärksten Worte, die der Situation am meisten gewachsenen Urteile hörte man nicht aus liberalen, sondern aus den rechten und extrem linken Parteien Preußens. Die vielen liberalen Denkschriften und Broschüren³ lassen fast ausnahmslos jeglichen politischen Blick vermissen und gefallen sich meist in Ausdrücken des Abscheus gegen Napoleon und in lächerlichen Hoffnungen auf Oesterreich. Nur Constantin Rößler⁴ erkannte von Anfang an, was das liberale Preußen aus diesem Kriege an Gewinnen erzielen könnte, wenn es sofort tatkräftig einzugreifen den Mut habe. Wie wenig im liberalen Lager seine Worte Anklang fanden, bezeugt die Verdächtigung der Preußischen Jahrbücher,⁵ daß man es beim Verfasser wohl mit einem „warmen Freund des französischen Imperators“, also einem Feind der deutschen Entwicklung, zu tun haben müsse.⁶

Sybels Haltung unterschied sich nicht unwesentlich von der seiner Gesinnungsgenossen in Preußen. Sein Aufenthalt in Bayern,

2. Vgl. H. Oncken: Lassalle. Stuttgart 1904, S. 133 und Erinnerungen aus dem Leben Hans Viktor v. Unruh. Herausgegeben von H. v. Poschinger. Stuttgart 1895, S. 200.

3. Oncken sagt mit Recht, daß in der damaligen Publizistik viel „Doktrinarismus und Kannegießerei“ zu Worte kam. a. a. O. S. 139.

4. C. Rößler: Preußen und die italienische Frage. (Flugschrift, anonym erschienen). Berlin 1859.

5. Vgl. Pr. Jahrb. 1859, Bd. III, 3. Heft, S. 365 ff.

6. Die Strömungen im preußischen und deutschen Liberalismus hier näher zu untersuchen und auf die Äußerungen weiter einzugehen, würde im Rahmen dieser Arbeit zu weit führen; es sind in einigen Abhandlungen darüber schon Betrachtungen angestellt worden. Vgl. Theodor Schäffer: Die preußische Publizistik im Jahre 1859. Leipzig 1902. — Anni Mittelstädt: Der Krieg von 1859, Bismarck und die öffentliche Meinung in Deutschland. Stuttgart und Berlin 1904.

der Druck, der auf ihn durch die süddeutsche Atmosphäre ausgeübt wurde, der Gedanke an seine Mission, zu der er durch seine Tätigkeit in München sich berufen fühlte: den Süden Deutschlands dem Norden näher zu bringen, gaben seinem Denken und Wollen eine besondere Richtung. In seinem politischen Blickfeld weiter als die meisten der preußischen Liberalen, durch die Entfernung von Berlin und unter dem Einfluß der von Oesterreich genährten Stimmung in Bayern in seiner Betrachtung der europäischen Verwicklung und der Stellung der preußischen Großmacht etwas beengt und unsicher, zeugt doch sein Urteil oft von politischem Format und — an einigen Stellen — von diplomatischer Klugheit.⁷

In den Jahren des reaktionären Ministeriums Manteuffel in Preußen und der ganz im österreichischen Kielwasser segelnden bayerischen Politik unter v. d. Pfordten, hatte sich Sybel in politischen Fragen strengste Zurückhaltung auferlegt. In seinen historischen Arbeiten, besonders in der Geschichte der französischen Revolution, hatte er wohl seinen Hoffnungen und Wünschen Ausdruck gegeben, aber weder in seinen Briefen noch in kleinen Abhandlungen sprach mehr als tiefe Resignation. Die innere Umwandlung Ende 1858 in Preußen, die gleichzeitigen außenpolitischen Bewegungen, die durch den Freiheitsruf der Italiener entfacht wurden, veranlaßten ihn, aus der bisher rein wissenschaftlichen Arbeiten gewidmeten Gelehrtenstube herauszutreten und lebhaften Anteil an dem politischen Geschehen zu nehmen.

Der Freiheitsruf der italienischen Stämme fand ganz sein Ohr. Die reaktionäre ultramontane Politik Oesterreichs war ihm in München noch verhaßter geworden als vorher. Hier hatte er die der nationalen Sache schädlichen Einwirkungen Wiens deutlicher erfahren, die dadurch immer breiter werdende Kluft zwischen Süd- und Norddeutschland immer schmerzlicher empfunden. Die natürlichen Sympathien der deutschen Liberalen mit dem ihnen so schicksalhaft verbundenen italienischen Volke in seinem Kampfe um

7. Sybel selbst war in den ersten Monaten des Jahres 1859 sehr mit der Gründung und Herausgabe der Historischen Zeitschrift beschäftigt, in seinen Briefen berief er sich zuweilen auf die Aeußerungen Baumgartens. — Vgl. Max Duncker: Politischer Briefwechsel aus seinem Nachlaß. Herausgegeben von J. Schultze, S. 96 und C. Varrentrapp: Einleitung zu den „Vorträgen und Abhandlungen von Heinrich v. Sybel“. München und Leipzig 1897, S. 93.

nationale Befreiung und Einigung waren allgemein; der Haß und Groll beider nationaler Kräfte traf doch denselben Gegner. Mit Schmerz sah Sybel die Mehrzahl der bayerischen maßgebenden Kreise von Anfang an auf der Seite Oesterreichs, das durch geschickte Beeinflussung der Presse das edle Streben Italiens als ehrgeiziges, illegales Machtinteresse Piemonts darzustellen wußte. Mit einigen Freunden: Baumgarten, Bluntschli, Brater und anderen⁸ hielt er das Streben Cavours für durchaus berechtigt.

Der Schatten Napoleons III. aber, der sich im Hintergrunde erhob, verdunkelte auch dem sonst so scharf sehenden Sybel den Blick. Bismarcks⁹ staatsmännisches Auge und C. Rößlers¹⁰ politischer Instinkt hatten schon in den Februartagen des Jahres 1859 die französische Gefahr richtig eingeschätzt; und Lassalle wußte einige Monate später in seiner leidenschaftlichen Schrift: „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens“¹¹ mit klarer Logik darzustellen, wie wenig Deutschland von dem ihm nicht weniger verhaßten Despoten in Paris zu fürchten habe. Jene beurteilten die Lage ganz vom Standpunkt der Großmachtstellung Preußens, dieser erkannte durch seine rein demokratisch gerichtete Ideenwelt die innerpolitische Gebundenheit des französischen Machthabers. Sybel aber und mit ihm die meisten in Süddeutschland und viele im Norden wohnende Liberale sahen in den imperialistischen Tendenzen Napoleons die große Gefahr, die die deutsche Nation vor einem halben Jahrhundert nicht rechtzeitig erkannt hatte, wodurch es dem großen Oheim ermöglicht war, so schnell das uneinige Deutschland zu zerschlagen.¹² Der rein preußischen Interessenwelt war Sybel durch den fünfzehnjährigen Aufenthalt in mittel- und süddeutschen Staaten doch etwas entwachsen. Alle außenpolitischen Strömungen hatte er gelernt, von rein nationalem Standpunkte aus anzu-

8. I. C. Bluntschli: a. a. O. Bd. II, S. 256 ff.

9. Vgl. Bismarck, Otto Fürst v.: Die gesammelten Werke, 2. Auflage, Bd. III, Berlin 1925.

10. C. Rößler: a. a. O.

11. Ferdinand Lassalle: Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens. (Flugschrift, anonym erschienen.) Berlin 1859.

12. Vgl. H. v. Sybel: Die Fälschung der guten Sache durch die Augsburger Allgemeine Zeitung. (Flugschrift, anonym erschienen.) Frankfurt a. M. 1859, S. 3 ff.

sehen. Freilich hätte er auch von dieser Warte aus erkennen müssen, daß die Situation des Großneffen eine ganz andere war als die des ersten Napoleon. Es waren aber weniger ruhige, sachliche Erwägungen, die feindlich nach Westen zeigten; der alte nationale Haß übertönte den denkenden Verstand. Die Worte Baumgartens in den Preußischen Jahrbüchern:¹³ „Die Gefahr, mit welcher Louis Napoleon Deutschland bedroht, wird für so furchtbar gehalten, die Erinnerung an den Gang der Kriege von 1793—1815 ist so lebendig, der Haß gegen den Despoten und Usurpator an der Seine ist so heiß, der nationale Aufschwung durch ganz Deutschland so mächtig und tatenlustig, daß die bewaffnete Neutralität vom Bunde kaum behauptet werden wird“, waren nicht ohne inneres Einverständnis Sybels geschrieben.

Drängten einerseits die Sympathie für Italien, andererseits der Haß gegen den französischen Helfer die deutschen Liberalen in ein gefährliches Dilemma hinein, so wurde diesen die Situation noch dadurch verwickelter, daß der Kampf beider gegen das der nationalen Einigung durchaus feindliche Oesterreich geführt werden sollte.

Die von den Traditionen Metternichs, wie es schien, beherrschte österreichische Politik war allen deutschen Liberalen gleich zuwider. Das brutale Vorgehen in Italien, die systematische, freilich aus österreichischem Staatsinteresse begreifliche Unterdrückung aller freiheitlichen Regungen des italienischen Volkes erhöhte den Abscheu gegen das verhaßte Regime. Bei den Preußen steigerte die Erinnerung an die Begegnungen in Bregenz und Olmütz, die doch erst wenige Jahre zurücklagen, den Groll zur Feindschaft. Am stärksten aber mußte die Abneigung bei jenen Männern in Süddeutschland sein, die ihren Herzenswunsch: München und Berlin einander näher zu führen, Tag für Tag von dem österreichischen Einfluß, dem mit aller Kraft geführten Kampf Wiens, Bayern und ganz Süddeutschland dem Norden zu entfremden, gefährdet sahen. Stündlich hatte sich der liberale, protestantische, preußische Gelehrte gegen die von österreichischem Geld unterstützte ultramontane, reaktionäre Presse und die österreichisch gesinnten feudalen Schichten Münchens seine Stellung

13. s. Pr. Jahrb. Bd. XVIII, 5. Heft 1866, S. 487.

und seinen Einfluß beim König neu zu erobern. In jenen Kreisen, deren Einfluß in ganz Bayern überaus stark war, war Sybel der bestgehaßte Mann.¹⁴

Die Vorgänge in den ersten Monaten des Jahres 1859 steigerten Haß und Feindschaft bis zur Siedehitze. Oesterreich verstand es meisterhaft, in Bayern die Stimmung für sich zu gewinnen,¹⁵ in einer rücksichtslosen Pressekampagne erhöhte es seine Sympathien und nährte den Haß gegen den „deutschen Erbfeind“ zum „tollen Fanatismus“.¹⁶ Voll Schmerz sahen schon Sybel und seine wenigen Freunde ganz Deutschland in einem blinden Kampf für Oesterreichs Interessen sich verbluten. Eine klare Entscheidung mußte ihnen schwer fallen. Sie sahen Feind gegen Feind, fürchteten um die Interessen der Gesamtnation und um den Geist ihres Staatsbildes; sahen Deutschlands äußeren Feind die Grenzen bedrohen und den inneren sich der nationalen Einigung entgegenstellen. Der Blick aller richtete sich selbstverständlich auf Preußen. Wo stand Preußen in diesem Konflikt und was sollte es tun?¹⁷ Tatsächlich hing von der Haltung dieses Staates das Ergebnis des-italienischen Krieges ab. Stellte er sich auf die Seite Oesterreichs, so mußte der Krieg vom Po an den Rhein verlegt werden; kämpfte er mit Italien —Frankreich, so hatte diese Haltung einen innerdeutschen Bruch zur Folge. Im ersteren Falle mußte er für Oesterreich die Kastanien aus dem Feuer holen, ohne für seine eigenen Interessen und für eine nationale Einigung viel zu erreichen.¹⁸ An der Seite Frankreichs konnte er vielleicht in Norddeutschland territoriale Vorteile erringen, hätte aber dem Streben zu einem einigen deutschen Reich wahrscheinlich die unüberbrückbarsten Hindernisse geschaffen. Von

14. In dem im Oktober 1859 erschienenen „Katholischen Volkskalender für 1860“ standen die Worte: „Führe uns nicht in Versuchung, sondern erlöse uns von dem Sybel, Amen.“ s. Brief Sybels an Droysen vom 23. Oktober 1859. Johann Gustav Droysen Briefwechsel. Herausgegeben v. Rudolf Hübner. Berlin u. Leipzig 1929, Bd. 2, S. 627.

15. Vgl. Pr. Jahrb. a. a. O. S. 488.

16. s. Pr. Jahrb. a. a. O. S. 489.

17. Ueber die preußische Politik im italienischen Kriege ist eingehend geschrieben worden. Sybel, Brandenburg und Ziekursch haben sich in ihrer Geschichte der Reichsgründung darüber ausgesprochen, so daß an dieser Stelle nur ganz summarisch die Situation angedeutet zu werden braucht.

18. Bismarck: Die gesammelten Werke, a. a. O. Bd. III, S. 34 ff.

beiden Seiten war man gleich bemüht, Preußens Hilfe zu erreichen. Die Bemühungen des Erzherzogs Albrecht in Berlin konnten Preußen ebensowenig zur Entscheidung führen wie die Mission des italienischen Staatsmannes, des Marquis Gioachino Napoleone Pepoli.¹⁹

Die Berliner Regierung konnte gar nicht anders, als zunächst die Neutralität wahren. Eine andere Frage ist es, wie sie die politische Situation im preußischen und deutschen Sinne hätte ausnützen können. Man kann ruhig behaupten, daß hierin Preußen vollkommen versagte. Neutralität braucht noch keine Passivität zu sein. Ein geschicktes Handhaben der äußeren Situation, der vollständigen Inanspruchnahme Oesterreichs in Norditalien, der französischen Sorgen auf gleichem Boden, der nicht ungünstigen Haltung Rußlands²⁰ und Englands, das in Indien und durch den französisch-österreichischen Konflikt stark beschäftigt war, insbesondere aber des in einem nationalen, wenn auch nicht überall preußenfreundlich gesinnten Taumel lebenden deutschen Volkes hätte die nationale Lösung im liberalen und preußischen Sinne sehr nahe führen können. Ueber den Versuch einer friedlichen Vermittlung zwischen den Gegnern ist das Ministerium Schleinitz nicht hinausgekommen. Sybel erkannte von Anfang an die günstige Stellung Preußens. War sein Blick auch getrübt durch die falsche Furcht vor Frankreich, so sah er doch sofort, daß die Stunde zur nationalen Tat für Preußen und Deutschland gekommen sei. Aus der oben angeführten Haltung zu den Hauptmächten des Krieges ergeben sich leicht die Gedanken und Forderungen, mit denen er den einzelnen Phasen des Kampfes folgte.

Die ersten patriotischen Aufwallungen, mit denen besonders Süd- und Südwestdeutschland die Neujahrsworte Napoleons an den österreichischen Gesandten in Paris²¹ beantwortete, begrüßte Sybel von ganzem Herzen. War doch lange Jahre hindurch sein Ohr den

19. Staatssekretär v. Gruner hat die Mission Pepolis in einer „Aufzeichnung“ behandelt. (Nachl. Gruner.) s. Anhang Nr. 1.

20. Bismarck: Die gesammelten Werke, a. a. O. Bd. III, S. 34 ff.

21. Die Worte Napoleons an den Gesandten v. Hübner lauten: „Ich bedauere, daß unsere Beziehungen zu Ihrer Regierung nicht so gut sind wie früher; doch ich bitte Sie, dem Kaiser zu sagen, daß meine persönlichen Gefühle für ihn sich nicht geändert haben.“

nationalen Klängen entwöhnt worden. Aber schon im Februar, als die Kriegsgefahr sich näherte und bei vielen Kreisen sich eine anti-preußische Stimmung hineinmischte, stellte er sich kritischer der Begeisterung gegenüber. Er erkannte bald, wie sehr Oesterreich den Enthusiasmus ganz für seine Interessen auszunützen sich bestrebte, wie ihn die Presse, besonders die Augsburger Allgemeine Zeitung, für dessen Zwecke nutzbar machte. Mit Schmerz verfolgte er den steigenden Einfluß Wiens nicht nur auf die Stimmung des Volkes, sondern auch auf die Haltung der Regierung. Bereits im März sah er ganz Bayern in wirrer Aufregung. „Von den hiesigen Ministern“, so schrieb er am 15. März an Droysen, „ist es sicher, daß sie keinen Gedanken haben, als sich so fest wie möglich mit Oesterreich zu engagieren und dies Verhältnis teils gegen die eigenen Liberalen teils gegen Preußen zu exploitiern. In den Ergüssen gegen Preußen, und einzig und allein darin, stimmen plötzlich hier alle Parteien zusammen.“²² Er begnügte sich nicht mit dieser resignierten Feststellung. Mit den schärfsten Worten warf er der preußischen Regierung vor, daß sie durch ihre Passivität die süddeutschen Staaten in die Arme Oesterreichs dränge. Weder die Regierung selbst noch die preußische Presse habe versucht, die günstige Gelegenheit auszunützen, „die österreichische Majorität völlig zu sprengen“ und den süddeutschen Blättern „Impuls“ und „Nahrung“ zu geben.²³ Am meisten jedoch fürchtete er, daß Oesterreich beim Bunde den Antrag auf Kriegsbereitschaft einbringen würde, und dann Preußen schließlich „auf Wiener Ordre“ rüsten müsse. „Und wie elend schon die bloße Möglichkeit“, schrieb er am Schlusse jenes Briefes, „dies Ueberwiegen einer Macht in Deutschland, die uns damit in einen verhängnisvollen Krieg zu Gunsten des mittelitalienischen Jesuitenregiments verwickeln kann!“

22. s. Julius Heyderhoff: Die Sturmjahre der preußisch-deutschen Einigung 1859—1870. Politische Briefe aus dem Nachlaß liberaler Parteiführer. Bonn u. Leipzig 1925, S. 26.

23. Dieselbe Klage klingt durch Baumgartens Bericht für die Preußischen Jahrbücher. Vgl. Pr. Jahrb. Bd. III, 4. Heft, S. 484 ff.

Deutlicher als mit diesen eigenen Worten lassen sich die Gefühle Sybels in der schwülen Kriegsstimmung Münchens nicht wiedergeben.

Die Unruhe und Begeisterung steigerte sich von Tag zu Tag, bis in der zweiten Aprilwoche der Krieg unvermeidlich schien. Man mußte sich bestimmt erklären, wie sich Deutschland bezw. Preußen zum Kriege stellen werde.

Auf der Seite Frankreichs gegen Oesterreich zu kämpfen, lag jetzt dem Empfinden aller Deutschen fern. Mit Napoleons Hilfe wollte man die deutsche Einigung nicht erwirken.

Der Gedanke, dem Usurpator im nationalen Kampfe sich zum Danke zu verpflichten, trieb auch den größten Oesterreich Hassern die Schamröte ins Gesicht. Die Entscheidung konnte nur noch fallen zwischen den Parolen: Krieg mit Oesterreich gegen Frankreich oder Neutralität. Unter denen, die diese forderten, muß man unterscheiden zwischen solchen, die den Zustand der Schwäche Oesterreichs benützen wollten, für deutsche Belange aktiv zu sein,²⁴ und solchen, die in Ruhe Oesterreich sich verbluten sehen wollten.²⁵

Die Mehrzahl aber rief zum Kriege. Die ultramontan gesinnten Kreise in Süddeutschland und in Preußen bekannten sich selbstverständlich zur bedingungslosen Unterstützung Oesterreichs und dessen bedrohten Interessen. Die meisten Liberalen forderten die Beteiligung im Interesse der Gesamtnation. Auch hier lassen sich Abstufungen machen. Die Bedingungen, unter denen man die preußisch-deutsche Hilfe Oesterreich anbot, waren verschieden.²⁶ Sybel gehörte zu denen, die sich am schwersten zu einem bewaffneten Beistand entschließen konnten. Die Situation, in die er sich beim Kriegausbruch gestellt sah, war sehr schwierig; eine klare Entscheidung mußte ihm schwer fallen. In einem Brief an Duncker vom 12. April²⁷ berief er sich auf die in diesen Tagen geschriebene

24. Bismarck, C. Rößler und F. Lassalle.

25. Vgl. Brief G. G. Gervinus an H. Baumgarten v. 29. 4. 59. J. Heyderhoff, a. a. O. S. 29/31.

26. Vgl. Otto Westphal: Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus. München und Berlin 1919, S. 117/18. Ferner: Max Duncker, a. a. O. S. 92 ff. und Preußische Jahrbücher 1859, S. 300 ff.

27. Max Duncker, a. a. O. S. 96/97.

Flugschrift Baumgartens: „Was will Deutschland im Kriege?“²⁸ in der sein Freund einen „Nationalkrieg“ forderte, einen Krieg, der „deutsche Interessen verfechte, nicht römische“.²⁹ Baumgarten glaubte, daß selbst eine „bewaffnete Neutralität“ des deutschen Bundes, „selbst, wenn er es wolle“, nicht behauptet werden könne,³⁰ daß durch den unruhigen französischen Machthaber die „solide, gesunde Ordnung“²⁹ gefährdet sei, und daß es für Deutschland beschämend sei, von „der Laune der Herren vom Moniteur“ abzuhängen.²⁹ Darf man aus Sybels Aeußerung, daß er „die Richtigkeit von Baumgartens Behauptungen unter allen Umständen bekräftige“,³¹ nicht annehmen, daß er im Augenblick auch aus Angst vor Napoleon wünschte, Preußen—Deutschland möge sofort und energisch mit den Waffen den Franzosen entgegentreten? Baumgartens Hoffnungen aber, daß Oesterreich als Dank für einen bewaffneten Beistand nach Beendigung des Krieges die „deutschen Anliegen, welchen es bisher ferne oder gar feindlich gegenüber gestanden hat, unumwunden und nachdrücklich anerkenne und vertrete“, daß es das „Prinzip der konstitutionellen Monarchie“³² akzeptiere, stand er doch skeptisch gegenüber. So sehr er die Konzessionen Oesterreichs gewünscht hätte, so glaubte er nicht so recht daran, daß Wien sich dazu entschließen werde.³³ Sein klarer, viel mehr auf das Reale gerichteter Sinn erwartete von einem bewaffneten Auftreten Preußens vor allem, daß sich die süddeutschen Sympathien von Oesterreich abwenden und nach Norden kehren würden. Wenn er schon am folgenden Tage an Duncker schrieb: „Ich ersehne vor allem — weder die eine noch die andere Alliance, weder Krieg noch Neutralität, ich bescheide mich darüber völlig in meinem Urteil — aber ich ersehne eine solche Haltung Preußens, daß seine Widersacher Furcht bekommen“,³⁴ so ist das schon ein leises Abrücken von Baum-

28. H. Baumgarten: Was will Deutschland im Krieg? (Flugschrift, anonym erschienen.) München 1859.

29. Ebenda S. 8/9.

30. Ebenda S. 6/7.

31. Max Duncker, a. a. O. S. 96.

32. H. Baumgarten, a. a. O. S. 11.

33. s. Brief Sybels an Gruner vom 12. Mai 1859. Nachl. Gruner. (Anhang Nr. 2).

34. Max Duncker, a. a. O. S. 97.

gartens heller Kriegsforderung. Sybel wollte, daß dann, wenn Deutschland durch Napoleons Haltung gezwungen werde, am Kriege teilzunehmen — der Zeitpunkt, in dem dieser Fall eintrete, schien ihm nicht in weiter Ferne zu liegen —, es geeint und selbstständig, nicht als Vasall Oesterreichs, seine Waffen nach Westen kehre. Ein schneidiges, Furcht erregendes Auftreten Preußens solle die ängstlichen Gemüter im Süden beruhigen und die dortigen Gegner im Banne halten; es solle aber auch den Oesterreichern zeigen, daß es sich von niemand zum Kriege drängen lasse, den Franzosen, daß Deutschland seine Grenzen zu schützen bereit sei.³⁵ Vor allem aber könne die preußische Regierung sich so ihre Handlungsfreiheit voll und ganz wahren und trotz ihrer an den Tag gelegten „Angriffslust“ nachher „erwägen und tun, was sie wolle“.³⁶

Sybels Neutralität, der er selbst den Namen „bewaffnete Neutralität“ gab,³⁷ erwartete ein preußisches Observationskorps im Südwesten Deutschlands. Dem Vermittlungsversuch des Generals v. Willisen³⁸ sah er mit einer gewissen Unruhe zu. Er fürchtete, daß der General nicht frei und offen die notwendigen Forderungen Preußens dem Kaiser vortragen werde, dieser aber dadurch Zeit gewinne, die Verhandlungen zu verschleppen und Preußen in eine ungünstige Lage hineinmanöviere.³⁹ Fast täglich beschwor Sybel Duncker, dessen Einfluß an den Regierungsgeschäften auch er überschätzte, daß Preußen ein offizielles Programm veröffentliche, in

35. Max Duncker, a. a. O. S. 99.

36. Brief Sybels an Gruner, a. a. O. (Anhang Nr. 2). — Wilhelm Mommsens Behauptung, daß Sybel in dieser Zeit für ein Prinzipat Preußens bis zum Main eingetreten sei, kann nur aus einer Aeußerung Sybels im Mai 1860 (Max Duncker, a. a. O. S. 192) abgeleitet werden. Damals war aber die Situation eine ganz andere, und es läßt sich aus der eingeschränkten Zustimmung Sybels zu der Flugschrift Ferdinand Fischers (Preußens und Bayerns Union, Breslau 1860) nicht ohne weiteres diese Ansicht interpretieren. Vgl. W. Mommsen: Johannes Miquel. Leipzig und Berlin 1928, S. 174/175.

37. Max Duncker, a. a. O. S. 101.

38. General v. Willisen wurde Anfang Mai 1859 vom Prinz-Regenten nach Wien geschickt, um der österreichischen Regierung zu erklären, daß Preußen für die Erhaltung des österreichischen Besitzes in Italien eintrete, wenn ihm die volle Verfügung über die Streitkräfte des deutschen Bundes zugestanden würde. Vgl. H. v. Sybel: Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I., Bd. II, München und Leipzig 1890, S. 321.

39. s. Max Duncker, a. a. O. S. 130.

dem es den Grund seiner Handlungsweise darlege. Natürlich suchte er den Freund in seinem Sinne zu beeinflussen und von seiner Ansicht zu überzeugen. Waren doch Dunckers Intentionen Oesterreich gegenüber viel nachgiebiger als die Sybels. Jener wollte den Besitzstand Oesterreichs in Italien voll und ganz gewahrt wissen, während dieser es für angebracht hielt, die Lombardei an Piemont abzutreten und die Grenze an die Minciolinie zurückzuverlegen. In diesem Sinne hatte er auch dem König von Bayern seine Ansichten ausgesprochen.⁴⁰ Auf dieser Basis wollte er Verhandlungen mit Oesterreich, die Bedingungen mit bewaffneter Macht unterstützt sehen. Der Krieg gegen Frankreich aber solle, so es eben möglich sei, verhindert werden. Nur dann, wenn Oesterreichs Haltung die Garantien böte, daß der Krieg ein nationaler Krieg, der Erfolg der deutschen Nation und ihrem Einheitsstreben zugute komme, Krieg gegen Napoleon und sobald wie möglich.⁴¹

Die erste Niederlage der Oesterreicher bei Magenta bedauerte Sybel keineswegs. Im Gegenteil. Er glaubte, daß Oesterreich nun geneigter sei, auf die preußischen Forderungen einzugehen,⁴² und bangte nur um ein vorzeitiges Nachgeben des Prinz-Regenten. Es schien ihm allerhöchste Zeit, daß Preußen nun sein Programm veröffentlichte, um die Stimmung in Süddeutschland aufzufangen; daß es in aller Offenheit den Zweck eines deutschen Krieges verkünde. Die Niederlage der Oesterreicher habe die dortige Bevölkerung nicht für Preußen gewinnen können, weil Preußen seine Politik mit einem „dauernden Geheimnis“ umhülle und so nur Mißtrauen ausstreue.⁴³ „Ich sehe“, so klagte Sybel, „daß die öffentliche Meinung in Deutschland täglich tiefer verwildert und verwildern muß; denn es ist einmal so, daß Preußen der einzige Polarstern für diese Meinung ist, und alles drunter und drüber geht, so-

40. s. Max Duncker, a. a. O. S. 120 ff.

41. s. ebenda und S. 130 ff. und S. 136 ff.

42. Brief Sybels an Droysen vom 8. Juni 1859: „In der Politik, meine ich, steht es im Augenblick nicht schlecht. Dies gelinde Zurückdrücken der Oesterreicher ist gerade, was nottat, um ihre Regierung zu einigem Verstande, einiger Mäßigung Preußen gegenüber zu bringen Meine einzige Sorge ist die, daß der Prinz-Regent in seiner patriotischen Loyalität zu früh losschlägt.“ (Nachl. Sybel.)

43. s. Max Duncker, a. a. O. S. 135.

bald dieser Stern sich verschleiert“.⁴⁴ Die Mobilmachung Preußens am 14. Juni und das Programm seiner Regierung: „Opposition gegen Napoleon, gute Konstituierung Italiens, Hilfe für Oesterreichs Machtstellung, Beseitigung des reaktionären Systems in Oesterreich“⁴⁵ fanden Sybels Beifall.

Als dann nach der Schlacht bei Solferino die Stimmung in Süddeutschland zu Gunsten Preußens umschlug, konnte er nichts mehr wünschen, als ein entschlossenes, rücksichtsloses Durchgreifen Berlins. Nur mit energischen Maßnahmen könne Preußen die noch widerstrebenden süddeutschen Regierungen gefügig machen und unter preußischer Leitung ein Heer an den Main führen.⁴⁶ Verhandlungen mit Oesterreich und Napoleon auf solcher Basis müßten eine gewaltige Wirkung haben. Sybel hatte mit Recht erkannt, daß es der letzte und günstigste Augenblick war, den italienischen Krieg im deutschen Sinne auszubeuten. Aber etwas hatte er nicht gesehen: Daß die preußische Diplomatie der gerissenen Staatskunst des Wiener Hofes und der politischen Klugheit eines Napoleon nicht gewachsen war. Selbst „b e w a f f n e t e“ Verhandlungen müßten eine bestimmte Zeit in Anspruch nehmen. Der Augenblick war aber gekommen, sofort zu handeln. Wollte Oesterreich auf ultimativ gestellte Forderungen nicht eingehen, so war der Zeitpunkt da, eine mobilisierte Macht für innerdeutsche Belange sofort einzusetzen. Lassalle hatte schon einen Monat vorher ausgerufen: „Ja, noch einmal liegt die deutsche Kaiserkrone auf der Straße!“ Er hatte den Geist Friedrichs des Großen herabbeschworen, tatkräftig die Zügel zu ergreifen, „den deutschen Einheitsbestrebungen endlich einen Ausdruck zu geben“.⁴⁷

Nun war die letzte Stunde für ein realpolitisches Vorgehen da, und man versagte. Der Friede von Villafranca machte alle Träume zunichte.

Die Enttäuschung, die das „beispiellos rasche“⁴⁸ Ende des italienischen Krieges in ganz Preußen hervorrief, war besonders

44. s. Max Duncker, a. a. O. S. 137.

45. s. Max Duncker, a. a. O. S. 146.

46. s. Max Duncker, a. a. O. S. 147.

47. Ferdinand Lassalle, a. a. O. S. 66.

48. s. Denkschrift Gruners vom 19. März 1860, Anhang Nr. 3.

groß bei den Liberalen und steigerte sich noch, als Kaiser Franz Josef in seinem Armee-Erlaß bald nach Villafranca die Schuld dem „ältesten und natürlichsten Bundesgenossen“ zuschrieb. In den Regierungsstellen sah man sich plötzlich vollkommen isoliert,⁴⁸ und in den deutschnationalen Kreisen einer Situation gegenüber, die zunächst für ihre Wünsche keinen Platz mehr hatte. Die Stimmung der süd- und südwestdeutschen Bevölkerung, die man in ihrer nationalen Bewegung während des Krieges nicht hatte auffangen können, wandte sich nun vollkommen gegen Preußen. Dessen Heer, daß jetzt schlagbereit an Frankreichs Grenze stand, hatte keine andere Aufgabe mehr, als einen gewissen Druck auf die Friedensverhandlungen auszuüben. Ein nationaler Krieg gegen Frankreich hatte seinen Sinn verloren; das Heer für andere rein deutsche Interessen einzusetzen, lag kein Anlaß vor. Die Stunden energischen Handelns hatte man verpaßt, die finanziellen Opfer der preußischen Mobilmachung waren vergebens gebracht. In allen Briefen, Reden und Aufsätzen preußischer Liberaler machte sich ein ungestümer Widerwillen gegen Oesterreich offenbar. Oesterreich, nicht Preußen, hatte Deutschland verraten. In dieser niedergeschlagenen und zugleich verbitterten Stimmung veröffentlichte Sybel seine Flugschrift: Die Fälschung der guten Sache durch die Augsburger Allgemeine Zeitung.⁴⁹ Er begnügte sich nicht damit, in harten Worten seinem Haß gegen Oesterreich Ausdruck zu geben. In ihm stand gleich die Sorge um die Zukunft. Der „fatale Friede“ erschien ihm nur als ein „augenblicklicher Ruhepunkt“.⁵⁰ Die Gefahr der „kolossal herangewachsenen Militärmacht des Napoleoniden“ sah er immer drohender den europäischen Horizont bedecken, Preußen und Deutschland den Machtgelüsten Frankreichs mehr denn je preisgegeben. „Die Zeiten“, fürchtete Sybel, „wenn nicht Napoleons I. so doch Ludwigs XIV. drohen sich zu erneuern“.

Diese Schreckensrufe kamen zu spät. Sie fanden nicht mehr die Herzen des deutschen Volkes; und seine flammenden Worte, die die entschlossene, selbstlose Einigkeit aller deutschen Stämme

49. H. v. Sybel: Die Fälschung der guten Sache durch die Augsburger Allgemeine Zeitung, a. a. O. signiert: 17. Juli (nicht wie bei Heyderhoff, S. 47 14. Juli).

50. Ebenda S. 3.

forderte, mußten klanglos verhallen. Es ist schwer zu sagen, ob es bloße Furcht vor Napoleon war, die seinen Aufruf in die Feder diktierte, oder ob in ihm nicht der Wunsch lebte, daß doch der Krieg sich von neuem entzünden möge, damit ganz Deutschland wieder von einer nationalen Begeisterung ergriffen und Preußen die versäumte Gelegenheit wiedergegeben werde, die Zügel fester zu ergreifen und den Krieg in preußisch-deutschem Sinne auszunützen: „Es wäre alles hoffnungslos, wenn nicht von dem ersten Augenblick des Krieges an die Ungeübtheit der Truppen durch ihre Massen, die politische Zersplitterung durch eine zeitweilige Diktatur, die nationale Bedächtigkeit durch einen mächtigen Impuls von oben ersetzt würde. Für die Zeit des Krieges dürfte keine andere Rücksicht gelten als der Krieg. Jedes Bedenken der inneren Politik müßte hier zurücktreten.“⁵¹ Diese Worte lassen zweifellos jenen Wunsch erkennen. Sie zeugen aber auch von dem staatsmännischen Empfinden Sybels, seinem bisher gehemmten Willen, für eine große Sache alle Bedenken und Rücksichten fallen zu lassen. Der Ruf nach diktatorischen Maßnahmen, der vielleicht vor wenigen Monaten zündend gewirkt hätte, klang in der zweiten Julihälfte doch etwas phrasenhaft. Preußen-Deutschland hatte den italienischen Krieg verloren. Es hatte gegen eine nicht so greifbare Gefahr von Westen her mobilisiert, aus Furcht vor Napoleonischen Armeen marschieren lassen, anstatt den wirklichen Gegner im Südosten zu erkennen und dessen Schwäche im nationalen Sinne auszunützen. Der König und die Regierung hätten die Situation erkennen müssen; ihnen hatten langjährige Beobachter⁵² unermüdlich den Weg gezeigt. Sybels und der meisten preußischen Liberalen gutmeinendes Wollen jedoch stand vor einem verschleierte Bilde, dessen wahre Konturen zu erkennen, ihnen versagt geblieben war.

Die hochgehende politische Stimmung in Deutschland ebhte naturgemäß nach Villafranca ab. In Süddeutschland war man preußenfeindlicher als bisher, und in Preußen dauerte die Mißstimmung gegen Oesterreich an. Die Kluft zwischen Süd und Nord war fühlbar geworden, den Trägern der nationalen Idee um so

51. Ebenda S. 5.

52. Besonders Bismarck. s. Hans Viktor v. Unruh, a. a. O. S. 209.

schmerzlicher. Der Kriegszustand der vorausgegangenen Monate hatte drei Momente schlaglichtartig beleuchtet: Erstens die für Preußen unhaltbare Bundesverfassung, zweitens die starke Abhängigkeit der süddeutschen Regierungen von Wien und drittens den großen Einfluß der von Oesterreich inspirierten Presse auf die süddeutsche Volksmeinung. Von drei Seiten versuchte man, diesen Mißständen zu Leibe zu rücken. Von der Berliner Regierung aus wollte man vor allem eine Aenderung der Bundesverfassung erwirken. Der neugegründete Nationalverein, dessen Urheber und Führer Männer des praktischen Lebens und zum Teil Exponenten deutscher Wirtschaftskreise waren, suchte dem nationalen Gedanken, der bisher allzu ideenhaft, ungreifbar über dem Volke schwebte, erdhaftere Prägung zu geben.⁵³ Er verband wirtschaftliche Forderungen mit den nationalen, praktische Ziele mit den ideologischen, die Interessen des Einzelnen mit dem nationalen Streben des Staates. Von unter her, und zwar geschlossen, sollten die widerstrebenden Regierungen gezwungen werden, den realen Interessen der Einzelnen, die sich mit den nationalen deckten, Rechnung zu tragen. Das dritte Moment, die Macht der österreichisch gesinnten Presse, hatte man besonders in dem liberalen Lager Bayerns und anderer süddeutscher Staaten schmerzlich empfunden. Ihm suchten vor allem die intellektuellen Kräfte⁵⁴ sich entgegenzustellen und den Kampf mit ihm aufzunehmen.

Man müßte fast glauben, daß die Bestrebungen, die so von drei Seiten dem gleichen Ziele zuführen sollten: Der Einigung Deutschlands unter der diplomatischen und militärischen Führung Preußens, sich gegenseitig anerkannt und gefördert hätten. Der Ruf nach Bundesreform ging von allen gleich aus und fand den ungeteilten Beifall und die Unterstützung aller liberal-national Denkende Deutschlands⁵⁵ bis in die konservativen Reihen. Nur über die Methode war man sich nicht einig. Im Norden⁵⁶ und im Süden⁵⁷ erwartete und forderte man die Initiative Preußens und

53. Vgl. Hermann Oncken: Rudolf v. Bennigsen. Stuttgart und Leipzig 1910, Bd. I, S. 316/17.

54. s. Max Duncker, a. a. O. S. 158.

55. Vgl. H. Oncken: Rudolf v. Bennigsen, a. a. O. S. 328/29.

56. Ebenda S. 229.

57. Sybels Brief an Droysen, a. a. O.

scharfe Zurückweisung der österreichischen Vorschläge. Die Regierung selbst wollte nur unter möglichster Schonung Oesterreichs vorgehen. Sie sah wohl die Gefahren, die im Dualismus Preußen — Oesterreich lagen, konnte sich aber nicht entschließen, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Daß eine Reform mit Oesterreich im Bunde unmöglich war, sahen nur wenige; an einen Ausschluß Oesterreichs aus dem Bunde zu denken, lehnte die Regierung schroff ab.⁵⁸ Damit war dieses Moment völlig ausgeschaltet. Sybel fand für die matte Haltung der preußischen Regierung nur Worte des Bedauerns.

Die Gründung des Nationalvereins verlor einmal an dem Gegensatz zwischen nord- und süddeutschen Anschauungen, mehr aber noch an der laxen Haltung Berlins viel von seiner Wirkung. Die Regierung stand ihm nur mißtrauisch gegenüber⁵⁹ und war nicht einmal bereit, ihm ihren Schutz zu gewähren. Sybel blieb der Bewegung vollkommen fern. Sichere Anhaltspunkte für diese Passivität haben sich nicht finden lassen. Vielleicht sah er in den Forderungen des Vereins ein zu schroffes, demokratisch gefärbtes Vorgehen, schreckte wie Duncker⁶⁰ vor dem Willen einer „Bundesreform auf gewaltsamem Wege“ zurück und fürchtete ein Entgegenkommen den „heißesten Wünschen des Kaisers Napoleon“ gegenüber. Andererseits mag auch die Rücksicht auf seine freundschaftlichen Beziehungen zu König Max, der unverhohlen den Verein bekämpfte,⁶¹ ihn zurückgehalten haben, in dieser Sache aktiv zu sein.

In dem Kampf um die süddeutsche Meinung, soweit er durch die Presse ausgefochten werden konnte, stand Sybel in den vordersten Reihen. Schon während des Krieges hatte er immer den großen Einfluß der Augsburger Allgemeinen Zeitung schmerzlich empfunden und die preußische Regierung um kräftige Gegenwehr zu veranlassen sich bestrebt. Seine oben erwähnte Flugschrift⁶²

58. Offizielle Denkschrift an den Nationalverein. (Hans Viktor v. Unruh, a. a. O. S. 205.)

59. Vgl. Rudolf Haym: Das Leben Max Dunckers. Berlin 1891, S. 222.

60. Ebenda S. 220.

61. s. Ernst II., Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha: Aus meinem Leben und aus meiner Zeit. Berlin 1892, Bd. III, S.

62. Sybel: Die Fälschung der guten Sache durch die Augsburger Allgemeine Zeitung, a. a. O.

war die erste große Aktion in diesem Streit. Sie sollte die Deutschland schädliche Wirkung des österreichischen Pressefeldzuges offenkundig machen und den Glauben an die Berichte und Forderungen dieses Blattes erschüttern. Unermüdlich arbeitete er daran, Berlin zur positiven Haltung in diesem Kampfe zu bewegen. Dem einflußreichen Augsburger Blatte wollte er eine in seinem Sinne geleitete Zeitung entgegenstellen und auf diese Weise die Volksmeinung beeinflussen. Seiner Initiative und seiner unerermüdlichen Tätigkeit ist die Gründung der „Süddeutschen Zeitung“ zu verdanken.⁶³ Er verschaffte dem Blatte die notwendigen Subventionen der preußischen Regierung und gewann zur Leitung der Zeitung den geistvollen Karl Brater, der mehr als ein anderer geeignet war, die Haltung des Blattes im liberal-nationalen Sinne zu gestalten und doch den spezifisch süddeutschen Ton zu treffen. Es mag im ersten Augenblick merkwürdig erscheinen, daß der geistige Urheber des Unternehmens sich so ganz im Hintergrund hielt. Sybel lehnte es strikte ab, auch nur im „comité directeur“ eine aktive Rolle zu spielen. Es war nicht persönliche Feigheit, vielleicht hätte er sogar die Lockerung der königlichen Freundschaft in Kauf genommen, wenn er der deutschen Sache durch aktive Teilnahme mehr gedient hätte.⁶⁴ Die preußische Regierung hat zwar unter dem Drucke Dunckers, der unerermüdlich von Sybel angefeuert und gedrängt wurde, die Mittel bewilligt, die zur Gründung der Zeitung notwendig waren; sie hat auch in der folgenden Zeit die Instandhaltung und ein erfolgreiches Arbeiten unterstützt. Aber wie überall zeigte sie auch hierin eine allzu laxen Tätigkeit. Das versprochene Geld kam nicht nur sehr unregelmäßig, wodurch die Geschäftsführung natürlich gehemmt wurde, es bedurfte immer wieder der mahnenden und antreibenden Worte Sybels. Zweifellos hätte in einer großzügigeren Pressekampagne der österreichische Einfluß in Süddeutschland noch mehr zurückgedrängt werden können. Wenn man auch annehmen kann, daß Sybel die Macht der öffentlichen Meinung überschätzte, so verdienen doch die Be-

63. s. Johannes Schultze: Eine preußische Zeitungsgründung in München 1859. Deutsche Rundschau, Bd. 192.

64. Im zweiten Kapitel dieser Arbeit wird bei der Begründung der Sybel'schen Gesamthaltung während seiner Lehrtätigkeit in München die passiv scheinende Haltung genauer motiviert.

mühungen des tapferen liberalen Vorkämpfers für Preußen und Deutschland im Süden ihre volle Würdigung. Mit Freuden konnte er am 1. Oktober 1859 das Erscheinen des Süddeutschen Zeitung begrüßen und auf den relativen Erfolg stolz sein.⁶⁵

In seiner politischen Tätigkeit hat sich Sybel im Jahre 1860 noch größere Zurückhaltung auferlegt. Weder durch Broschüren noch mit polemischen Zeitungsartikeln hat er nach außen hin den Gang des politischen Geschehens zu beeinflussen gesucht. Aber die Erfahrungen des vergangenen Jahres hatten seine Gedankenrichtung mehr zu den realen Fragen der Politik geleitet. In offenen Aussprachen mit König Max betonte er die Notwendigkeit des preußisch-bayerischen Zusammengehens in der deutschen Frage und kritisierte in lebhaftem Briefwechsel mit Droysen, Baumgarten und vor allem Duncker die passive Haltung der preußischen Regierung. In den entscheidenden Phasen hat er des öfteren mit wahrhaft staatsmännischen Vorschlägen Preußen aus seiner krankhaften und schädlichen Nonaktivität herauszureißen sich bemüht. Die Weite seines Blickes, das kluge Abwägen aller Komponenten und, was ihn über alle seine deutschen liberalen Freunde erhebt, der Mut, die Notwendigkeit der Stunde erfassend, Faktoren zur Erreichung seines Zieles einzubeziehen, die seiner inneren Anschauung nicht homogen waren, lassen uns ihn als einen der besten Köpfe der nächsten Zeit erscheinen. Sein zur Geltung sich durchringender Wirklichkeitssinn und die Kühnheit, den realen Tatsachen voll Rechnung zu tragen, machen es verständlich, daß er Cavour, der in den Kreisen seiner Parteigenossen allzusehr als Revolutionär verschrien war, als Vorbild ansprach.⁶⁶ Ungeachtet seiner ureigenen Abneigung gegen alles Revolutionäre, forderte er mit größtem Nachdruck die Anerkennung Italiens, erwartete er mit einer gewissen Schadenfreude in Oesterreich Unruhen und selbst den Sturz der Habsburger, dachte er daran, in einigen deutschen Staaten, besonders in Hannover, mit denselben Mitteln, wie Cavour sie in einigen italienischen Staaten anwandte, revolutionäre Be-

65. Etwa 1000 Abonnenten hatte sich die junge Zeitung im ersten Monat des Erscheinens gesichert.

66. s. Max Duncker, a. a. O. S. 185, 197, 230, 237. — J. Heyderhoff, a. a. O. S. 48.

wegungen zu inscenieren. Schließlich forderte er sogar in der Not der Stunde die Einberufung eines Parlaments auf einer Basis, wie er sie früher als zu demokratisch verworfen hatte.⁶⁷ Daß der Abschluß von Villafranca den Segen eines langen Friedens Europa bescheren würde, daran zweifelten alle einsichtigen Politiker der Zeit. In der Tat war ja auch keines der Probleme, an denen diese Jahrzehnte so schwanger waren, gelöst. Sardinien war eine neue Möglichkeit geschaffen, den italienischen Freiheits- und Einigungskampf durchzuführen. Daß die Bewegung an den Grenzen Venetien vor den schwarz-gelben Pfählen stehenbleiben würde, glaubte niemand, ebensowenig, daß Napoleon sich mit der „gloire“ begnügen würde. Die immer reifer werdende deutsche Frage war durch den Krieg nur akuter, keineswegs klarer geworden. Kurhessen war die wunde, überaus empfindliche Stelle des deutschen Bundes geblieben, und an der Eider mußte über kurz oder lang sich Preußen mit Dänemark, wahrscheinlich Deutschland mit Frankreich auseinandersetzen. So lag denn über den Jahren 1860/61 eine drückende Ungewißheit, die sich bei den Liberalen noch dadurch steigerte, daß in Preußen nichts getan wurde, aus der isolierten Stellung herauszukommen, und daß dieser Staat nicht durch eine kühne Initiative sich an die Spitze der deutschen Regierungen stellte und von seiner Seite aus das europäische Handeln beeinflusste. Die schwachen Vorstöße Preußens in der Bundeskriegsverfassung waren im Sande verlaufen. Die Forderungen des Nationalvereins hatten in Süddeutschland viel Unbehagen gefunden. Bis in die Märztage war sich die preußische Regierung überhaupt nicht schlüssig, was sie tun wolle.⁶⁸

Sybel beklagte sehr die schwankende, unklare Haltung Berlins: „Wer in Deutschland von Politik redet und nicht — wenigstens nicht mit approximativer Wahrscheinlichkeit — sich eine Vorstellung von den eventuellen Entschlüssen Preußens machen kann, kommt nicht über die Funktion des Kannegießers hinaus. Ich gestehe nun, daß ich mich in diesem Falle befinde.“⁶⁹ Darüber, was eigentlich zu tun war, war sich zu-

67. s. unten S. 42 f.

68. Denkschrift Gruners vom März 1861. (Nachl. Gruner.)

69. Max Duncker, a. a. O. S. 184.

nächst auch Sybel nicht klar. Seine Vorschläge, an Stelle einer Verfassungsreform, wie sie der Nationalverein wünschte, eine enge Allianz zwischen den deutschen Fürsten „nach dem Muster des Fürstenbundes oder des Bourbonischen Familienpaktes“ zu setzen, waren geistreiche Reflektionen im Kopfe eines Gelehrten, konnten aber dem Gebot der Stunde in keiner Weise gerecht werden.⁷⁰ Nur dieses eine betonte er mit Nachdruck: sich auf keinen Fall mit Oesterreich zu verflechten. Er sah Oesterreich unmittelbar vor einer Revolution, die allzu leicht „eine Gefahr und ein Unglück für jeden deutschen Staat“ werden könne.

Während eines Aufenthaltes in Berlin, wo Sybel mit den führenden Politikern und selbst mit dem Prinz-Regenten sich über die Lage aussprechen konnte und immer wieder zu einer starken, bewußten, aktiven Handlung riet,⁷¹ mußte er die zaudernde Haltung des Auswärtigen Amtes mit tiefem Schmerze genauer konstatieren. Die Militärdebatte im Landtag hatte schon gezeigt, daß die Liberalen nicht mehr hinter ihren Vertretern im Ministerium standen, daß das Volk zu Schleinitz kein Vertrauen mehr hatte; Sybel konnte nun mit eigenen Augen diesen Mißstand sehen. Seinem Scharfblick konnte es nicht entgangen sein, daß es zu innerpolitischen Reibungen kommen müsse, wenn nicht durch eine kräftige Außenpolitik neues Vertrauen geschaffen würde.⁷² Von Schleinitz erwartete auch er keinen Anstoß mehr und forderte wie Duncker⁷³ als erste Voraussetzung die Abdankung dieses Mannes und die Uebernahme der außenpolitischen Geschäfte durch den Fürsten Anton von Hohenzollern.

Inzwischen war ihm durch Gerüchte von aggressiven Absichten auf die Pfalz die Gefahr von Frankreich her, die er im Februar noch als fernliegend bezeichnet hatte, stärker vor die Augen gerückt. Die Aufregung in Bayern wünschte er, wie schon im Frühjahr 1859, für Preußen zu gewinnen. Wie anders als durch schnelles aber

70. Beide Bünde waren reine Interessengruppen zur Abwehr gegen eine greifbare Gefahr äußerer Feinde und hatten eine ganz andere Mächtekonstellation zur Voraussetzung.

71. s. Max Duncker, a. a. O. S. 190.

72. Aehnlich dachte Max Duncker, der schon in einer Denkschrift vom 20. Februar 1860 zum aktiven Vorgehen in der Schleswig-Holsteinischen Frage riet. Vgl. R. Haym: a. a. O. S. 209/10 und S. 228.

73. Vgl. ebenda S. 212.

bewußtes Auftreten Berlins, das die Interessen Bayerns berücksichtigte. „Wer still sitzt, verliert täglich Boden ihm (Napoleon) gegenüber durch seine Nichtaktivität Binnen wenigen Jahren ist er der Gebieter Deutschlands und Europas, wenn sich nicht jemand findet, welcher die Tat der Tätigkeit, den Mut der Keckheit, das gute Gewissen der rechtlosen Offensive entgegenstellt. Es gibt niemand außer Preußen, der es vermöchte.“⁷⁴

Noch deutlicher offenbart er seinen Optimismus einen Monat später, als sich die Gerüchte verdichtet hatten: „Es ist eben, wie wir es oft besprochen haben, Preußen muß sich nur rühren, muß nur zeigen, daß es Willen und Kraft hat, so fällt der süddeutsche Preußenhaß fest zu Boden“.⁷⁵ Im Gegensatz zu seinen norddeutschen Freunden wünschte er aber nicht irgendwelche Anträge über die Bundeskriegsverfassung. Er kannte die Empfindlichkeit der Süddeutschen, und glaubte ihr in der Form entgegenkommen zu müssen, auf diplomatischem Wege bei den Regierungen zu erzielen, daß die Armee aus den Staaten nördlich des Main dem preußischen Oberbefehl, die Truppen Süddeutschlands aber dem bayerischen unterstellt werden sollten. Auf diesem Wege könne Preußen sich mit Bayern verständigen und eine gemeinsame Aktion gegen Napoleon ermöglichen.

Vor den drohenden Mienen des Bonaparten wandte sich Sybel wieder etwas freundlicher nach Oesterreich hin, nicht, um sich diesem auf Leben und Tod zu verschreiben. Ein Vertrag mit ihm „auf Gebietsgarantie gegen französischen Angriff, mit gesamter Macht“, aber, und das betonte er besonders, „mit Ausschluß jeder eigenen Offensive Oesterreichs in Italien“,⁷⁶ dünkte ihm um so wertvoller, als auch England, das in orientalischen Fragen sich von neuem zu verwickeln begann, sich wieder freundlicher nach Wien hin zeigte. Auf dieser Basis tendierten die gesamten außenpolitischen Forderungen Sybels während der kommenden Monate: Anerkennung und Freundschaft Italiens und enge Allianz mit England.⁷⁷

74. Max Duncker, a. a. O. S. 194.

75. Ebenda, S. 206 und J. Heyderhoff, a. a. O. S. 50.

76. Max Duncker, a. a. O. S. 197.

77. In der letzten Forderung ging Sybel mit den meisten Liberalen, besonders mit Duncker konform. — Vgl. R. Haym, a. a. O. S. 217.

Den Monarchenbesuchen im Laufe des Sommers folgte Sybel mit einem gewissen Mißtrauen. Wenn er auch die Haltung des Prinz-Regenten bei der Begegnung mit Napoleon in Baden-Baden und mit Kaiser Franz Josef in Teplitz zu würdigen wußte, so konnte er doch nicht einsehen, daß die Politik „der völligen Freiheit à la Wilhelm I.“ für Preußen erträglich sein würde. Er wünschte, daß Preußen den Rückhalt in einer festen europäischen Allianz suche. Es ist eine ganz einzigartige, kühne Kalkulation, mit der er sein Allianzsystem aufstellte: Preußen, England, Italien. Daß Berlin das Bündnis Englands brauchte, war nach Ansicht aller Liberaler eine Selbstverständlichkeit. Es bot eine Garantie gegen die imperialistischen Tendenzen Frankreichs und ermöglichte ein Vorgehen gegen Dänemark in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit. Durchaus realpolitisch ist seine Erwägung, sich mit Italien zu engagieren und die erst entstehende Macht voll in Rechnung zu stellen.⁷⁸ Solche Pläne konnten aber bei der schlaffen Berliner Regierung keinen Anklang finden. Von der Wilhelmstraße aus sah man in Italien den Unruheherd Europas, in der Bedrohung Venedigs die Gefahr eines unmittelbar bevorstehenden Krieges.⁷⁹ Die Isolierung Preußens fühlte man natürlich auch dort. Aber man suchte den Weg nach Wien. Zu kühnen Erwägungen fehlte der Weitblick und vor allem der Mut. Mit Italien wollte man unter keinen Umständen sich einlassen; das Bündnis mit Wien aber bedeutete Abwarten, Defensive. Sybel haßte diese Ueberlegung. Er sah in solcher Politik Unterwerfung Preußen—Deutschlands unter die Interessen Oesterreichs, „bluten für österreichische Sauerei in Italien“. Ein preußisches Bündnis mit dem Italien Cavour's konnte aber, mußte eigentlich, wie Sybel berechnete, in dreifacher Hinsicht von Vorteil sein.

E r s t e n s: Preußen handele im Einverständnis und Interesse Englands, erobere sich also auf diesem Wege dessen Freundschaft und Bündnis.

78. Auch die Süddeutsche Zeitung spricht von einer Anerkennung Italiens aus ähnlichen Gründen wie Sybel; aber die Gedanken sind verklausulierter, und die Kombination ist nicht so klar und einleuchtend wie in dem glänzenden Briefwechsel Sybels mit Duncker. — Vgl. Süddeutsche Zeitung 1860, Nr. 93, 157 und 306.

79. Denkschrift Gruners, Ende 1860. (Nachl. Gruner.)

Zweitens: Italien würde von Frankreich, dessen Machtinteressen es doch selbst hart empfinden mußte, und durch die es in seinem Einigungsstreben nur gehemmt wurde, weggezogen und an Preußen—England gefesselt werden.

Drittens: Die Kriegsgefahr, die durch den drohenden Einmarsch der Italiener in Venetien immer näher rückte, würde beschworen. Preußen könne also vor der Gelegenheit verschont bleiben, für österreichische Interessen am Rheine kämpfen zu müssen.

Das Kabinett Palmerstone hatte von Anfang an eine gewisse Sympathie für den italienischen Befreiungskampf gezeigt und hätte wohl um so lieber seine Freundschaft zu Cavour mit Preußen geteilt, als es dadurch den ihm unangenehmen Einfluß Napoleons in den italienischen Dingen leichter zurückdrängen konnte. Etwas freilich hat wohl Sybel nicht ganz erwogen: England konnte in seiner italienischen Politik die Spitze nicht so scharf gegen Frankreich kehren, wie Preußen das erwartet hätte, weil es wegen seiner orientalischen Händel sich nicht zu sehr mit Napoleon entzweien, und diesen stärker nach Petersburg drängen wollte. Preußen könne, wie Sybel glaubte, Cavour völlig von seinem ehemaligen Protektor und jetzigem Hemmnis wegziehen. „Ich habe kaum einen Zweifel“, schrieb Sybel an Droysen, „daß dem vereinigten Erbieten Englands und Preußens die Regierung Viktor Emanuels mit Freuden entgegen kommen würde... Es scheint mir einleuchtend, daß es keinen unbequemerem Zug für Napoleon gäbe als diesen: er setze ihn außer Einfluß in Italien und gäbe ihm keine Möglichkeit, ohne die brutalste Demaskierung seines Ehrgeizes zu opponieren.“⁸⁰

Kühner noch als diese Berechnung ist die dritte, den bevorstehenden Krieg um Venetien, in dem sich diesmal Preußen unmöglich neutral verhalten könne, abzubiegen. Sybel kalkulierte so: man müsse bei den Verhandlungen mit Cavour Italiens Kampf von Venetien ablenken und ihm den Weg nach Rom zeigen. Er bezweifelte nicht, daß Rom, das Herz und die alte Hauptstadt der Halbinsel, ein viel stärker ersehntes und für das Königreich bedeutenderes Territorium sei als die Provinz im Nordosten. Unter

80. J. Heyderhoff, a. a. O. S. 50. — Aehnlich Max Duncker, a. a. O. S. 235.

der Bedingung der Anerkennung und freundschaftlichen Unterstützung würde unbedingt der kluge Rechner Cavour die vorläufige Unantastbarkeit Venetiens garantieren. „Die Anerkennung des Königreichs Italien durch Berlin und London wäre für Turin von solchem Werte, daß nurein Blödsinniger darauf den Verzicht von Venetien verweigern würde.“⁸¹

Der weitere große Vorteil einer solchen Abmachung wäre eine Lähmung der österreichischen Ambitionen in Italien. Wien müßte dann seine alten italienischen Eroberungspläne aufgeben, und Preußen wäre von der Sorge befreit, doch noch für dessen Belange in einer ganz undeutschen Angelegenheit sich einsetzen zu müssen.

Sybel kannte die Bedenken, die man von preußischer Seite gegen eine enge Verbindung mit Italien einzuwenden hatte. Duncker, dem er seine Ansichten mitteilte, glaubte nicht daran, daß Turin die französische Freundschaft mit der preußischen vertauschen und seine Absichten auf Venetien zurückstellen oder aufgeben wolle. Er sah sich schon in der Lage, für Italien gegen Oesterreich marschieren zu müssen. Sybels Ausführungen gegen diese Bedenken fanden keinen Anklang bei dem Freunde, viel weniger noch bei dem ihm ferner stehenden Ministerium. Die Ansicht, daß Preußen mit einem revolutionären Staate in kein Bündnis eintreten könne, lehnte er angesichts der politischen Notwendigkeit ab und suchte sie in einer klugen, von rein staatsmännischen Gesichtspunkten geleiteten Theorie zu entkräftigen: Jede Revolution sei verwerflich, „keine ist gerecht, aber schon manche ist unvermeidlich gewesen“. Keine Revolution sei erfreulich, aber oft wäre die Restauration noch viel unerfreulicher gewesen. Sei aber eine Revolution ausgebrochen, so bestehe die Gefahr in der Permanenz, „der dauernden Auflösung der ordnenden Prinzipien“. Um diese zu vermeiden, müsse man die Revolution „entweder so rasch wie möglich ersticken oder so rasch wie möglich legalisieren“.⁸² Cavours Bestreben sei es, der Bewegung, auch da, wo sie über formelles Recht hinweggeschritten sei, Ordnung und Disziplin folgen zu lassen. Mit „an Diktatur angrenzender Autorität“ habe er auch

81. J. Heyderhoff, a. a. O. S. 51.

82. Max Duncker, a. a. O. S. 286.

im Süden die piemontesische Herrschaft errichtet. Mit grimmiger Ironie verurteilte Sybel die Schleinitz'sche Note vom 13. Oktober 1860,⁸³ die nichts enthalte, „als völlig ins Blaue treffende Erörterungen über Cavours rechtswidriges Verfahren“. „Es kam mir vor, wie wenn man einer rollenden Lawine eine Vorlesung hielte, es sei doch unerlaubt, daß sie nicht auf der Hälfte des Abhangs Halt gemacht, da ja unten Häuser ständen, die nur von ihren Eigentümern ruiniert werden dürften.“⁸⁴

Ueber die italienischen Sorgen überhörte Sybel nicht die Stimmen, die immer lauter dazu mahnten, sich der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit zu widmen. Aber er sah diese Frage nicht isoliert, wie die meisten norddeutschen Liberalen. Erst müsse man England gewonnen, es für deutsche Belange interessiert und stärker von Frankreich abgezogen haben. Der Anknüpfungspunkt sei die italienische Sache, in der man erst fest und nachdrücklich zugreifen müsse. Man könnte doch nicht preußische Truppen an der Eider, österreichische in Venetien kämpfen und Deutschland Napoleon mit einigen hunderttausend Mann den Rhein überschreiten lassen. Eine Regelung der italienischen Dinge sei aber unaufschiebbar notwendig, da sonst im nächsten Frühjahr im Süden der Krieg unvermeidlich sei. Zudem drohe in Oesterreich der Bürgerkrieg.

Sybel's Ungeduld über die „Tatenscheu“ der Gruner und Schleinitz steigerte sich von Woche zu Woche, und um die Jahreswende schien ihm nur noch der Weg übrig, der zur „Katastrophe“ führe.⁸⁵

Während aus den Dezemberbriefen Sybel's tiefste Resignation und Hoffnungslosigkeit sprach, brachte er mit dem neuen Jahr einen Plan, der ihm die letzte Möglichkeit zu sein dünkte, aus der gefahrvollen Situation hinauszuführen. Es mutet fast eigenartig an, gerade aus seinem Munde den Gedanken eines deutschen Parlaments so ausgesprochen zu hören. Sybel war sich bewußt, wie sehr er bisher gegen ein solches Organ plädiert hatte; er versuchte

83. J. Heyderhoff, a. a. O. S. 51.

84. Vgl. Schulthess: Europäischer Geschichtskalender für 1860, a. a. O. S. 98.

85. Max Duncker, a. a. O. S. 256.

deshalb seine Gründe, die ihn zu diesem Gedanken, den er noch vor einem Jahr entschieden abgelehnt hatte,⁸⁶ führten, mit größter Deutlichkeit darzulegen. Zweifellos bewegte ihn in erster Linie die Sorge um die äußeren Gefahren, nicht weniger aber auch die Angst vor einer radikalen Umwälzung bezw. einer ebenso radikalen Reaktion innerhalb Preußens und Deutschlands in diese Richtung. Die letzten Jahre hatten die Unbrauchbarkeit der Bundesverfassung, besonders der Bundeskriegsverfassung hell beleuchtet. Die drohende Kriegsgefahr aber machte es notwendig, sich geeint dem Gegner bereit zu zeigen. Ein nationaler Krieg fordere ein „nationales Organ“; eine schnelle und durchgreifende Entscheidung setze eine einheitliche Leitung voraus. „Wie soll der äußere Krieg geführt werden unter der jetzigen Bundeskriegsverfassung, die, wie die Erfahrung zeigt, unter den Händen des Bundestages unheilbar ist? Wie sollen ferner die Geldmittel beschafft werden, wenn jede Forderung erst von 33 Kammern bewilligt werden muß, oder doch jede der 33 Regierungen diesen Vorwand für ihre Weigerung geltend machen kann?“⁸⁷ Sybel sah Frankreich an den Toren des Reiches stehen, die Nation aber zerrissen und uneinig. Er sah aber auch die inneren Unruhen im Lande sich dauernd steigern und fürchtete, daß eine Revolution das liberale Regime vollkommen über den Haufen werfe. Die „eingeprägte Kriegssorge“ müsse, so glaubte er bestimmt, sich in „revolutionäre Stimmung umsetzen“. Mit innerster Ueberwindung bekannte er sich zu dem einzig möglichen „Weg einer deutschen Volksvertretung“. Das Gespenst der Verfassung von 1849, das in den Kreisen des Nationalvereins wieder auftauchte, wollte er dadurch beschwören, daß man ihm zuvorkomme, daß man eine Volksvertretung schaffe, die sich weder für die großdeutschen Wünsche noch für die demokratischen Grundrechte bereit erkläre.

Wie sollte dieses Parlament aussehen?

86. Max Duncker, a. a. O. S. 264: „Sie wissen, daß ich vor einem Jahr so entschieden gegen jeden Gedanken an ein deutsches Parlament war, wie es heute Schleinitz nur sein kann. s. auch Brief Sybels an Duncker v. 3. 2. 60 (Max Duncker, a. a. O. S. 184).

87. Max Duncker, a. a. O. S. 254.

Den Gedanken, es aus den Kammerrausschüssen zu bilden, lehnte er ab. Es sollte unabhängiger von den einzelnen Regierungen sein. Das Volk sollte es berufen, aus je 200 000 Seelen sollte ein Abgeordneter gekürt werden. Ueber die Funktion dieses Organs war sich Sybel wohl selbst nicht klar. Er erwartete, daß es eine Zentralgewalt ernenne, an deren Spitze nur der preußische König stehen könne. Alles andere ergebe sich von selbst, es ließe sich „Punkt auf Punkt ein Ergebnis aus dem anderen entwickeln“.⁸⁸ Diese dunkle Fixierung wird etwas klarer, wo er über die Funktion Preußens sich äußerte: „Es käme darauf an, daß Preußen alles zur Leitung der auswärtigen und Kriegs-Politik Erforderliche energisch ergriffe, alles zum Departement gehörige ebenso energisch abweise“.⁸⁸ Es sollte also die Vorstufe eines geeinten Deutschland mit preußischer Hegemonie sein, in vielem ähnlich dem Reichstag, den nachher Bismarck schuf. Der utopische Charakter dieses Vorschlages wird erst da voll einleuchtend, wo sich Sybel über den Weg zur Verwirklichung äußerte. Nur dadurch, so glaubte er, könne man zu einem solchen unrevolutionären Reichsorgan kommen, daß die preußische Regierung beim Bundesrat den Antrag auf Bildung eines Parlaments durchsetze. Wie konnte Sybel glauben, daß der Bundestag, in dem doch immer noch der österreichische Einfluß dominierte, der so kraß alle Reformen innerhalb seiner Verfassung abgelehnt hatte, ein Parlament neben sich errichte oder auch nur dulde, das Oesterreich ausschließe und so wichtige Lebensfragen wie Außenpolitik und Kriegsführung einer von Preußen geführten Zentralgewalt übertrüge? Der so oft so klar blickende Politiker und so oft enttäuschte Patriot schien sich plötzlich wieder in Kathederweisheit verrannt zu haben. Ganz abgesehen davon, daß zu großzügigen und kühnen Aktionen die Berliner Regierung niemals zu bewegen war, hätte er nach all den Fehlschlägen der letzten Zeit die Intentionen und Kräfteverhältnisse des Bundesrates doch genauer kennen müssen. Freilich zeigte die Adressdebatte zu Anfang Februar, daß auch im preußischen Abgeordneten-Haus ähnliche Gedanken lebhaft die Gemüter erfaßt hatten.⁸⁹

88. Max Duncker, a. a. O. S. 255.

89. Vgl. Stenogr. Bericht des Abg.-Hauses vom 7. II. 1861, 11. Sitzung.

Die Antwort des Ministers⁹⁰ weckte bald Sybel aus seinen Parlamentsträumen auf.⁹¹

Die folgenden Monate waren ausgefüllt mit bedeutungslosen Händeln, sowohl in der inneren wie in der äußeren Politik.⁹² Die Haltung der preußischen Regierung blieb unsicher und durchaus unklar. Auch Bernstorff vermochte keinen anderen Wind in die außenpolitischen Geschäfte zu tragen. Man zankte sich um Parlamentsfragen und Bundesreformvorschläge, feierte in Königsberg ein Krönungsfest, aber vorwärts kam man keinen Schritt. Sybels Interessen wurden absorbiert von Sorgen um seine persönliche Zukunft. Seine wenigen Briefe politischen Inhalts⁹³ sind unbedeutend und zeugen von seiner Hilflosigkeit und Mattigkeit.

Der sich immer mehr zuspitzende Konflikt mit König Max von Bayern, sein Abschied von München und seine Hoffnungen auf das neue Arbeitsfeld am Rhein verdienen eine eingehende Würdigung.

90. Schleinitz antwortete auf die Anfragen einiger Abgeordneten: „Aber, meine Herren, abgesehen hiervon (nämlich, daß Reformpläne nur Zwietracht zwischen die deutschen Regierungen säen würden) entsteht doch auch die Frage, ob denn eine so schwierige und kritische Weltlage, wie die gegenwärtige, der geeignete Moment sein würde, um so umfangreiche und tiefgreifende Reformpläne anzuregen, Reformpläne über die noch sehr wenig Verständnis und noch weniger Einverständnis herrscht. Ich vermag nach bester Ueberzeugung diese Frage nicht zu bejahen.“

91. Max Duncker, a. a. O. S. 262—266.

92. Sybel gab mit Recht in seiner Reichsgründungsgeschichte dem Kapitel, daß diese Zeit bespricht, die Ueberschrift: „Konflikte auf allen Seiten“. (Sybel: Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I., Bd. II, S. 388.)

93. s. Max Duncker, a. a. O. S. 272 und S. 286.

Zweites Kapitel.

Sybel's Abschied von München.

Als Ranke die Nachricht von Sybel's Entschluß, Bonn mit München zu vertauschen, erhielt, schrieb er dem Schüler und Freund: „Es ist nicht ein gewöhnlicher Wechsel einer Professur, zu der Sie sich entschlossen haben: mit ihrem Weggehen werden tausend andere Fäden zerrissen“.¹ Der Gelehrte Sybel war in einem halben Jahrzehnt einer der Führer des geistigen München geworden. Ihm war mit der Bildung der historischen Kommission ein weites, fruchtbares Arbeitsfeld geschaffen; er war nicht nur der geschickte Organisator einer starken Bewegung auf dem Gebiete der Geschichtswissenschaft, neben dem großen Meister Ranke trug vor allem er immer neue Ideen, neue Pläne in sie hinein. Seiner rastlosen Tätigkeit war es gelungen, in so kurzer Zeit dem Wunsche des Königs Max: „der Verpflanzung der neueren historischen Richtung in der Wissenschaft und der Begründung einer historischen Schule in Bayern“² in hohem Maße nachzukommen.³

Nur schweren Herzens reifte in dem Forscher der Entschluß, München zu verlassen; er wußte, welch ein Verlust sein Weggehen für das junge, lebendige, wissenschaftliche Streben in der süddeutschen Hauptstadt bedeutete, und daß er an keiner anderen Stätte so fruchtbar seiner geliebten Wissenschaft dienen könne.⁴

1. Brief Rankes an Sybel vom 12. Juli 1861 (Nachl. Sybel).

2. Brief König Max' an Ranke 25. Januar 1853 (Nachl. Ranke).

3. Die glänzende Darstellung Alfred Dove's in einer Festrede am 15. November 1895 über: „Ranke und Sybel in ihrem Verhältnis zu König Max“ gibt eine unübertreffliche Würdigung der Tätigkeit Sybel's in seiner Münchener Zeit. Alfred Dove: *Ausgewählte Schriftchen*, Leipzig 1898, S. 110/28. — Vergl. auch Walther Goetz: *Die Bairische Geschichtsforschung im 19. Jahrhundert*. H. Z. Bd. 138, S. 281 ff.

4. Am 14. Juni 1861 schrieb Sybel an Baumgarten: „Ich gehe im Oktober nach Bonn. Mir ist bei alledem doch gar nicht leicht ums Herz, und nach der letzten Antwort des Königs habe ich noch dreimal vierundzwanzig Stunden

Mit allen Fasern hing er an einem großen Werke, das an erster Stelle seinen reichen Fähigkeiten und seinem Willen entsprungen und dessen agens movens er geblieben war. Erst nach monatelangem harten Ringen mit sich selbst entschied er sich, anderen als rein wissenschaftlichen Erwägungen den Vorzug zu geben: der Politiker Sybel überwand den Historiker. Politische Gründe ließen ihn das Opfer auf sich nehmen, das er sich und seiner Fakultät auferlegte.

Um die tiefen Konflikte in Sybels Seele beim Abschied von München recht zu verstehen, ist es notwendig, die Gründe seiner Berufung durch den bayerischen König, den Gehalt seiner Tätigkeit und die Motive seines schwer erkämpften Entschlusses zu erkennen. Als König Max von Bayern zu Anfang des Jahres 1835 den Gedanken, in München eine historische Schule zu gründen, faßte, bat er seinen großen, von ihm hochverehrten Lehrer Ranke, diese hohe Aufgabe zu übernehmen.⁵ Mehr als drei Jahre dauerten die Bemühungen, einen Ersatz für diesen an Berlin gefesselten Meister zu finden. Nach langem Bedenken erst konnte sich der bayerische König entschließen, den vorgeschlagenen Marburger Professor Sybel, der durch die Schrift über den Trierer Rock seinem und seines Volkes katholischem Empfinden und durch die stark „prononcierten liberalen Tendenzen namentlich in der Gothaer Richtung“⁶ seinem politischen widersprach, zu ernennen. Sybel, dem das Marburger Arbeitsfeld zu eng geworden war, nahm den Ruf freudig an. Er wußte wohl, daß er nur einen engen Kreis politisch Gleichgesinnter in München finden würde, aber er hoffte, seiner großen Idee: den Süden Deutschlands dem Norden näherzubringen, einen großen Dienst erweisen zu können. Diesem Gedanken sollte seine ganze wissenschaftliche Tätigkeit dienen. Auf geistigem Gebiete wollte er das Band enger und fester um die zerrissenen deutschen Stämme legen. Sein politisches Glaubensbekenntnis hat

zur letzten Entschließung gebraucht. Ich verlasse hier viel Gutes, und wenn in München freilich alles unsicher ist, so weiß ich jetzt und heute noch nicht, wieviele auf Bonn gesetzte Hoffnungen sich realisieren werden. Indessen, wenn ich mich nicht wegwerfen wollte, ging es nicht anders. (Nachl. Sybel.)

5. Brief König Max' an Ranke vom 25. Januar 1833 (Nachl. Ranke).

6. Brief König Max' an Ranke vom 15. März 1835 (Nachl. Ranke).

er zwar nie verleugnet, ist aber in den fünf Jahren nie provozierend damit hervorgetreten.⁷ Sybels Auffassung von der Geschichtsschreibung⁸ und seine ganze historiographische Tätigkeit waren so eng mit seiner politischen Ideenwelt verknüpft, daß sie im Rahmen dieser Arbeit eine entsprechende Betrachtung erfordern. In seiner Methode, der philologisch-kritischen Auswahl und Bearbeitung der Quellen ist Sybel immer ein Schüler Rankes geblieben. Aber in die Darstellung legte er stets historisch-politische Werturteile hinein; er stellte die Geschichtsschreibung in den Dienst politisch-aktueller Tendenzen, aber mit der Absicht, der Tendenz den Wahrheitsgehalt seiner Darstellung nicht zu opfern. Durchhaucht schon sein bedeutendstes und bestes Werk, die Geschichte der Revolutionszeit, der Geist seines politischen Strebens, so läßt sich das noch mehr von den kleinen Schriften und Reden behaupten, die er in München verfaßte.⁹ Mitten in die italienischen Wirren und Unklarheiten sprach er seine große Festrede: Ueber die neueren Darstellungen der deutschen Kaiserzeit.¹⁰ Giesebrechts Geschichte über die deutsche Kaiserzeit gab den äußeren Anlaß zu diesem Thema, der tiefere Grund aber lag in seinem Abscheu vor den Tendenzen Oesterreichs nach Italien hin und den süddeutschen Sympathien für diese unnationale Politik. Seine glänzenden Ausführungen sollten das deutsche Volk zur Selbstbesinnung rufen, es aufwecken aus der romantischen Träumerei, die in der Vergangenheit einen Trost für die „heutigen“ Uebelstände und einen Titel für jegliche Hoffnung der Zukunft suche, in ihm das Nationalgefühl, den Sinn für die Forderungen, die aus der Nationalität herauswachsen

7. Mit tiefer Befriedigung konnte Sybel am Ende seiner Münchener Zeit seinem Freunde Gildemeister schreiben: „Das Wesentliche war, daß ich zwar aufs Strengste jede politische Tätigkeit vermied, aber aus meinen politischen Ansichten auch dem König, wenn er mich darüber fragte, kein Geheimnis machte. (Sybel an Gildemeister am 24. Juni 1861. Nachl. Sybel.)

8. Vgl. H. v. Sybel: Ueber den Stand der neueren deutschen Geschichtsschreibung (Kleine historische Schriften, Bd. I, Stuttgart 1880, S. 350/364).

9. Es soll hier nicht eine eingehende historiographische Untersuchung über die Geschichtsschreibung Sybels angestellt werden. Wir wollen nur ihre politischen Tendenzen und Wirkungen herausarbeiten.

10. H. v. Sybel: Ueber die neueren Darstellungen der deutschen Kaiserzeit. München 1859.

und einzig und allein der Nation zugute kommen, wecken und steigern. Mit scharfen Worten und fast fanatischer Kühnheit rückte er alten, ehrwürdigen und geheiligten Vorstellungen und Irrtümern zuleibe, die ihm für die Stunden nationaler Einheitsbestrebungen schädlich und gefährlich schienen.¹¹ Kein Wunder, daß er bei den Gegnern großen Widerspruch, bei den Anhängern aber lebhafteste Ovationen fand.¹² Noch viel bewußter und stärker betonte er in seiner berühmt gewordenen Bearbeitung und Ausführung¹³ der im Spätherbst des Jahres 1859 ausgesprochenen Kritik der mittelalterlichen Kaiserpolitik den sittlichen Gehalt der nationalen Idee und die Notwendigkeit der nationalen Selbstbesinnung. Offener konnte er am Rhein der noch in München geschriebenen „historisch-politischen Abhandlung“ die Forderung einer kleindeutschen Einigung voranstellen und die unhistorische Denkweise derer brandmarknen, die die „Tendenz der theokratischen Weltherrschaft“ unserer mittelalterlichen Kaiser feierten.¹⁴

Es lag nahe, angesichts des expansiven Strebens Napoleons sich des großen Oheims zu entsinnen. Sybels Furcht vor Frankreich war ja in jenen Stunden nicht weniger groß als sein Haß gegen die österreichische Politik. Gerade in den Tagen, als die Gerüchte von Annexionsplänen Napoleons auf die Pfalz durch Süddeutschland schwirrten,¹⁵ hielt er im Liebig'schen Hörsaal seine drei großen Vorträge über die Erhebung Preußens gegen den gewaltigen Korsen.¹⁶ Diese glänzende Schilderung der Kriege, die Europa von dem Despotismus Bonapartes befreiten, gipfelten in dem Ruf nach Einigkeit und Stärke. Die Betrachtung einer großen Zeit ließ er in die leidenschaftlichen Mahnworte an das gegenwärtige Geschlecht

11. „Ich meine nicht, daß man historische Werke schreibt, um damit praktische Politik zu lehren, aber sündhaft dünkt es mich, historische Werke so einzurichten, daß sie die Köpfe in der Politik verwirren und vernebeln, statt aufzuhellen. Sybel an Droysen vom 19. Januar 1860. Joh. Gustav Droysen, Briefwechsel, a. a. O. Bd. 2, S. 658.

12. Vgl. Preuß. Jahrb. 1860, Bd. VI, 6. Heft: „Unsere Historiker“.

13. H. v. Sybel, Die deutsche Nation und das Kaiserreich, Düsseldorf 1862.

14. Ebenda, Vorwort S. XIV.

15. Siehe I. Kapitel, S. 48/49.

16. H. v. Sybel: Die Erhebung Europas gegen Napoleon I. (Kleine Historische Schriften, München 1863, S. 245/341.)

ausklingen: „Möge, wenn einmal wieder die Gefahr an das Tor des Hauses pocht, unsere Stärke einig, unsere Einigkeit stark sein.“¹⁷

Auch in der Gründung und Ausgestaltung der „Historischen Zeitschrift“ waren es nicht nur rein wissenschaftliche Motive, die seine Gedanken dirigierten.¹⁸ Zwar wollte er mit ihr nicht ein Organ für die „schwebenden Fragen der heutigen Politik“ ins Leben rufen; sie sollte rein historischen Betrachtungen gewidmet sein, aber Betrachtungen, die einer bestimmten und zwar der liberal-nationalen Ideenwelt entsprangen. Ganz bewußt verbannte er aus ihr seine alten Gegner: den Feudalismus, den Radikalismus und den Ultramontanismus.¹⁹ So wenig er die politische Tagesmeinung in ihr zur Sprache kommen lassen wollte, so sollten doch nur Stoffe behandelt werden, welche mit der Gegenwart in lebendigem Zusammenhange ständen. Dieses sein Werk, das seine Lebensstage weit überdauern konnte, ist zweifellos eine seiner bedeutendsten Taten in der Münchener Zeit.

Bereits im Jahre 1855 hatte König Max an Ranke die Bitte geäußert, über einige bayerische Regenten monographische Skizzen zu verfassen.²⁰ Es kann nicht Wunder nehmen, daß er sie auch Sybel vortrug.²¹ Dieser richtete bei der Erwägung, dem königlichen Wunsche nachzukommen, sein Augenmerk vor allem auf die Zeit des Kaisers Ludwig des Bayern, in der sich das Deutschtum kraftvoll der Hierarchie entgegensetzte und Marsilius von Padua seine freiheitlichen Ideen von der Volkssouveränität vortrug.

Es konnte nicht ausbleiben, daß Sybel trotz seiner großen Zurückhaltung in rein politischen Auseinandersetzungen in den

17. Manches von dem, was Sybel damals, besonders in seiner Schrift über das mittelalterliche Kaisertum ausdrückte, ist durch die moderne Forschung überholt. Der hohe Wert dieser Schriften liegt vor allem in der Art und Weise, wie Sybel die Probleme anfaßte. Was einmal Meinecke über Treitschke aussprach: „Er führte Axthiebe gegen einen morschen Baum, der freilich doch nicht ganz so morsch war, wie er meinte; aber ohne historische Ungerechtigkeit ist wohl noch kein Geisterkampf geführt worden“, kann auch in etwa auf Sybel angewandt werden. (Vgl. F. Meinecke: Preußen und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, a. a. O. S. 393.)

18. Vgl. F. Meinecke: Heinrich v. Sybel. H. Z., Bd. 75, S. 394.

19. Vgl. Vorwort der Historischen Zeitschrift, Bd. I.

20. König Max an Ranke am 20. Juni 1855. (Nachl. Ranke.)

21. Vgl. C. Varrentrapp, a. a. O., S. 97.

Ultramontanen und Nativisten, deren Einfluß in München sehr groß war, immer heftigere Gegner fand.²² Die Feindschaft war für ihn solange nicht hemmend, solange er die Gunst und das Wohlwollen des Königs besaß. Der nach dem italienischen Krieg gesteigerte Preußenhaß in Bayern richtete sich nicht wenig gegen die lästigen „Ausländer“ an der Universität, besonders aber gegen Sybel, dessen Preußen ergebene Gedankenwelt man kannte. Bereits im November 1859 beklagte er sich über die Hetze, unter der er zu leiden habe.²³ Wenn sich auch vorübergehend der „Münchener Himmel wieder etwas blauer“ zeigte, so empfand Sybel doch die Schwere seiner Position. Die größte Genugtuung war ihm die noch freundliche und gnädige Gesinnung des Königs, die er sich trotz aller Angriffe zunächst zu erhalten wußte. Aber auf die Dauer konnte auch dieser den Anfeindungen gegen den Gelehrten sein Ohr nicht verschließen. In einem langen Sylvesterbrief 1860 an Duncker²⁴ gab Sybel seinem Schmerze darüber Ausdruck, daß nun auch der Monarch, der ein Jahr lang zäh den Denunziationen widerstanden habe, von ihm abrücke, daß dadurch seine Tätigkeit und sein Aufenthalt in München in Frage gestellt sei, und er sich gezwungen sehe, sich nach einem anderen Arbeitsfeld umzuschauen. Er wolle zwar aushalten, solange wie möglich, aber, so klagte er tief bekümmert: „Meine Lehrtätigkeit wird verkrüppelt, und alle Organisationen und Untersuchungen müssen stocken, sobald die Ungnade des Königs eklatiert.“ Es kann nicht Wunder nehmen, daß sich der ehrgeizige Mann nicht so ohne weiteres aus einer Stellung drängen lassen wollte, der er in starker Hingabe so viel Kraft und Mühe gewidmet hatte; er konnte sich nicht durch eine Quieszierung zur Untätigkeit verurteilen lassen. Lieber wollte er seinerseits den „Herren den Bettel hinwerfen“ und sich nach der bescheidenen Stelle eines Privatdozenten in Preußen umsehen.

22. Vgl. Walter Goetz: Die Bairische Geschichtsforschung im 19. Jahrhundert. (H. Z., Bd. 138, S. 289.)

23. „Die Lokalblätter setzen ihre Hetze gegen mich fort, sei es, weil sie meinen Untergang zu sicher erachten, sei es, weil sie mich noch immer für gefährlich achten.“ (Sybel an Droysen vom 26. Oktober 1859, Nachl. Sybel.)

24. Max Duncker, a. a. O. S. 251 ff.

Durch den Tod Dahlmanns wurde der Lehrstuhl für Geschichte an der Universität Bonn frei. Die dortige Fakultät glaubte den großen Verstorbenen durch keinen würdigeren Nachfolger ersetzen zu können, als durch den berühmt gewordenen Münchener Professor, der sich vor zwanzig Jahren als blutjunger Privatdozent unter dem Schatten des älteren Dahlmann seine ersten Sporen verdient hatte. Schon Ende Januar 1861 faßte sie den Entschluß, Sybel für die Professur vorzuschlagen.²⁵ In der unsicheren Position, in der sich dieser befand, traf der Beschluß der Bonner Kollegen ein offenes Ohr. Sybel konnte jetzt frei eine Explikation mit dem König herbeiführen. Er war bereit zu bleiben, wenn dessen Verhalten ihm die notwendige Garantie einer erfolgreichen Tätigkeit böte, aber ebenso entschlossen zu gehen und dem Rufe nach Bonn zu folgen, wenn sich die Hemmungen als unüberwindbar zeigen sollten.²⁶ Nicht weniger als vier Wochen hielt der König seine Entscheidung hin; der Entschluß, den großen Gelehrten und bewährten Lehrer gehen zu lassen, fiel ihm außerordentlich schwer. Die politischen Gegner Sybels setzten alle Hebel in Bewegung, Sybel weiterhin zu verdächtigen und den König zu beeinflussen. Es ist in der Tat „charakteristisch“, wie Sybel an Duncker schrieb, daß bei der Explikation „mit keiner Silbe von Universität, Wissenschaft usw., sondern ausschließlich von Politik, Trias, Nationalverein, Beziehungen zu Preußen, Mainlinie, limites naturelles“ gesprochen wurde.²⁷ König Max forderte Sybel auf, sich über den ihm ans Herz gewachsenen Triasgedanken schriftlich zu äußern. Daß dieser in seinem Pro-Memor nicht zustimmend geantwortet hat, ist selbstverständlich, aber in öfteren mündlichen Unterredungen hatte der König schon vorher sich genau über die politischen Ansichten seines Gelehrten unterrichten können. Es vergingen Tage und Wochen der Spannung und Ungewißheit, ehe der Monarch ziemlich ablehnend die Forderungen Sybels beantworten ließ. Weder die verlangte öffentliche Erklärung des Vertrauens noch der erwartete Orden, sondern eine „kühle Abweisung“ be-

25. Vgl. Max Duncker, a. a. O. S. 267.

26. Am Pfingstsonntag 1861 schrieb Sybel an Baumgarten: „Ich stehe jetzt mit ihm (dem König) in Explikation, die vielleicht zur völligen Ausöhnung, vielleicht zum völligen Bruch führt. (Nachl. Sybel.)

27. Vgl. Max Duncker, a. a. O. S. 279.

endeten die Auseinandersetzungen.²⁸ Am 13. Juni 1861 sagte Sybel Bonn zu.

So hatte denn, wie nicht anders zu erwarten war, in dem heftigen inneren Konflikt zwischen dem Historiker und dem Politiker der Letztere die Oberhand behalten. Es mag tragisch erscheinen, daß es Sybel nicht gelang, in fruchtbarer Harmonie beider Kräfte, die Forderungen eines weiten herrlichen Arbeitsgebietes glücklich zu vereinen, daß er dem einen opfern mußte, was unwiderstehlich das andere verlangte.²⁹ Mit dem Ende des Semesters verließ er die Stadt, an die ihn neben heftigen Kämpfen die schönsten Erinnerungen seines Lebens verknüpften.³⁰ Viele Freunde, die sein Weggehen bedauerten, noch mehr Feinde, die frohlockten, ließ er dort zurück.³¹ In Preußen aber begrüßte man den Mann, der sich in Bayern so tapfer für den nationalen Gedanken eingesetzt hatte, mit „besonderer Freude“.³²

Sybel war sich dessen bewußt, daß mit seiner Uebersiedlung in sein engeres Vaterland sich die Art seiner Tätigkeit ändern müsse. In München hatte er sich die Aufgabe gestellt, mit seinen wissenschaftlichen Genossen gutzumachen, „was zweihundertjährige Jesuitenherrschaft verdorben hat“, und mit seinen politischen Freunden zur Verständigung von Nord und Süd beizutragen.³³ Von Bonn aus aber wollte er sich sofort und stark an dem politischen Leben beteiligen. Er hoffte, in die preußische Kammer zu kommen³⁴ und trug vielleicht im Stillen den Wunsch, einmal einen Ministerposten bekleiden zu können.

28. Vgl. C. Varrentrapp, a. a. O. S. 104.

29. Auch Walter Goetz sieht die Gründe, die Sybel veranlaßten, München zu verlassen, in dessen politischer Einstellung. Vgl. Walter Goetz: a a. O. S. 282.

30. Vgl. P. Bailleu: Heinrich v. Sybel. Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 54, S. 657.

31. Vgl. I. C. Bluntschli, a. a. O. S. 304/308.

32. Brief Gustav Freytags an Sybel. (Nachl. Sybel.)

33. Brief Sybels an Baumgarten, Pfingsten 1861. (Nachl. Sybel.)

34. Ebenda.

Drittes Kapitel.

Sybel als Abgeordneter bis zum Eintritt Bismarcks ins preußische Staatsministerium.

Die Zeit, die Sybel auf dem Lehrstuhl der Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität in München verbrachte, war, wie wir gesehen haben, nicht ausschließlich der Forschung gewidmet. Alle Mühen und Arbeiten, alles Denken und Gestalten waren der Ausdruck seines politischen Willens. So wenig er teil hatte an den einzelnen Geschäften des staatlichen Lebens, so stand er doch mitten in dem politischen Geschehen der Zeit. Mit wachsamem Auge und leidenschaftlichem Herzen verfolgte er die einzelnen Phasen einer bewegten Periode. Unbelastet von den alltäglichen Sorgen der Staatsgeschäfte überschaute er besser als seine meisten Freunde die Vorgänge des Kontinents; seine Stellung prädestinierte ihn geradezu, die Dinge in ihrem großen Zusammenhang zu sehen und ihre Bedeutung für die ihm besonders am Herzen liegende deutsche Frage zu erkennen. Man darf wohl sagen, daß von allen Liberalen der Zeit seine außenpolitischen Gedanken und Vorschläge das höchste Niveau erreichten, und daß er an Klarheit im Schauen und Kühnheit in der Kombination dem großen Staatsmann, der das Erbe der liberalen Ära in Deutschland übernahm, Bismarck, am nächsten kommt.¹

An den Abgeordneten Sybel, den Politiker des tätigen Handelns, wird man diesen hohen Maßstab nicht legen dürfen. Die Enge parlamentarischer Streitigkeiten lag ihm nicht so sehr wie das weite Schauen. Die Frage, ob er nicht als leitender Staatsmann einer bedeutenden Macht das gleiche Format entwickelt hätte, kann man nur stellen, aber nicht beantworten. Man wird aber feststellen können, wie auch im Parlament seine Gedanken stets über die besonderen, zur Diskussion stehenden Fragen sich weiteten, wie im

1. Vergl. Ludw. Dahio, a. a. O. S. 25.

Grunde genommen er immer die Dinge in ihrer Gesamtheit zu erfassen bestrebt war und dadurch allzuleicht die Grenzen des Gegenwärtigen, des im Augenblick zu Entscheidenden, übersprang, und es in seiner eigenen Bedeutung als Einzelding, als vom Ganzen abgelösten, nicht scharf genug erfaßte. Wir werden sehen, wie da, wo er über große, zusammenhängende Fragen sprach, seine Rede das durchschnittliche Niveau der Parlamentsreden weit überragte, aber auch, wie er in entscheidenden Stunden ein einheitliches Vorgehen der liberalen Opposition verhinderte und dadurch dessen Stoßkraft lähmte.

Das Begrüßungsfest, das man am 18. November 1861 dem Heimgekehrten in den ehrwürdigen Hallen des Kölner Gürzenich gab, galt nicht nur „dem würdigen Nachfolger Dahlmanns“ auf dem Lehrstuhl der Geschichte in Bonn, es galt auch dem berühmt gewordenen Sohne des Rheinlandes und vor allem dem mutigen Kämpfer um „die verfassungsmäßige Freiheit, die deutsche Einheit und die Machtstellung unseres Vaterlandes“.² Das von echt rheinischem Frohsinn und rheinischer Lebendigkeit getragene Fest war, wie v. Ammon in seinem Begrüßungstoast ausrief, „ein Fest von politischer Bedeutung“. Die wenigen Wochen in Bonn hatten genügt, dem Kinde dieses mit Schönheit und Formenreichtum so begnadeten Landes die in seinem Blute liegende leidenschaftliche Bewegtheit und den freien Schwung des Denkens neu zu wecken. Als Rheinländer sprach er dort zu Rheinländern, temperamentvoll und bestimmt, voll Begeisterung und Hoffnungen, aber auch voll Kampfeswillen und Trotz. Hier fühlte er sich unter den Seinen, hier konnte er zum ersten Mal seit vielen Jahren seine Sorgen und Wünsche offen und frei bekennen, wissend, daß sie in den geöffneten Herzen Gleichgesinnter, gleich temperamentvoll Empfindender Raum und Widerhall fanden. Er hat sein Kampfprogramm hinausgeschleudert in eine Zeit tiefer politischer Bewegtheit; und man kann sagen, daß er diesem Programm treu geblieben ist.

Es konnte nicht im Sinne dieser Feststunden liegen, zu allen Einzelfragen der politischen Gegenwart Stellung zu nehmen. Als Liberaler fand er die schärfsten Worte gegen die reaktionären Bestrebungen in Preußen, als Kämpfer der nationalen Einigung

2. Begrüßungsrede Friedrich v. Ammons s. Kölnische Zeitung Nr. 321.

leugnete er alle Schwierigkeiten, die sich dem großen Werke unüberwindbar entgegenstellen könnten, und erhellte die „kategorische“ Notwendigkeit und die eminenten Vorzüge eines geeinten deutschen Vaterlandes. Kampf und Trotz lagen in seinem Rufe, den er zündend in die weiten, gefüllten Räume sprach: „Wenn auch heute oder morgen die Parteien streiten und schwanken, auf die Dauer kann Preußen nicht anders, als den Weg der Freiheit und der nationalen Sache wandern, bei Strafe der eigenen Vernichtung. — Unsere Ehre liegt nicht in dem, was wir sind und können und haben, sie liegt in dem, was wir sollen.“³ Unmöglich konnte er damals an der alles bewegenden Militärfrage vorbeigehen. Es ist dies der einzige Punkt, der ein direkt akutes Problem traf, und er ist für unsere Betrachtung der nächsten Monate von größter Wichtigkeit. Es charakterisiert im voraus die Stellung, die Sybel im späteren Kampf um das Militärbudget eingenommen hat: „Preußen stöhnt“, so führte er aus, „unter der Last seines Militärbudgets, ohne bei der jetzigen Weltlage für sich allein einen Mann aus dem Heere missen zu können, mit Deutschland vereinigt würde es hunderttausend entlassen dürfen, ohne daß einer der anderen Staaten sich stärker belasten müßte.“⁴ Also schon hier in konkreter Form eine enge Verkettung einer innerpolitischen Frage mit einer außenpolitischen, eine innige Abhängigkeit der inneren von der äußeren Politik. Diese Gedanken beherrschten ihn auch dann, als der Augenblick eine andere Denkweise forderte.

Die Rede Sybels auf dem „rheinischen Fest“⁴ hatte nicht nur lokale Bedeutung. Sie fand besonders im Rheinland weiten Widerhall. Innerhalb einer Woche wurde ihm aus 4 Wahlkreisen⁵ die Kandidatur zum Abgeordneten-Haus angeboten. Besonders bewarben sich Soest, die Geburtsstadt seines Vaters und seiner Ahnen bis in die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts,⁶ und Krefeld um seine Vertretung im Parlament. In beiden Kreisen wurde er auch gewählt, im ersteren an zweiter Stelle, weil durch das Los v. Bockum-Dolffs

3. s. K. Z. Nr. 321, Jahrg. 1861.

4. Die Kölnische Zeitung gab dem Fest diesen Namen. K. Z. Nr. 321.

5. Hamm - Soest, Krefeld, erster Berliner Wahlbezirk, Solingen - Lennep.

6. Nach Fr. Karl Ludwig v. Sybel tauchte 1432 zuerst der Name Sybel in der Soester Bürgerrolle auf. Vgl. Fr. Karl Ludwig v. Sybel: Nachrichten über die Soester Familie Sybel. München 1890.

als erster bestimmt worden war. Sybel nahm aber das Mandat für Krefeld an. Die dortige Wahl verdient eine nähere Betrachtung. Am 24. November 1861 fragte v. Beckerath in einem sehr freundlich gehaltenen Schreiben bei Sybel an, ob er sich entschließen könne, den „akademischen Lehrstuhl“ mit der „parlamentarischen Rednerbühne“ vorübergehend zu vertauschen. Wenn ja, so hoffe er, ihm die Kandidatur für Krefeld anbieten zu dürfen, da er sicher doch der Vertretung seiner „heimatlichen Provinz“ den Vorzug geben würde. Es mag schmeichelhaft für Sybel gewesen sein, auf die gleiche Stufe mit dem großen englischen Historiker Macaulay gestellt zu werden, der ja wiederholt seine Heimatstadt Edinburgh vertreten habe.⁷ Man darf aber annehmen, daß ihn vor allem seine Freundschaft mit v. Beckerath und Mevissen, seine Gesinnungsverwandtschaft zu den großbourgoisen Kreisen des Niederrheins für diesen Wahlkreis besonders geneigt machte. Freilich mußte er hier mit der großen Gegnerschaft klerikaler Kreise rechnen.⁸ Der sehr einflußreiche v. Beckerath wußte in einer geschickten Wahlrede⁹ am Tage der Vorwahl alle Bedenken zu zerstreuen. Sybel hatte zwar seinen Wahlkreis nicht besucht, auch nicht in einem Wahlschreiben sein Programm entwickelt; aber in einer Unterredung mit v. Beckerath diesem seine Ansichten klargelegt und ihn berechtigt zu erklären, daß er „auf dem Standpunkt der absoluten individuellen Religionsfreiheit“ stehe und sich immer für die „verfassungsmäßigen Rechte, welche die kirchlichen Gemeinschaften erworben, einsetze und vom Staate fordern werde, diese zu achten und zu schützen.“¹⁰ Seine Gedanken in der Militärfrage ließ er ähnlich wiedergeben, wie er sie selbst in Köln geäußert hatte. Nur nach einer Richtung hin ließ er sie konkreter fassen. Die sich immer deutlicher zeigende Neigung des Königs zu den reaktionären Kreisen hatte Sybels Glauben an dessen guten Willen

7. v. Beckerath schrieb wörtlich: „Das Beispiel der Stadt Edinburgh, die sich durch die mehrmals wiederholte Wahl Macaulays selber ehrte, ist zu lockend, als daß nicht die Nachfolge auf deutschem Boden versucht werden sollte“.

8. Der Wahlkreis Krefeld zählte 60 427 Katholiken und nur 14 786 Protestanten.

9. s. Krefelder Anzeiger vom 30. November 1861.

10. Ebenda.

stark erschüttert.¹¹ Er fürchtete eine immer stärkere Tendenz der Regierung nach rechts und damit ein noch größeres Erlahmen in der deutschen Frage. Für ihn aber konnte eigentlich nur so lange eine starke preußische Armee einen Sinn haben, als sie als Machtinstrument für liberale — nationale Belange einzusetzen war. Er band nun die Bewilligung der zur Reorganisation notwendigen Summe fester an die Bedingung einer starken nationalen Politik. Die Form, wie er es hier schon tat, läßt seine „Wendung“ in den Septembertagen des folgenden Jahres begreiflicher erscheinen, das heißt, sie läßt erkennen, daß man von keiner Wendung sprechen kann, daß Sybel unbedingt konsequent geblieben ist, als er mit dem Eintritt Bismarcks in das Ministerium von dem Vermittlungsvorschlag zur unbedingten Opposition hinübrückte. Vor seiner Tätigkeit als Abgeordneter ließ er erklären, daß ein Ministerium, das für die „gebieterische Notwendigkeit“ einer Lösung der deutschen Frage kein Verständnis habe und Preußen dauernd in der gespannten Lage der Gegenwart lasse, „nicht allein keine höhere Militärbewilligung, sondern überhaupt keine Bewilligung“ zu erwarten habe. Die Worte von Beckeraths hatten zur Folge, daß für Sybel eine große Mehrheit, darunter auch „mehrere ihrer Kirche treue Katholiken“ stimmten.

Ein schweres Augenleiden verhinderte Sybel nicht nur an der Ausübung seiner akademischen Tätigkeit, die er so hoffnungsvoll in Bonn begonnen hatte,¹² sondern auch daran, sein Mandat auszuüben. Er mußte zu Hause das Krankenbett hüten, während in Berlin eine folgenschwere Wendung sich vollzog.¹³ Die erste Session des Jahres 1862 leitete den Verfassungskampf ein. Die neue

11. Am 5. November 1861 schrieb Sybel an Baumgarten: „Der König ist in den inneren Sachen seit Ostende stark nach rechts gerückt — Manöver, Compiègne, Krönung, es war etwas viel nacheinander“. (Nachlaß Sybel.) (Im Sommer 1861 fand in Ostende eine Unterredung zwischen König Wilhelm, dem Großherzog von Baden, Schleinitz, Bernstorff und Roggenbach über die Einheitsbewegungen in Deutschland statt. — Am 6. Oktober 1861 besuchte der König von Preußen den Kaiser Napoleon in Compiègne.)

12. Am 5. Nov. 1861 konnte Sybel Baumgarten berichten, daß sein erstes Kolleg von etwa „200 Köpfen“ besucht werde.

13. Die Darstellung des Hagen'schen Antrags ist zum Verständnis des Folgenden durchaus notwendig, auch wenn Sybel an dem Zustandekommen keinen Anteil hatte.

Fortschrittspartei begriff sofort, daß die zur Entscheidung stehende Militärfrage von ganz anderen Gesichtspunkten aus zu betrachten sei als in den beiden Jahren vorher. Noch 1860 hätte man gerne einer zielbewußten Außenpolitik ein straff diszipliniertes, starkes Heer als Werkzeug gebilligt, gerne finanzielle Opfer gebracht, ohne Furcht, daß dadurch einem großen Teil feudaler Kräfte Raum gegeben würde. Die reaktionären Kreise erkannten damals durchaus die Gefahr, die ihnen bevorstand.¹⁴ Man konnte in der Tat einigen Rhetorikern des Parlaments, die in langen, schwungvollen Reden sich gegen die Gefahren einer verstärkten Armee losließen, verblendeten Doktrinarismus vorwerfen. Mit Recht erregten diese so unpolitischen Redereien den Widerwillen einsichtiger Liberaler.¹⁵ Jetzt aber, nach allen Mißerfolgen und Wandlungen lagen die Dinge anders. Ein im Roon'schen Geiste reformiertes Heer im Dienste einer stark konservativ durchgesetzten Regierung konnte man wohl auch als eine nach innen gerichtete Waffe reaktionärer Kräfte auffassen.¹⁶ Unmöglich konnte ein so links gerichtetes Parlament an dieser Waffe mitarbeiten. Es ist ganz natürlich, daß man sich nicht mehr durch außenpolitische Erwägungen den Entschluß, ob die Reform bewilligt oder abgelehnt werden solle, beeinflussen ließ. Die Militärfrage mußte jetzt in der Tat von innenpolitischen Gesichtspunkten aus gewertet und somit ganz anders aufgefaßt werden.¹⁷ Eine weitere Frage ist es, ob es klug war, die Entscheidung in der Budgetfrage herbeizuführen oder bei der Debatte über das für diese Session eingebrachte Roon'sche Militär-Reformgesetz.

14. Edwin v. Manteuffel gab der Furcht seiner Gesinnungsfreunde den besten Ausdruck, als er Anfang 1860 sagte: „Wären die Liberalen geschickt, so würden sie uns mittels der Militärfrage für immer vom Ruder verdrängen“. (Vgl. Baumgarten: Hist. und polit. Aufsätze und Reden, Straßburg 1899, S. 131.)

15. Vgl. Julius Heyderhoff, a. a. O. S. 48.

16. Vgl. Johannes Ziekursch: Politische Geschichte des neuen deutschen Reiches, Bd. I, Frankfurt 1925, S. 39.

17. Martin Spahn wirft ganz mit Unrecht der Fortschrittspartei vor, daß ihr Vorgehen auf „liberalen Doktrinarismus, oppositionellen Geist und der Neigung, den Einfluß des Parlaments an der schwächsten Stelle zu verteidigen“ basiere. Vgl. Martin Spahn: Das deutsche Zentrum, Mainz und München 1906, S. 17/18.

Jede Entscheidung über das Reformgesetz konnte sowohl von dem Herrenhaus als auch vom König selbst umgestoßen werden; in der Frage um die Gestaltung des Etats aber befand sich das Abgeordnetenhaus in seiner eigentlichen Domäne. Hier hatte es die größten Machtvollkommenheiten. Für die laufende Session waren die im letzten Jahre im außerordentlichen Etat bewilligten 9 Millionen Taler für die 1859 erfolgte Verstärkung der Armee in den ordentlichen Etat des Kriegsministers eingesetzt, und zwar war diese Summe ohne nähere Angaben dem Kapitel dieses Etats: für Bekleidung, Verpflegung und Armierung des Heeres beigelegt. Das Abgeordneten-Haus hatte nach bisherigem Brauch nur über die Gesamtsumme dieses Kapitels als Pauschalsumme zu beraten und zu entscheiden, es konnte somit selbst durch Verminderung dieses Betrages Roon nicht zwingen, die Armee im Sinne der Liberalen zu reduzieren. Um den Einfluß des Hauses bei der Gestaltung der Ausgaben zu erhöhen, beantragte der Abgeordnete Hagen eine Spezialisierung des Haushalts. Es war dies ein sehr geschickter Zug, da durch eine Spezialkontrolle des Etats auf die Anwendung des bewilligten Geldes ein bedeutender Einfluß ausgeübt werden konnte.¹⁸ Nicht weniger klug war es, noch für die laufende Session die Spezialisierung zu fordern. Die von der Regierung in Aussicht gestellte Spezialisierung für 1863 wäre für die bevorstehende Entscheidung in der Militärfrage zu spät gekommen. In der gegenwärtigen Session hätte man dadurch auf die bevorstehende Debatte über das Armeeorganisationsgesetz einen großen Druck ausüben können. Der König erkannte die Macht, die so dem Abgeordneten-Haus über seine ihm so sehr am Herzen liegende Armeeform gegeben würde, und löste am 11. März 1862 das Haus auf.

Die Auflösung des Abgeordneten-Hauses und der bald darauf folgende Rücktritt der liberalen Minister machten den Konflikt zwischen Parlament und Regierung offenkundig. Alle Fragen konnten in der Folge nur noch als innerpolitische gewertet werden. Es ging nicht mehr um die nationale Einigung, sondern um die Herrschaft im Staate. Auf die Gestaltung der äußeren Machtver-

18. Bergsträsser beleuchtet sehr treffend die Absicht der Fortschrittler, das Etatswesen zu „verfeinern“. Vgl. Ludwig Bergsträsser: Kritische Studien zur Konfliktzeit. Hist. Vierteljahrsschrift, XIX. Bd., Jhrg. 1919/20.

hältnisse Preußens hatten die Liberalen keinen Einfluß mehr. Kein Wunder, daß nun das Interesse an einer machtvollen Außenpolitik bei den meisten Liberalen fehlte, so lange nicht der reaktionäre Kurs im Inneren überwunden war.

Sybel konnte von seinem Krankenlager die sich immer mehr zuspitzende Krisis nicht scharf genug beobachten. In seinen wenigen, von fremder Hand geschriebenen Briefen gilt seine große Sorge den deutschen Problemen. Die identischen Noten Oesterreichs und der Mittelstaaten an Preußen, die sich gegen die preußische Forderung eines engeren Bundesstaates innerhalb eines deutschen Staatenbundes wandten,¹⁹ gaben ihm in den ersten Februarwochen Veranlassung, auf seine Auffassung von dem innigen Zusammenhang der deutschen Frage und der innerpolitischen Vorgänge hinzuweisen.²⁰ Er glaubte, daß man noch jetzt den König von den Feudalen wegreißen, ihn zu den Liberalen hinüberziehen könne, wenn man ihm erkläre, die Mehrheit der Liberalen sei bereit und fähig, „das Armeebudget, wenigstens für die nächsten Jahre, zu erwirken und Preußen gegen den Bundestag zu wappnen, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Krone völlig mit den Feudalen breche, deren wachsender Einfluß bisher die Regierung in der Kammer und Preußen in Deutschland diskreditiert habe, ohne deren Beseitigung weder an eine Mehrheit in der Kammer, noch an einen moralischen Einfluß in Deutschland zu denken wäre.“ Noch unmittelbar in den kritischen Tagen des März, nur wenige Stunden nach der Auflösung des Abgeordneten-Hauses, deren Kunde aber noch nicht an sein Ohr gedrungen war, standen in seiner Betrachtung der politischen Dinge immer noch die nationalen Momente im Vordergrund.²¹ Für ihn, der so viele Jahre als Liberaler in der Fremde den Kampf um die nationale Einheit gefochten hatte, waren liberal und national so innig verschmolzen, daß beide Begriffe getrennt zu denken ihm kaum möglich war.

Mit dem heraufziehenden Frühling besserte sich Sybels Gesundheitszustand; an dem kommenden Wahlfeldzug konnte er mit

19. Vgl. Sybel: Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I. a. a. O. Bd. II, S. 403.

20. Max Duncker, a. a. O. S. 313/14.

21. Nachlaß Duncker, a. a. O. S. 323.

voller Kraft teilnehmen. Die Stadt Krefeld trug ihm wieder ihr Mandat an. In einem ausführlichen Wahlschreiben²² und einer großen Rede in Krefeld²³ konnte er seine Gedanken entwickeln, die der veränderten Situation Rechnung trugen. Die klerikalten Widerstände zu überwinden, war ihm jetzt nicht mehr schwer; gefährlicher war der wachsende Einfluß der Fortschrittspartei. Ihm wußte er am besten dadurch zu begegnen, daß er sich „in sämtlichen Hauptpunkten“ mit der konkurrierenden Partei solidarisch erklärte: „Wie diese stehe ich durchaus auf dem Boden unserer Verfassung und des konsequenten Ausbaues derselben.“ Seine Angriffe gegen die sich nun ganz aus Konservativen zusammengesetzte Regierung konnte auch kein Fortschrittsmann schärfer ausdrücken. Dieser Wahlkampf war wohl nicht das Feld zur Erörterung großer außenpolitischer Forderungen, er stand ja ganz im Zeichen der inneren Krise. Aber Sybel konnte doch nicht umhin, auch diese Fragen zu erwähnen; und der feine Beobachter kann herauslesen, wie sehr sie ihn beschäftigten und nach wie vor die Kulminationspunkte seiner politischen Entscheidungen bedeuteten. Sein ganzer Haß galt den Feudalen; dem König, der doch das stärkste Bollwerk gegen die Liberalen geworden war, glaubte er, wohl auch aus taktischen Gründen, mit äußerster Schonung begegnen zu müssen. Die Schwäche der konstitutionellen Idee läßt sich nicht treffender beleuchten, als sie sich in den Worten Sybels offenbart. Tod und Verderben der Aristokratie, aber Stärke dem Königtum, das mit der Aristokratie unzertrennlich verbunden war. Uns hat die Erfahrung tiefer belehrt, wie paradox der Ausruf Sybels ist: „Die Stärke des preußischen Königtums und die Freiheit des preußischen Volkes sind gleichbedeutend!“ Wir verstehen heute besser, welche Inkonsequenz in seiner Behauptung liegt: „Im Inneren steht der große Kampf unserer Zeit — wahrhaftig nicht zwischen Krone und Parlament — sondern zwischen den übermäßigen Vorrechten des Adels und der freien Berechtigung jedes Verdienstes“. Doch in der historisch und auch jetzt taktisch so

22. s. K. Z. Nr. 111, 22. April 62; und Krefelder Anzeiger Nr. 95, 20. April 1862.

23. s. K. Z. Nr. 126, 7. Mai 1862.

gebundenen Anschauung Sybels wurde diese Divergenz nicht empfunden.²⁴

Die Heeresreform erwähnte Sybel nur ganz kurz: „Die Sparsamkeit in der Heeresorganisation ist am zweckmäßigsten durch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit der Infanterie zu ermöglichen“. Er wollte sich bewußt nicht weiter festlegen, in der Landwehrfrage sich alle Entscheidungen vorbehalten, bis die Regierung ihre Vorlage über die Einzelheiten der Organisation dem Parlament unterbreite. Das war zweifellos klug; hier aber ist es als Symptom für die späterhin durchaus falsche Taktik Sybels in den entscheidenden Sitzungen des September zu werten.

Die in seinem Wahlschreiben erhobenen heftigen Angriffe Sybels gegen die Regierung und besonders gegen die Außenpolitik Bernstorffs hatte für ihn auch noch persönliche Bedeutung. Der im allgemeinen sehr gut unterrichtete Generalkonsul Rudolf Schramm, der mit dem Grafen Bernstorff befreundet war, bedauerte um so mehr dieses Schreiben, als für Sybel ein „einflußreicher Gesandtschaftsposten“ ausersehen war, wozu er sich nun „ganz unnützer Weise den Weg versperrt“ habe.²⁵ Daß Sybel unter einem reaktionären Minister einen hohen diplomatischen Posten gewünscht hätte, ist kaum anzunehmen.

Nach der scharfen Kampfansage an die Regierung und seinem Appell zum vereinten Vorgehen aller liberalen Parteien, konnte es kaum noch zweifelhaft sein, welcher Partei sich Sybel in der folgenden Session anschließen werde. Die mit starken demokratischen Elementen durchsetzte Fortschrittspartei kam wohl nicht in Frage, ebensowenig die Fraktion Grabows, die scharf gegen die Tendenzen der Fortschrittler anging. Zwar versuchten Droysen und Duncker

24. Die praktische Anwendung solch verschwommener Theorie deckt sofort ihre Unhaltbarkeit auf. Die interessante briefliche Auseinandersetzung v. Beckerath's mit Sybel über eine Aeußerung in der Rede vom 3. Mai in Krefeld sei zur Beleuchtung hier angeführt. (s. Anhang Nr. 6.)

25. Vgl. Brief P. Schramms an Sybel vom 1. Mai 1862 (s. Anhang Nr. 7). Inwieweit Schramm sich in dieser Aeußerung auf das Einverständnis der maßgebenden Stellen berufen konnte, weiß man nicht. Vielleicht lebte bei dem aus England kommenden Manne die Vorstellung, daß die dort oft angewendete Methode, politische Gegner oder Halbgegner durch einflußreiche Posten mazzusetzen, auch für Preußen anwendbar sei.

unter Zuhilfenahme v. Bernhardis Sybel gleich nach seiner Ankunft in Berlin von der Partei um Bockum-Dolffs, die nicht „den Mut habe, die Stirn gegen die Fortschrittspartei zu wenden“, wegzuhalten und wenn notwendig, ihn zu veranlassen, eine ganz neue Fraktion zu gründen.²⁶ v. Bernhardi glaubte, „er sei Manns genug dazu“. Auch Wilhelm Dilthey äußerte sich in ähnlichen Gedanken an Ludwig Häusser.²⁷ Seine alten Freunde waren nicht wenig enttäuscht, als er sich doch zu einem „Hand in Hand gehen“ mit der Fortschrittspartei erklärte.²⁸ v. Bockum-Dolffs war hoch beglückt, „den Stern erster Größe unserer Fraktion“ als Kollegen anreden zu können.²⁹ Er bat ihn sogleich, einen Adreßentwurf auszuarbeiten, damit die Fraktion sofort eine fertige Adresse dem Hause vorlegen könne.

Zur Beurteilung der Adreßdebatte im Mai muß man sich wohl zuerst die Frage vorlegen, welchen Sinn überhaupt eine Adresse an den König haben konnte. War es nicht ganz offensichtlich, daß der König dem Parlament durchaus abgeneigt war? Er hatte mit der Auflösung des vorigen Hauses seinen Unwillen über die Tendenz der liberalen Abgeordneten unzweifelhaften Ausdruck gegeben; er hatte sich ein rein konservatives Ministerium auserwählt; er hatte im Wahlkampf das Volk an der Wahl liberaler Abgeordneter zu verhindern versucht; er hatte es nicht für nötig gefunden, mit einer Thronrede die Volksvertretung selbst zu begrüßen. Es konnte gar kein Zweifel bestehen, daß er durchaus abgeneigt war, die Wünsche der überwältigenden Mehrheit des Hauses anzunehmen. Konnte man überhaupt noch annehmen, daß durch noch so heilige Beteuerungen der Treue der König zu gewinnen sei? Es war der Anfang vom Ende, daß man nicht der Macht in klarer Opposition begegnete, daß man versuchte, mit schönen Worten die tiefste Ergebenheit auszudrücken, und sich mit Bitten und Hoff-

26. Vgl. Theodor v. Bernhardi, Tagebuchblätter, Bd. IV, Leipzig 189, S. 287—280.

27. Nachlaß Häusser. Brief W. Diltheys an Häusser vom 4. Mai 1862. — Julian Schmidt, der Herausgeber des konstitutionellen Parteiorgans, der Berliner Allgem. Zeitung hat den Geschichtsschreiber der französischen Revolution dringend gebeten, sich nicht voreilig zu entscheiden. (Nachl. Sybel. J. Schmidt an Sybel, am 8. Mai 1862.)

28. s. v. Bernhardi, a. a. O. S. 289 und Ludw. Dehio, a. a. O. S. 26.

29. Nachl. Sybel v. Bockum-Dolffs an Sybel am 10. Mai 1862.

nungen dem Gegner nahte. Was konnte es nützen, auf das Recht zu pochen, wenn der Gegner bereit war, zur Macht zu greifen. Roon, der mutiger die Klinge zu führen wußte, hatte doch in das Plenum hinausgerufen: „Das Ministerium war und ist genau so liberal, als es sein muß nach der Verpflichtung, die es übernommen hat, . . . genau so liberal, als das Programm Seiner Majestät es ihm vorschreibt.“³⁰ Es zeigte sich ganz offenbar, daß dem Gefühl des Rechts der Wille zur Macht gegenüberstand. Sybel glaubte wohl, daß mit dem Appell an das Recht ein großer Druck auf den Gegner auszuüben sei; daß man diesem aber dadurch die Macht nicht aus den Händen nehmen könne, hätte der gelehrte Historiker doch wissen müssen. Wohl stand hinter dem Parlament das Vertrauen des größten Teiles des Volkes, aber diese ideellen Kräfte sind nur wirksam, wenn das Volk bereit ist, sich auch praktisch und physisch für die einzusetzen, denen es sein Vertrauen schenkt.³¹

Die Adreßdebatte als solche zeigte gleich die Gegensätze im Lager der Liberalen. Gewiß, die Grundforderungen waren dieselben: Abschaffung des reaktionären Ministeriums, Wiederaufnahme einer bewußten liberalen Politik. Der grundlegende Unterschied zwischen dem Sybel'schen Entwurf und dem Twestens besteht darin, daß jener von außenpolitischen Gesichtspunkten die Politik des Ministeriums kritisierte und das nationale Programm in den Vordergrund schob, Twesten aber und mit ihm die gesamte Fortschrittspartei zunächst diese Fragen unberücksichtigt ließ und aus innerpolitischen Gründen das liberale Regime forderte. Alle außenpolitischen Handlungen der Regierung hatte man von vornherein mit dem Banne belegt. Man wünschte ja nicht einmal nationale Erfolge der „antinationalen“ Regierung. Es kostete Sybel einen schweren Kampf, einen Passus über Kurhessen dem Kommissionsentwurf einzufügen. Er mußte seine ganze rhetorische Fähigkeit aufbieten, diese aktuelle Frage zur Geltung zu bringen. Es gelang ihm nicht, die Mehrheit zu bewegen, für das jüngste Vor-

30. Stenogr. Bericht des Abg.-Hauses vom 5. Juni 1862.

31. Baumgarten erwähnt in seiner Selbstkritik ganz richtig: „Hielt das Haus es für seine Pflicht, den Konflikt auf die Spitze zu treiben, nun wohl, so mußte es dafür sorgen, daß die Wähler den Handel mit derselben unbeugsamen Energie ausfochten, welche die Regierung ihrerseits entwickelte.“ a. a. O. S. 175.

gehen der Regierung in Kurhessen eine Anerkennung auszusprechen; er mußte sich damit begnügen, daß im zweiten Teile (Aliena 6) der Adresse dem Wunsche Ausdruck gegeben wurde, der König möge mit allen Mitteln sich für die verfassungsmäßigen Rechte in Kurhessen einsetzen. Die Flottenfrage, Schleswig-Holstein und Bundesreform wurden in der endgültigen Adresse überhaupt nicht erwähnt.

Nach sehr langen und heftigen Auseinandersetzungen wurde endlich am 9. Juni von dem Präsidenten Grabow dem König die Adresse vorgebracht. Die Antwort des Monarchen konnte nach allem, was vorausgegangen war, nicht anders ausfallen, als sie gegeben wurde. Der König stellte sich fest hinter sein Ministerium und entließ die Kommission mit einer derben Zurechtweisung. Die Worte: „Ich knüpfte hieran die feste Erwartung, Ihre ausgesprochene Gesinnung durch die Tat bewährt zu sehen; und da Sie einen Satz meines Programms von 1858³² herausgehoben haben, so wollen Sie sich dasselbe Zeile für Zeile einprägen, dann werden Sie meine Gesinnung wohl erkennen“, bezeugen die tiefe Mißachtung, die er dem Hause entgegenbrachte. Es ist wohl verständlich, daß eine tiefe Niedergeschlagenheit sich der Deputanten und später der Abgeordneten bemächtigte.³³

Die Adreßdebatte hatte Sybel heftig verstimmt. Er war mit großen Hoffnungen nach Berlin gekommen, bereit, mit der Fortschrittspartei gemeinsam den Kampf gegen das Ministerium zu führen. Er hatte geglaubt, mit scharfer Akzentuierung der nationalen Belange die neue Partei von ihrem „radikalen Doktrinarismus“ wegzubringen.³⁴ Enttäuscht darüber, daß man von dieser Seite über die prinzipiellen Dinge nicht hinwegkam, daß er die „Neigung zur doktrinären Phrase“ und die „Abneigung gegen das Praktische und Tatsächliche“ nicht zu überwinden vermochte,³⁵

32. „Die Welt soll wissen, daß Preußen überall bereit ist, das Recht zu schützen.“

33. Die Ironie der Stunde läßt sich nicht besser ausdrücken, als durch den ersten Kommentar der Kölnischen Zeitung: „Nach Schluß der Antwort verneigte sich Seine Majestät der König gegen die im Halbkreis aufgestellten Deputanten und verließ den Empfangssaal“. K. Z. Nr. 159, 10. Juni 1862.

34. Vgl. Heyderhoff, a. a. O. S. 93.

35. Vgl. Heyderhoff, a. a. O. S. 97.

fühlte er sich sehr von den erhofften Bundesgenossen weggezogen. Wenn er auch weniger aus „Verzweiflung“³⁶ als wegen seines Augenleidens an den Rhein gefahren ist, so mag doch die tiefe Gemütsbewegung nicht wenig dazu beigetragen haben, daß seine Gesundheit den Anstrengungen nicht standgehalten hatte.

Er konnte auch jetzt noch nicht von der Ueberzeugung hinwegkommen, „daß reale Fehler nur in der Außenpolitik“ das Ministerium zu stürzen vermöchten.³⁷ Die Junitage hatten ihm eine starke Furcht vor den demokratischen Tendenzen der Fortschrittspartei eingehaucht. In ihrer Kampfesmethode sah er zu viel revolutionären Zündstoff. Lieber als eine Revolution nahm er große Konzessionen in Kauf. Der Angriff auf der außenpolitischen Basis war harmloser. Hier konnte man mit geistreichen Worten besser kämpfen, ohne gleich zu leidenschaftlichen Zornesausbrüchen sich hinreißen zu lassen. Den Militärstreit zur prinzipiellen Auseinandersetzung anwachsen zu lassen, schien ihm zu gewagt, mit der nationalen Frage verknüpft, konnte der prinzipielle Gegensatz abgemildert werden; der Angriff mußte dann — wie er glaubte — „der Regierung unangenehmer“, vielleicht tückischer und gefährlicher werden. Sein innigster Wunsch zielte immer noch darauf hin, „durch Herstellung eines liberalen und nationalen Regiments die Gemüter zu befriedigen und die Revolution zu verhüten“.³⁸ Für den bevorstehenden Kampf aber war die Einheitsfront der Opposition gesprengt.³⁹

Anfang August 1862 begannen die Kommissionsberatungen um die Armeeorganisation.⁴⁰ Diese letzte Phase im Streit um den Geist

36. Vgl. Bernhardi, a. a. O. S. 320.

37. Vgl. Heyderhoff, a. a. O. S. 97.

38. Vgl. Heyderhoff, a. a. O. S. 98.

39. Es lassen sich für die Situation keine passenderen Worte finden, als sie Sybel einmal geißelnd über das Gros der ersten französischen Nationalversammlung von 1789 aussprach: „Die Gewalt der Umstände drängte zur Einigung, aber die Menge des alten Haders lag zwischen ihnen, und an neuen Mißverständnissen fehlte es nicht. Hier dachten die einen mehr an die Gefahren einer feudalen Reaktion, dort die anderen dringender an das Verderben einer Anarchie“. (Heinrich v. Sybel: Geschichte der Revolutionszeit. Düsseldorf 1853, Bd. I, S. 43.) — vergl. auch Ludw. Dehio, a. a. O. S. 28.

40. Unsere Aufgabe sei es nicht, den Verlauf dieses Kampfes im einzelnen zu schildern, da dieser schon ausführlich bei Fritz Löwenthal, Der

der Politik führte zum Bruch und zur endgültigen Scheidung der Machtkomponenten: Regierung und Volk. Nicht einigen Millionen, sondern dem System galt das heftige Ringen. Die alte, auf starke Traditionen begründete, herrschaftliche Staatsauffassung errang noch einmal den Sieg über die neuere, freiheitlichere. Was nach einem blutigen, zermürbenden Krieg und einer verhältnismäßig leichten Revolution 1918 zu Gunsten der letzteren sich entschied, vermochten die Liberalen der sechziger Jahre nicht zu erreichen. Ihr Kampf war ehrlich, die Gegenkräfte aber noch frischer und vor allem ihr Wille zur Tat zu sehr gebunden. Die Armeefrage war für sie nicht das ungünstigste Objekt, woran sich die Kräfte messen sollten. Die Männer der preußischen Reformzeit hatten schon große Vorarbeiten geleistet. Boyen war es gelungen, den günstigen Augenblick des ersten großen Volkserwachens zu erfassen, „durch ein gut Teil Ueberrumpfung“ einen „Sieg im Spiel“ zu erringen⁴¹ und durch das Armeegesetz vom 3. September 1814 Volk und Staat eng zu verschmelzen. An sein Werk knüpfte sich ja die Arbeit Roons und des hinter ihm stehenden Königs an. Freilich hatte das folgende halbe Jahrhundert nicht allzusehr daran gearbeitet, den Geist der Befreiungskriege und der darauf folgenden Reformzeit weiterzutragen und auszubauen. Die 48er Revolution hatte letzten Endes mit einem Sieg der Gegenkräfte geendet, und die kurze Zeit der liberalen Ära alle günstigen Momente vorbeistreichen lassen. Beide Perioden aber hatten den zur Ruhe neigenden politischen Volkswillen aufgeweckt.

Was wollte denn Roon mit seiner Neuorganisation? Er, wenn auch Soldat und Aristokrat bis in die letzten Fasern seines Denkens, wollte wohl nicht den absolutistischen Staat neu aufrichten,⁴² aber das Anwachsen des Volksanteils an den Regierungsgeschäften bedeutete ihm das „Chaos“⁴³ und der liberale Geist hauchte ihm wie

preußische Verfassungsstreit 1862—1866 (München und Leipzig 1914) bearbeitet ist. Zum Verständnis der Haltung Sybels ist es aber notwendig, den politischen Zusammenhang zu erkennen.

41. Vgl. F. Meinecke: Das Leben des Generalfeldmarschalls Hermann v. Boyen, Bd. I, S. 410. Stuttgart 1899.

42. Vgl. F. Meinecke: Preußen und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert: Boyen und Roon a. a. O.

43. Roon: Denkwürdigkeiten, Berlin 1905, Bd. II, S. 54.

eine stinkende „Cloake“⁴⁴ entgegen. Die Armee sollte für ihn der „verlaßbare Anker und Pfeiler“ eines starken souveränen Königums sein. Ganz abgesehen von technisch-militärischen Gesichtspunkten mußte ihm die Einrichtung der Landwehr, dieses engen Bindegliedes von Volk und Macht, verhaßt sein.⁴⁵ Für den Willen des Königs war es bezeichnend, daß er diesen Keil so früh in sein liberales Ministerium schob,⁴⁶ seine energische Haltung in den Sitzungen der Militär-Kommission⁴⁷ läßt keinen Zweifel darüber, daß er mit Roon in gleicher Richtung ging.

Wir konnten schon oben darauf hinweisen, mit welcher Ziel-sicherheit und Folgerichtigkeit die Fortschrittspartei ihren Kampf gegen diesen Geist begonnen hatte. Für sie konnte gar kein anderer Weg in Frage kommen, trotz der im Laufe der Zeit angewachsenen Mängel an der Boyen'schen Armeeorganisation festzuhalten und das System von 1859 zurückzufordern. Staatsinteresse und Partei-interesse war jetzt nicht mehr zu trennen. Sie mußten den Staat, so wie ihn der König und Roon zu gestalten trachteten, restlos bekämpfen, ohne Rücksicht auf die äußere Situation, in der sich Preußen befand. Ganz anders dachte Sybel. Wir haben schon angeführt, warum er die Militärfrage nicht als innerpolitische Machtfrage sehen wollte. Er argumentierte so: Preußen brauche, um seinen weltpolitischen und nationalen Interessen gerecht werden zu können, eine starke Armee, ein Heer, daß zu jeder Zeit schlagbereit sich seinen Gegnern zu stellen wisse. Er sah an erster Stelle in der Armee den Arm des Staates, nicht ein innerpolitisches Machtinstrument. Die Reform war ihm nur eine Verbesserung der Staatswaffe und als solche zu bewerten. Er verwarf das alte System als an sich verwerflich. Er stimmte für die Grundzüge des neuen, gleichviel, von wem sie herrührten.⁴⁸ Er sann nach dem Ideal einer

44. Roon, a. a. O. S. 23.

45. Vgl. Joh. Ziekursch, a. a. O. Bd. I, S. 35.

46. Damals ahnte wohl schon das Volk, welche Gefahr von dieser Seite ihm drohte: „Mit der natürlichen Schärfe des Instinkts hat das Publikum den Sturz eines der Minister für keine Kleinigkeit gehalten“. Nationalzeitung 1859, Nr. 584.

47. Vgl. Militärische Schriften Kaiser Wilhelms, Bd. II und F. Löwenthal, a. a. O. S. 84/85.

48. Schreiben Sybels an seine Wähler vom 7. August 1862. s. K. Z. Nr. 217.

Armee, die „für den Krieg taugt“⁴⁹ aber auch der wirtschaftlichen Kraft des Volkes angemessen sei. Mit dieser Grundeinstellung ging er in den heißen Kampf; von dieser Basis aus läßt sich sein Handeln verstehen. Sein Vorstoß mußte zerschellen: er erfaßte nicht den Willen der Schichten, deren Vertreter er war, und nicht die Absicht der Regierung und besonders des Königs, die bei ihrem Streben über die wirtschaftlichen Faktoren hinwegsehen. Den ersten großen Widerspruch erregte Sybel, als er sich für die Umgestaltung der Landwehr im Sinne des von der Regierung eingebrachten Militärreformgesetzes aussprach.⁵⁰ Seine Behauptung, „die unveränderte Wiederherstellung der Landwehr“ würde im Rheinland „mit Zorn und Unwillen aufgenommen“ werden, fand nicht nur die Entrüstung der fortschrittlich gesinnten Kreise seines Heimatgebietes, sondern auch das Mißfallen seiner Wähler und nächsten Freunde.⁵¹ Auch das Schreiben nach Krefeld am 7. August worin er die Vorzüge der neuen Reform mit der Forderung der zweijährigen Dienstzeit und Angriffen auf Roon und dessen unrechtmäßiges Vorgehen vermischte,⁵² traf nicht die Herzen derer, die ihn abgesandt hatten. Seit SchulzeDelitzsch auf dem Frankfurter

49. Stenogr. Bericht des Abg.-Hauses vom 11. Sept. 1862.

50. Nach dem Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienst vom 3. Sept. 1814 sollte das stehende Heer bei dreijähriger Präsenzzeit aus den fünf ersten Jahrgängen bestehen, die Landwehr, die in ein erstes und zweites Aufgebot geteilt war, neben denjenigen, die nicht gedient hatten, aus den ausgebildeten Männern vom 26. bis zum 39. Lebensjahr. Der jetzt vorliegende Regierungsentwurf sah eine siebenjährige Dienstzeit bei dreijähriger Präsenzzeit vor, und eine Verschmelzung der Landwehr ersten und zweiten Aufgebots.

51. Die niederrheinische Volkszeitung war über die Stimmung im Rheinland besser unterrichtet, wenn sie schrieb: „Der gewaltigen Mehrzahl der Rheinländer erscheint eine Zurückführung auf das Landwehrsysteem des großen Scharnhorst nützlich und notwendig. Von einer Sympathie für die v. Roon'sche Armeeorganisation ist im Rheinland nichts bekannt.“ (Niederrheinische Volkszeitung 1862, Nr. 226.)

Auch Gildemeister konnte an Sybel nur mitteilen, daß die Stimmung der Rheinprovinz dessen Anschauung nicht teile. (Nachlaß Sybel.)

Der Redakteur der ihm sehr ergebenen Krefelder Zeitung schrieb an Sybel: „Die Stimmung der Krefelder Wähler ist nach unseren persönlichen Anschauungen und aus gemachten Mitteilungen zu urteilen, nicht günstig für Sie.“ (Nachl. Sybel.)

52. Vgl. K. Z. Nr. 217 vom 7. August 1862.

Schützenfest die Parole: „Volksheer hinter dem Parlament“ in die Menge geworfen hatte, war das Volk für Lösungen im Sybel'schen Sinne nicht mehr zu haben; aber auch der König hatte mit seiner Antwort: „Ein diszipliniertes Heer hinter dem König und Kriegsherrn“⁵³ seinen festen Willen bekundet, daß er jeder Kompromißlösung abgeneigt war. In der Tat war der Stavenhagen — Twesten — Sybel'sche Vorschlag eine solche.⁵⁴ Dem Volke hätte er die zweijährige Dienstzeit und neben finanziellen auch große Ersparnisse an Arbeitskraft und Arbeitszeit eingebracht, den reaktionären Ministern den Grad ihrer Wirksamkeit nur in etwa abgeschwächt, durchaus aber nicht ihre Macht gebrochen. Im gegenwärtigen Stadium des Kampfes jedoch war er für Roon annehmbarer als für die Fortschrittspartei.⁵⁵

Den Reigen der großen Reden in der heißen Septemberwoche eröffnete Sybel.⁵⁶ In der Form von keinem übertroffen, stellte seine Rede den Höhepunkt der rhetorischen Leistungen dar. Keiner der nachfolgenden Abgeordneten erreichte diesen Schwung und diese Formvollendung, keiner überschaute von diesem hohen Niveau die Gefahren der Stunde. Aber Sybels Worte trafen nicht den Kern der Sache. Als rhetorische Leistung waren sie ein Meisterwerk, als politische Handlung aber ein Fehlschlag. Sybel wollte noch einmal die neue Plattform schaffen, auf der Volksvertretung und Regierung sich einander die Hände reichen könnten; der Kampf jedoch ging um Sieg oder Niederlage. Es handelte sich nicht mehr um die zweijährige Dienstzeit; der Appell an die große nationale Frage konnte nicht mehr das gezogene Schwert in die Scheide führen. Nicht für die äußere Politik, sondern für den inneren Kampf galt jetzt die Parole: *Si vis pacem, para bellum*.⁵⁷ Die Entscheidung war

53. Vgl. Ludolf Parisius: Leopold Freiherr v. Hoverbeck. Berlin 1898, Bd. II¹, S. 65.

54. Der Vorschlag wollte die Erhaltung der neuen Regimenter aber gleichzeitig die Einführung der zweijährigen Dienstzeit.

55. Mit Recht hielt der Abgeordnete v. Carlowitz Sybel vor, er habe mehr für die Staatsregierung als für das Volk gesprochen. (Stenogr. Bericht des Abg.-Hauses, 45. Sitzung, 11. September 1862.)

56. Vgl. Stenogr. Bericht des Abg.-Hauses vom 11. Sept. 1862.

57. Als Sybel in seiner großen Rede vom 11. September 1862 mit Rücksicht auf die außenpolitische Situation Preußens für den von ihm in Gemeinschaft mit Stavenhagen und Twesten eingebrachten Antrag plädierte, sagte er: „Wenn es ein Mittel gibt, um den kriegesischen Eventualitäten zu ent-

jetzt gekommen, wo das Volk „bis an die Zähne gerüstet“⁵⁷ dem inneren Gegner sich zu stellen hatte. Die schärfste Waffe waren aber Einigkeit, rücksichtslose Entschlossenheit und der Wille zur Tat, wenn notwendig zur Revolution.

Daß am 17. September der Kriegsminister plötzlich zu einem Nachgeben bereit war und den Stavenhagen — Twesten — Sybel'schen Vorschlag als Vermittlungsbasis bezeichnete, beweist noch nicht den Wert dieses Amendements. Wenn selbst der König sich nicht in letzter Stunde dagegen ausgesprochen hätte,⁵⁸ wäre damit ein Sieg des Hauses errungen worden? Man hätte die zweijährige Dienstzeit mit großen Konzessionen erkaufen müssen; aber das reaktionäre Ministerium wäre wahrscheinlich geblieben, die Reform doch im Geiste Roons entschieden und die Macht der Volksvertretung weiter zurückgedrängt worden, da sie ihr stärkstes Agitationsmittel aus der Hand gegeben hätte. Hätte dann, wie man wohl nicht glauben darf, das Haus zugestimmt, so wäre die Niederlage noch größer gewesen. Man hätte den Zustand, den man so heftig bekämpfte, legitimiert.

Der König berief nun den Mann, der die Kraft und Energie besaß, den Willen des Monarchen voll durchzusetzen und das System so auszubauen, daß es mehr als fünfzig Jahre bedurfte, es zu überwinden.

Mit dem Eintritt Bismarcks ins Ministerium und der Berufung noch weiter nach rechts stehender Männer trat der Kampf zwischen Regierung und Parlament in ein neues Stadium ein. Waren es bisher nur Vorkämpfe, so begann jetzt der offene Verfassungsstreit.

Sybels Taktik in den letzten Wochen hatte sich als falsch erwiesen. Der Abgeordnete stand jetzt vor der Alternative, die politische Laufbahn zu quittieren oder sich in die Einheitsfront der Opposition einzufügen. Der Lauf der Dinge machte es ihm nicht schwer, den Weg zum Gros derer, die die Regierung offen zu bekämpfen entschlossen waren, zurückzufinden.

gehen, so ist es eben nur das Eine: Si vis pacem, para bellum! Nur wenn wir der Welt den Eindruck machen, daß wir im Notfall bis an die Zähne gerüstet sind, nur dann haben wir die Aussicht, unsere nationale Wiedergeburt auch ohne Unterbrechung des europäischen Friedens zu vollziehen“. (Stenogr. Bericht des Abg.-Hauses vom 11. September 1862.)

58. Vgl. Immanuel Hegel: Erinnerungen aus meinem Leben. Berlin 1891, S. 18/19.

Anhang Nr. 1.

(Nachl. Gruner. Aus dem Preußischen Geheimen Staatsarchiv
in Dahlem.)

Eine diplomatische Mission.

(Konzept von Gruner.)

..... Zum Präsidenten des Ministeriums (1858) ernannte der Prinz-Regent den Prinzen von Hohenzollern-Sigmaringen, dessen Schwager einer der bedeutendsten Staatsmänner des Tages, der Marquis Gioachino Napoleone Pepoli war. ... Es war natürlich, daß Graf Cavour, dessen scharfen und wachsamen Augen nichts entging, was dazu beitragen konnte, den Erfolg der italienischen Bewegung zu sichern, aus dem Erwachen liberaler Ansichten in Preußen und dessen Rückkehr zu den großen Gedanken Friedrichs des Zweiten, Nutzen zu ziehen suchte, und sich, um mit dieser Macht in Verbindung zu treten, der Dienste des Marquis Pepoli versicherte, der mehr als ein anderer von Einfluß in Berlin sein konnte, durch seine nahe Verwandtschaft mit den Napoleoniden sowohl als mit den Hohenzollern.

Pepoli nahm die schwierige Mission willig an und besuchte auf seinem Wege nach Düsseldorf, wo Prinz Anton von Hohenzollern war, den Kaiser in Paris. Als Napoleon III. den Zweck seiner Reise nach Deutschland und die ihm von Cavour anvertraute Aufgabe erfuhr, fühlte er sich nicht nur gedrungen, den Ansichten des hervorragenden italienischen Staatsmannes beizupflichten, sondern beauftragte Pepoli, Cavours Vorschlägen noch weiteres Gewicht zu geben, indem er hinzufügte, daß er, der Kaiser der Franzosen, auch diese Ansichten teile. Zur Bekräftigung händigte er ihm eine eigenhändig geschriebene Note ein, in welcher er seine eigenen Absichten offen aussprach und klar sehen ließ, welches seine Meinung hinsichtlich der Wünschenswürdigkeit eines intimen Verständnisses zwischen Frankreich, Preußen und Piemont sei.

Diese Note, welche dem Präsidenten vorgelegt werden sollte, war bestimmt, dem Prinz-Regenten unterbreitet zu werden.

Anhang Nr. 2.

Brief Sybels an Gruner.
(Nachlaß Gruner.)

(München, 12. Mai 1859.)

Meinen letzten Briefen werden Sie etwas aufgeregte Stimmung angesehen haben. Wir hatten hier eine sehr unangenehme Zeit, unsere Ultramontanen gingen mit allen Segeln und bearbeiteten den König von den verschiedensten Seiten her. Noch den Tag vor Pfordtens Abreise nach Frankfurt wurden die großen Anstrengungen gemacht, um einen Befehl zu erpressen, daß Pfordten am Bunde den Antrag auf eine Armeeaufstellung am Rheine einbringen solle; es war gerade inmitten dieser Dinge, daß ich Ihnen über meine Tour nach Augsburg schrieb; auf das Bestimmteste wurde hier von allen Seiten gemeldet, daß der König nachgegeben habe. Glücklicherweise ist das nicht geschehen; wenn ich recht unterrichtet bin, haben Schrenk und Pfordten selbst sich dieses Mal gegen alle einseitigen Schritte ohne Preußen ausgesprochen. Seit dem macht die bessere Stimmung hier unter den Liberalen Fortschritte. Man hört bei den leitenden Männern dieser Partei Äußerungen, wie z. B.: ein Sieg Frankreichs wäre Verderben nach Außen, ein Sieg Oesterreichs Sturz im Innern“. — oder: wenn nur Preußen in irgend einer Weise hervorträte, Preußen ist unsere einzige Rettung“. Freilich sind bisher die Volksmassen davon noch unberührt, und es ist für uns sehr zu wünschen, daß in Berlin nichts versäumt wird, um jene Keime weiter zu entwickeln. Die Debatte Ihrer Kammern über die letzten Regierungsanträge könnten dafür sehr nützlich sein; insbesondere schiene mir ein Verhalten gerade unserer Freunde äußerst reizend, bei dem sie sich h ö c h s t bereitwillig zur Verteidigung Oesterreichs mit a l l e n Mitteln erklärten, w e n n dieses ständische Verfassungen und religiöse Parität gewähre. Für die Regierung könnte der runde Ausdruck jener Bereitwilligkeit seine Bedenken haben: es scheint mir jedoch deutlich, daß eine stattliche Rede Simsons oder eine Vinckes in jenem Sinne

durchaus nur wohlthätig wirken, und namentlich unserem Freunde Reichelsperger völlig die Parade durchhauen würde. Oesterreich wird sich hüten, jenen Bedingungen so bald gerecht zu werden; es ist also für die Kriegsfrage sehr ungefährlich, unter solchen Voraussetzungen die höchste Angriffslust zur Schau zu tragen. Und immer könnte nachher die preußische Regierung erwägen und tun, was sie wollte. — Der Gewinn für die süddeutsche Stimmung wäre im größten Maße erreicht. — Nur möge der Himmel jede bittere Erinnerung an Bronzell und Olmütz verhüten. Bei uns im Innern haben die hochkatholischen Tories so sehr augenblicklich das Oberwasser, daß unser armer König sich bequemt hat, selbst seine harmlosen Symposien für eine Weile auszusetzen. Der Bürgermeister von München, den er über die Ursachen der herrschenden Aufregung befragte, hatte die Stirne, unter völliger Verschweigung der letzten Kammerkonflikte die fremden Professoren und die Bestechung Wendlands zu bezeichnen.

Einstweilen ist sonst hier etwas ruhigere Luft eingetreten, bei der bestimmten Erklärung aller hiesigen Offiziere, daß unser Armee-corps schlechterdings nicht vor 4—6 Wochen marschbereit werden könne, und bei der langweiligen Ereignislosigkeit auf dem Kriegsschauplatz. Wenn dort aber die Oesterreicher eine etwas blutige Schlappe erleiden, oder der Schwiegervater unserer Prinzeß Luitpold aus Modena verjagt werden sollte, so gibt es hier einen süßen Tanz.

Anhang Nr. 3.

Denkschrift Gruners vom 19. März 1860. (Nachl. Gruner. Aus dem Preußischen Geheimen Staatsarchiv in Dahlem.)

Seit der Mitte des letzten Sommers leidet die Politik Preußens an einem Mangel, welcher inmitten einer so unsicheren und gefährvollen europäischen Situation, wie die gegenwärtige, nicht länger fortbestehen darf, wenn nicht das Ansehen Preußens nach Außen, das Selbstgefühl der Nation im Innern und die Zukunft des Staates überhaupt aufs äußerste gefährdet werden soll.

Der beispiellos rasche Verlauf des italienischen Krieges hat im vorigen Jahre den ursprünglich leitenden Gedanken der preußischen Politik nicht zur Ausführung kommen lassen. — Der Friede von Villafranca hat für Oesterreich den Verlust der Lombardei und seiner Präponderanz in Italien, für Preußen aber innerhalb Deutschlands eine völlig isolierte Stellung zur Folge gehabt. — Man wird sich nicht darüber täuschen dürfen: nicht bloß die deutschen Regierungen blicken mit großem Mißtrauen auf Preußen, sondern auch ein großer Teil der Bevölkerung hegt gegen uns eine tiefe Abneigung. Dies ist die Stimmung, welche im deutschen Südwesten fast allgemein herrscht, und auch diesseits des Mains in einflußreichen Schichten vorwiegt.

Die deutsche Politik Preußens wird wesentlich von den Zielpunkten bedingt, welche wir bei der gegenwärtigen Lage der europäischen Verhältnisse zu verfolgen entschlossen sind.

Unsere europäische Haltung aber hängt vor allem von der Entscheidung der Frage ab: wie wir uns der Präponderanz Frankreichs gegenüber benehmen wollen:

entweder ob wir uns Frankreich nähern und von seiner mächtigen Freundschaft Nutzen ziehen wollen, um uns in Deutschland materiell zu verstärken,

oder ob wir als den leitenden Gedanken unserer europäischen Politik den Grundsatz einer wesentlich konservativen

Politik adoptieren wollen, den Grundsatz nämlich, zwar mit Vorsicht und ohne provocatorischen Charakter, wohl aber im wesentlich defensiven Sinne, dem Wachstum der Uebermacht Frankreichs entgegenzuarbeiten.

Es ist die höchste, die äußerste Zeit, daß man über diese Alternative eine endliche Entscheidung fasse. So befindet Preußen sich inmitten der ungewissesten gefahrvollsten politischen Situation, ohne eine sichere Allianz unter den europäischen Mächten, und völlig isoliert in Deutschland.

Diese Lage wird man sich vergegenwärtigen müssen, um die politische Seite der kurhessischen Frage zu würdigen, über deren weitere Behandlung heute ein Entschluß gefaßt werden soll.

.....

Es bleibt im wahren Interesse des Landes nur übrig, in der allgemeinen Politik die Annäherung anzunehmen, die Oesterreich sucht und der jetzt zur Beratung vorliegenden speziellen kurhessischen Frage, unter voller Wahrung unseres bisherigen Standpunktes auf die Vermeidung eines materiellen Konfliktes in Kurhessen hinzuwirken.

Anmerkung: Die gesperrten Stellen sind vom Verfasser der Denkschrift unterstrichen.

Anhang Nr. 4.

Denkschrift Gruners vom 6. April 1860. (Nachl. Gruner. Aus dem Preußischen Geheimen Staatsarchiv in Dahlem.)

Das Verhalten des Pariser Kabinetts in der Savoyischen Frage hat auf die politische Stimmung der Völker und der Kabinette Europas einen unverkennbaren Einfluß ausgeübt. Das Mißtrauen und die Gereiztheit des englischen Volkes hat selbst das heutige Kabinett in eine schiefe Stellung gegen Frankreich gebracht, und in Deutschland haben der Widerwille und die Besorgnis sich noch höher gesteigert, als sie bisher vorhanden waren. Die notwendige Anforderung, welche sich hieraus für die europäischen Kabinette ergibt, welche entschlossen sind, nicht durch eine Annäherung an Frankreich und, wenn ich so sagen darf, durch einen anticipierten moralischen Unterwerfungsakt möglichst der bestehenden Gefahr sich zu entziehen, diese Anforderung wird darin bestehen, aus der eben erhaltenen Lehre Nutzen zu ziehen, alle anderen Differenzen in zweite Linie zu stellen, und den gegenwärtigen Moment zu benützen, um die Keime zu einer Koalition defensiven Sinnes zu legen.

Daß man dabei auf Rußland für jetzt nicht rechnen darf, bedarf keines näheren Nachweises — und beweist das Verhalten des Petersburger Hofes in der Savoyischen Frage. Das Höchste, was von Rußland sich z. Zt. hoffen läßt, ist eine Neutralität im Falle eines Zusammenstoßes zwischen Frankreich und Deutschland. Die beiden Kontinentalmächte, welche daher allein den Kern einer künftigen Koalition zu bilden vermögen, sind Preußen und Oesterreich, namentlich auch in der Voraussetzung und Erwartung, daß eine Annäherung und Verständigung zwischen ihnen das übrige Deutschland um sie placieren wird.

Die nächsten Interessen, welche beide Mächte zu einer solchen Verständigung drängen, sind

für Preußen der Schutz seines Besitzes auf dem linken Rheinufer,

für Oesterreich der Schutz Venetiens, welches nach Maßen seine einzige verwendbare Seite bildet.

Das Bundesverhältnis reicht dabei nicht aus, um ein wirkliches und genügendes Band und einen ausreichenden Schutz für die preußischen Interessen am Rhein zu bilden — es verpflichtet Oesterreich zur Stellung seines Kontingentes / C. 90 000 Mann und würde Preußen in die Lage bringen, die hemmenden Formen eines Bundeskrieges nach den bundesgrundgesetzlich fest bestehenden Normen zu führen.

Ebensowenig würde es Oesterreich einen zureichenden Schutz gewähren, wenn dasselbe in d e r Weise angegriffen würde, daß der Krieg sich — was freilich unwahrscheinlich — auf Venetien beschränkt.

Soll eine kräftige Aktion für die Zukunft vorbereitet werden, so ist ein d r e i f a c h e s notwendig:

1. Daß beide deutschen Mächte sich verpflichten, nicht bloß mit ihren Bundeskontingenten sondern mit ihrer G e s a m t m a c h t Deutschland gegen jeden Angriff zu verteidigen,

2. daß sie sich im Voraus — wie dies 1840 und 1848 geschehen — über einen Verteidigungsplan verständigen, dabei v o n d e n u n p r a k t i s c h e n B e s t i m m u n g e n d e r B u n d e s k r i e g s v e r f a s s u n g abzusehen wäre und wobei, nachdem sie untereinander sich verständigt, sie sich des Einverständnisses der übrigen Regierungen versicherten.

3. für diesen Fall und diesen Plan würden wesentlich die leitenden Gedanken von 1840 zu akzeptieren sein — dergestalt, daß unter Berücksichtigung der besonderen Stellung Bayerns und unter angemessener Mitwirkung der übrigen Staaten die obere Leitung den Herrschern von Preußen und Oesterreich anvertraut würde.

4. Unter der Voraussetzung, daß dies erreicht würde, dürfte Preußen versprechen können, daß es am Bunde im geeigneten Falle den Antrag stellen würde, daß der unprovocierte Angriff einer Großmacht auf Venetien dem Angriff auf Bundesgebiet gleichgeachtet werden solle.

5. Dafür würde es von Oesterreich eine Stipulation als europäische Macht zu Gunsten der Holsteinschen Sache und einzelne

Konzessionen in Deutschland für den wirklichen Eintritt des Krieges — / ausschließlich Besetzung von Mainz — Alternat am Bunde — / verlangen können.

6. Die deutschen Differenzen müßten dabei — ohne daß man dabei den prinzipiellen Standpunkt aufgäbe, — in zweite Linie zu stellen, versöhnlich zu behandeln, und namentlich würde Oesterreich bestimmt zu erklären sein, daß man ein einseitiges Einschreiten in Hessen nicht zugeben werde, sondern darauf bestehen müsse, daß die Entwicklung der Verfassungsangelegenheit dem Lande selbst überlassen würde. Dies wäre für uns nicht Olmütz, sondern eine Sühne für Olmütz.

Was aber in dieser Richtung überhaupt geschehen soll, muß bald geschehen; denn füglich greift die innere Zerklüftung Deutschlands weiter.

Anmerkung: Die gesperrten Stellen sind vom Verfasser der Denkschrift unterstrichen.

Anhang Nr. 5.

Denkschrift Gruners. (Datum ungewiß, wahrscheinlich Ende 1860.) (Nachl. Gruner. Aus dem Preußischen Geheimen Staatsarchiv.)

Den leitenden Grundgedanken für den bevorstehenden Kampf wird die Ueberzeugung bilden, daß man nicht eine zweite Gelegenheit dürfe vorübergehen lassen, um der Präponderanz Frankreichs in Gemeinschaft mit dem gesamten Deutschland entgegenzutreten, — und daß man Oesterreich nicht zum zweiten Male dürfe über den Haufen werfen lassen, ohne der unsterblichen Gefahr sich auszusetzen, isoliert der Uebermacht Frankreichs sich zu beugen oder zu fallen.

Es handelt sich also um die Gemeinsamkeit eines defensiven Auftretens aller deutschen Kräfte. Die Verteidigung des deutschen Gebietes gegen die daselbe etwa bedrohenden Gefahren wird daher zunächst das ostensible Programm bilden müssen.

Daraus ergibt sich folgendes Weitere:

1. Gestützt darauf, daß die Eroberung Venetiens kaum denkbar ist ohne Verletzung deutschen Bundesgebietes, sind sofort Maßregeln zu nehmen, im defensiven Sinne, sobald der Ausbruch des Krieges zwischen Piemont und Oesterreich heran naht. Zunächst sind die ihrer Mehrzahl nach dem Süden angehörigen Bundesfestungen mit Kriegsbesatzung zu besetzen und in völlig verteidigungsfähigen Stand zu setzen. Demnächst ist, ebenfalls in solch bloß defensiven Sinne, ein Observations-Corps — zusammengesetzt aus Truppen des siebenten und achten Bundesarmee-Corps — im Südwesten zu bilden, und als Reserve für daselbe ein mobiles preußisches Armee-Corps (aus den östlichen Provinzen) bei Mainz, sowie ein anderes bei Trier und Köln aufzustellen, um auf diese Weise gegen Ueberraschung von Westen her gedeckt zu sein.

2. Die Verteidigung Venetiens gegen Italiener wird

Oesterreich zu überlassen sein, daß es hierzu erfolgreich imstande ist, unterliegt keinem Zweifel.

3. Um der französischen Einmischung möglichst den Boden zu entziehen, wird unverzüglich in Wien der schon früher gemachte Versuch zu erneuern sein, Oesterreich möge im geeigneten Momente erklären, es beabsichtige selbst im Falle eines Piemontesischen Angriffs die Wiedererwerbung der Lombardei nicht, sondern wünsche definitive Regelung des Schicksals der Lombardei, sowie der italienischen Verhältnisse überhaupt, einem künftigen europäischen Kongreß vorbehalten zu sehen.

4. Bei den militärischen Verabredungen mit Oesterreich und demnächst mit den größeren deutschen Staaten wird man von dem Gesichtspunkte preußischerseits auszugehen haben, daß das Bundesband nicht zu sprengen ist, aber ad hoc und provisorisch für Kommando und Einteilung der Truppen praktische Verabredungen außerhalb der Bundeskriegsverfassungsnormen zu treffen sind, bei denen die realen Machtverhältnisse ihre Berücksichtigung finden. Der Bund wird ex post das Resultat dieser Verabredung zu sanctionieren haben.

5. In der Holsteinschen Sache wird der Bund langsam und vorsichtig auf dem betretenen Wege vorzuschreiten und namentlich sich vorzusehen haben, daß er den Zeitpunkt des Eintritts der Koerzitiv-Maßregeln möglichst in der Hand behält.

6. Dem im vorstehenden niedergelegten Programm der auswärtigen Politik wird in angemessener Weise schon in der Thronrede ein warmer Ausdruck zu geben sein.

7. Die Presse, welche sich in völliger Zerfahrenheit befindet, wird — es ist die höchste Zeit — in dieser Richtung zu leiten sein, um den Geist der Nation zu heben.

8. Man wird jetzt schon an eine evtl. Kreditbewilligung zu denken haben.

9. Belgien, Holland und die Schweiz über ihre Dispositionen und das Maß ihrer militärischen Kräfte unverweilt zu sondieren.

10. Es dürften einige persönliche Veränderungen sofort vorzunehmen sein.

Anmerkung: Die gesperrten Stellen sind vom Verfasser der Denkschrift unterstrichen.

Anhang Nr. 6.

Brief v. Beckerath an Sybel vom 5. Mai 1862.
(Nachlaß Sybel.)

..... Sie sagen in Ihrer Ausführung der gegenwärtigen Rechte der Krone und der Volksvertretung: „Die Grenze der beiden Rechtskreise ist gerade durch den Artikel 109 auf das Bestimmteste bezeichnet. So lange die Regierung die nötigen Geldmittel besitzt, hat sie die rechtliche Befugnis, in Verwaltung und Polizei, in Finanz und Unterricht, in dem Heerwesen und der auswärtigen Politik allein zu entscheiden.“

Es scheint mir, daß dieser Ausspruch in der vorliegenden Fassung mit dem Artikel 99 der Verfassung nicht im Einklang steht. Derselbe lautet: „Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen für jedes Jahr im Voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalt gebracht werden; letzterer wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt.“

Hieraus geht unzweifelhaft hervor, daß, wenn auch die Fort-
erhebung der bestehenden Steuern der Einwirkung der Volksvertretung entzogen ist, die Verwendung derselben, von der rechtlichen Seite betrachtet, nur auf der Grundlage eines verfassungsmäßig zustande gekommenen Haushaltsetats stattfinden kann. Ich gebe gerne zu, daß vom praktischen Standpunkt aus die Sache sich anders gestaltet. Wenn es einmal so weit gekommen wäre, daß Regierung und Volksvertretung sich über das Budget nicht einigen könnten, so würde schwerlich ein Ministerium über die in einem solchen Notstande zu treffende Wahl zwischen der Auflösung der Staatsordnung und der Verwendung der bestehenden Steuern auf seine Verantwortung, zweifelhaft sein. Allein eine Regierung, die zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse aus den vorhandenen Mitteln Ausgaben auch ohne vorherige Genehmigung der Kammern verfügt, handelt nicht kraft rechtlicher Befugnis; diese fließt vielmehr nur aus der zwischen Regierung und Kammern verein-

barten Feststellung des Haushaltsetats, und ich möchte auch ein praktisch wenig wirksames verfassungsmäßiges Vorrecht in diesem entscheidenden Augenblicke nicht Ihrerseits, wenn vielleicht auch nur scheinbar, in Frage gestellt sehen. Ich habe mich daher erkühnt, den oben angeführten Passus folgendermaßen abzuändern: „Die Grenze der beiden Rechtskreise ist gerade durch den Artikel 109 bezeichnet. Solange die Regierung die nötigen Geldmittel besitzt, k a n n sie in Verwaltung und Polizei, in Finanz und Unterricht, in dem Heerwesen und der auswärtigen Politik allein entscheiden.“

Anmerkung: Die gesperrten Stellen stammen von v. Beckerath.

Anhang Nr. 7.

Brief Rudolf Schramms an Sybel vom 1. Mai 1862.
(Nachlaß Sybel.)

„..... abgesehen davon, daß Ihr Wahlerlaß, meiner Ansicht nach, den süddeutschen, badischen Anschauungen mit einer, die wahre Sachlage verkennenden Rücksichtslosigkeit folgt, glaube ich, daß Ihre Freunde und das ganze Land diese Weise des Vorgehens aus dem Grunde zu bedauern haben werden, weil Sie sich dadurch ganz u n n ü t z e r w e i s e den Weg versperrt haben zu einer Tätigkeit, in der Sie dem Vaterlande bessere Dienste leisten könnten als durch Vortrag von Collegienheften. Wir haben nach Ihrer Vergangenheit und Ihrer Qualifikation gehofft, Sie recht bald in einem einflußreichen G e s a n d t s c h a f t s p o s t e n zu erblicken. Das Holz, woraus man preußische Gesandte schnitzen kann, ist sehr, sehr rar.

Sie haben Ihren Wahlerlaß in Heidelberg geschrieben. Wenn Häusser ihn vorher gesehen und ohne Gegenbemerkung hat passieren lassen, so ist er eben Professor und kein Staatsmann. Ich glaube, daß Sie sich selber und der Sache des deutschen Volkes durch diese Identifizierung mit den Unverantwortlichen einen R i e g e l vorgeschoben haben, wozu nicht die geringste Veranlassung vorlag.“

Literatur.

A. Quellen.

- Aegidi, Ludwig:** Preußen und der Friede von Villafranca (Flugschrift). Berlin 1859.
- Baumgarten, Hermann:** Was will Deutschland im Kriege. (Flugschrift, anonym erschienen.) München 1859.
- Der deutsche Liberalismus. (Eine Selbstkritik.) Preußische Jahrbücher, Bd. XVIII.
- Bernhardi, Theodor v.:** Tagebuchblätter, Bd. IV, Leipzig 1895.
- Bernstorff, Albrecht, Graf v.:** Im Kampf um Preußens Ehre. Herausgegeben von Karl Ringhoffer. Berlin 1906.
- Bismarck, Otto, Fürst v.:** Die gesammelten Werke, 2. Auflage, Bd. III. Berlin 1925.
- Bluntschli, Johann Kaspar:** Nachlaß. (Zentralbibliothek in Zürich.)
- Denkwürdiges aus meinem Leben. Nördlingen 1884.
- Droysen, Johann Gustav:** Briefwechsel. Herausgegeben von Rudolf Hübner. Berlin u. Leipzig 1929, Bd. I u. II.
- Duncker, Max:** Politischer Briefwechsel aus seinem Nachlaß. Herausgegeben von Dr. Johannes Schultze. Stuttgart u. Berlin 1923.
- Ernst II., Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha:** Aus meinem Leben und meiner Zeit. Berlin 1892.
- Fischer, Ferdinand:** Preußens und Bayerns Union. (Flugschrift.) Breslau 1860.
- Gerlach, Leopold v.:** Denkwürdigkeiten. Bd. II. Berlin 1892.
- Gruner, Justus II. v.:** Nachlaß. (Preuß. geh. Staatsarchiv Berlin.)
- Häusser, Ludwig:** Nachlaß. (durch freundliche Vermittlung d. Herrn Prof. Dr. Bergsträsser.)
- Haym, Rudolf:** Nachlaß. (durch freundliche Vermittlung d. Herrn Dr. Hans Rosenberg, Berlin.)
- Hegel, Immanuel:** Erinnerungen aus meinem Leben. Berlin 1891.
- Heyderhoff, Julius:** Die Sturmjahre der preußisch-deutschen Einigung 1859—1870. (Politischer Briefwechsel aus dem Nachlaß liberaler Parteiführer.) Stuttgart und Berlin 1925.
- Kölnische Zeitung.**
- Kreuzzeitung.**
- Lassalle, Ferdinand:** Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens. Eine Stimme aus der Demokratie. (Flugschrift, anonym erschienen.) Berlin 1859.
- Militärische Schriften** weiland Kaiser Wilhelms des Großen Majestät. Herausgegeben vom Königl. preuß. Kriegsministerium, Bd. II, Berlin 1897.
- Mohl, Robert v.:** Nachlaß. Universitätsbibliothek Tübingen.)
- Nationalzeitung.**
- Preußische Jahrbücher.**

- Ranke, Leopold v.:** Nachlaß. (Geh. preuß. Staatsarchiv Berlin.)
- Roon, Albrecht, Graf v.:** Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generalfeldmarschalls Kriegsministers Grafen v. Roon. Herausgegeben von Waldeemar Graf v. Roon, Bd. I u. II. Breslau 1905.
- Röbler, Constantin:** Preußen und der italienische Krieg. (Flugschrift, anonym erschienen.) Berlin 1859.
- Schulteß:** Europäischer Geschichtskalender. Nördlingen 1861/63.
- Schultze, Johannes:** Eine preußische Zeitungsgründung in München. Deutsche Rundschau, Bd. 192.
- Stenographische Berichte des Abgeordneten-Hauses von Preußen.**
- Süddeutsche Zeitung.**
- Sybel, Karl Ludwig v.:** Nachrichten über die Soester Familie Sybel. München 1890.
- Sybel, Heinrich v.:*** Nachlaß. (Preuß. geh. Staatsarchiv Berlin.)
- Die politischen Parteien im Rheinland in ihrem Verhältnis zur preußischen Verfassung geschildert. Düsseldorf 1847.
 - Ueber das Reichsgrundgesetz der siebzehn Vertrauensmänner. Marburg 1848.
 - Die christlich-germanische Staatslehre, ihre Bedeutung in der Gegenwart, ihr Verhältnis zum geschichtlichen Christentum und Germanentum. Abgedruckt in den Kleinen historischen Schriften. München 1863.
 - Ueber den Stand der neueren deutschen Geschichtsschreibung. Abgedruckt ebenda.
 - Die Fälschung der guten Sache durch die Augsburger Allgemeine Zeitung. (Flugschrift anonym erschienen.) Frankfurt 1859.
 - Ueber die neueren Darstellungen der deutschen Kaiserzeit. München 1859.
 - Die Erhebung Preußens gegen Napoleon I. Abgedruckt Kleine historische Schriften. München 1863.
 - Die deutsche Nation und das Kaiserreich. (Eine historisch politische Abhandlung.) Düsseldorf 1862.
- * An dieser Stelle sind nur die Werke Sybels genannt, die unmittelbar mit der Arbeit zusammenhängen.
- Twisten, Karl:** Was uns noch retten kann. (Flugschrift, anonym erschienen.) Berlin 1861.
- Uechtritz, Friedrich v.:** Erinnerungen an Friedr. v. Uechtritz und seine Zeit. Leipzig 1884.
- Unruh, Hans Viktor v.:** Erinnerungen aus dem Leben von Hans Viktor v. Unruh. Herausgegeben von Heinrich v. Poschinger. Stuttgart 1895.
- Zeller, Eduard:** Erinnerungen eines Neunzigjährigen. Stuttgart 1908.

B. Lektüre.

- Bailieu, P.:** Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 54.
- Bergsträsser, Ludwig:** Kritische Studien zur Konfliktzeit. (Historische Vierteljahrsschrift, Bd. XIX.)

- Brandenburg, Erich:** Die Reichsgründung. Leipzig 1916.
- Dehio, Ludwig:** Edwin v. Manteuffels politische Ideen. H. Z. Bd. 133.
 — Die Taktik der Opposition während des Konflikts. H. Z. Bd. 140.
- Dove, Alfred:** Ausgewählte Schriftchen. Leipzig 1898.
- Friedjung, Heinrich:** Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland. 1859—1866. 6. Auflage. Stuttgart und Berlin 1905.
- Gneist, Rudolf v.:** Die Militärvorlage von 1892 und der preußische Verfassungskonflikt von 1862—1866. Berlin 1893.
- Haym, Rudolf:** Das Leben Max Dunckers. Berlin 1891.
- Heyderhoff, Julius:** Karl Twesten. Preuß. Jahrb. Nr. 180.
- Löwenthal, Fritz:** Der preußische Verfassungsstreit 1862—1866. München und Leipzig 1914.
- Marcks, Erich:** Kaiser Wilhelm I. 3. Auflage. Leipzig 1899.
- Meinecke, Friedrich:** Heinrich v. Sybel. (H. Z. Bd. 75.)
 — Zur Geschichte des älteren deutschen Parteiwesens. (H. Z. Bd. 118.)
 — Das Leben des Generalfeldmarschalls Hermann v. Boyen. Stuttgart 1899.
 — Preußen und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. München 1918.
- Mittelstaedt, Anni:** Der Krieg von 1859, Bismarck und die öffentliche Meinung in Deutschland. Stuttgart und Berlin 1904.
- Mommсен, Wilhelm:** Johannes Miquel. Berlin u. Leipzig 1928.
- Oncken, Hermann:** Rudolf v. Bennigsen. Stuttgart und Leipzig 1910.
 — Lassalle. 2. Auflage. Stuttgart 1912.
- Parisius, Ludolf:** Leopold Freiherr v. Hoverbeck. Berlin 1898.
 — Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck. Berlin 1878.
- Scheffer, Theodor:** Die preußische Publizistik im Jahre 1859. Leipzig 1902.
- Spahn, Martin:** Das deutsche Zentrum. Mainz u. München 1906.
- Sybel, Heinrich v.:** Die Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I. 5. Auflage. München und Leipzig 1895.
 — Die preußische Heeresreform von 1860. (Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 21.—23. Dezember 1891.)
- Uelsmann, Erich:** Beiträge zur niederrheinischen Parteigeschichte der neuen Ära und der Konfliktzeit 1858—1863. (Inaugural-Dissertation.) Köln 1922.
- Varrentrapp, C.:** Biographische Einleitung zu Sybels Vorträge und Abhandlungen. München und Leipzig 1897.
- Wahl, Albert:** Beiträge zur Parteigeschichte des 19. Jahrhunderts. München und Berlin 1910.
- Wendorf, Hermann:** Die Fraktion des deutschen Zentrums im Preußischen Abgeordneten-Haus 1859—67. Leipzig 1916.
- Westphal, Otto:** Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus. München und Berlin 1919.
- Ziekursch, Johannes:** Politische Geschichte des neuen deutschen Reiches. Bd. I. Frankfurt 1925.